Verlag
BAYERNKURIER
8000 München 19

Franz Josef Strauß: Sagen, worum es geht! (Seiten 9 und 10)

B 1621 CX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

BAYERNKURIER

DEUTSCHE WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK · WIRTSCHAFT UND KULTUR

Jahrgang 26/Nr. 13 München, den 29. 3. 1975 Preis 1,— DM 10,— öS 450 Lire 1.50 sFr 2,80 frs

INNENPOLITISCHE LAGE

Ist Bonn doch Weimar?

WOLFGANG HORLACHER

Gestatten wir uns für einen kurzen Augenblick eine Fiktion. Gesetzt den Fall, ein Agent ginge hierzulande um, im Auftrage einer fremden Macht stehend, die sich der Bundesrepublik bemächtigen will, so müßte man ihm attestieren, daß er keine schlechte Arbeit leistet. Er, dem im Sinne Lenins so viele „nützliche Idioten" zuarbeiten, Herausgeber von Magazinen und Illustrierten, Gewerkschaftsbosse, die von Demokratie sowenig Ahnung zu haben scheinen wie ein Säugling von Goethe, kann sich von Herzen „Frohe Ostern" wünschen. Denn er repräsentiert das Phänomen der Unterwanderung, des schleichenden Zerfalls, zielgerecht inszeniert. Die Auflösung dessen, was Millionen Menschen sich aufgebaut haben. Darauf ist sein ganzes Sinnen und Trachten gerichtet. Er arbeitet ebenso lautlos wie gesprächig. Er hat gute Bundesgenossen. Sie heißen Verketzerung und Verleumdung, Verteufelung und Lüge. Seine Gegner, mit denen er es zu tun hat,

Unsere Osterbeiträge
siehe Seite 13

sind diejenigen, die gegen diesen Zerfall kämpfen. Die warnen. Mahnen. Und sein Hauptgegner ist die wachsende Mehrheit der Menschen in Deutschland, die sehen, wohin die Entwicklung führt, die leichtfertig eingeleitet wurde, und heute schon den Bestand all dessen gefährdet, was geschaffen wurde in dreißig Jahren nach der größten Katastrophe deutscher Geschichte.

Kann sich also diese imaginär skizzierte Figur eines Agenten, dessen Weizen in der Tat blüht, „Frohe Ostern" wünschen, so kann man für die deutsche Demokratie in diesen Tagen nur noch beten. Ein Stil entwickelt sich, abermals, der an die schlimmsten Tage von Weimar erinnert. Brandt reist (wie vordem nach Portugal) in südamerikanische Gefilde, um dort seinen Ideen einer Welt-Volksfront nachzugehen. Seine Partei ist zerrissener denn je. Sie wird unterwandert von kommunistischen Kräften. Aber das darf nicht wahr sein. Es darf nicht wahr sein, daß durch Saumseligkeit und bewußte Anbiederung unsere innere Sicherheit gefährdeter denn je ist. Der Fall Lorenz war ja nur ein Betriebsunfall! So etwas kann ja immer vorkommen! Statt Großalarm werden schon wieder Entwarnungszeichen gegeben! Das gefällt dem imaginären Agenten. So muß die Sache laufen. Für ihn.

Der Bundeskanzler erklärt wortreich in Interviews, daß die Deutschland- und Ostpolitik seiner Regierung, basierend auf den „Fortschritten", die Brandt erreicht habe, sinnvoll und gut sei. Deutsche, Ihr müßt einfach stolz sein auf das, was geleistet wurde, um den Slogan Brandts von 1972 zu wiederholen! Am besten ist es, wenn Ihr nicht mehr denkt! Wenn Ihr einfach nur noch glaubt! Wenn Ihr alle Rückschläge einfach überseht!

Es ist eben einfach normal, daß Gaus in Ost-Berlin nun wieder über eine Erleichterung der Transit-Verbindungen verhandelt, wobei die „DDR", ihrer Sache sicher, am Bonner Geldbeutel ausschließlich hantiert. So etwas nennt man „Fortschritt"! Wer redet denn noch davon, daß man die Mauer eher noch zementieren hilft, statt sie abzubauen?

Ist es nicht ganz normal, daß die Zahl der Arbeitslosen steigt? Kleine Pannen gibt es immer, so wird uns gesagt. Aber zugleich müssen wir die Trostpille schlucken, daß es anderen noch schlechter gehe als uns selbst. In der Differenzierung der Krise, in der wir stehen, ist diese Regierung von einer Fähigkeit, die bewundernswert ist. Man muß eben glauben, statt zu denken. Man muß eben Schmidt vertrauen, wenn man auf die Auszahlung des Arbeitslosen-Geldes wartet. Schmidt ist eben „überlebensgroß". Sein Amtsstil erinnert an Caesar — und der seiner Minister nicht weniger. Was es da nicht alles zu lesen gibt! Ertl fuchtelt mit Papieren in der Hand herum, um sich über die SPD zu beklagen. Maihofer spielt seine Sonderrolle. Die unheilige Allianz führt zur Trivialität. Man ist sich nicht mehr gut. Aber man ist aufeinander angewiesen. Auf Gedeih und Verderb. Die Pressesprecher werden zu stumpfsinnigen Lobhudlern (so ist jedenfalls zu lesen). Wehner fäkalisiert das deutsche Parlament — und die Mehrheit der Deutschen wendet sich angewidert ab. Aber beklagt sich darüber der „stern", oder der „Spiegel"? Die deutschen Links-Leitartikler treibt anderes um. Sie basteln an der These, daß die Wirklichkeit, in der wir stehen, so schlimm doch nicht sei, wie sie in Wahrheit ist. Da ist von „Panikmache" die Rede. Da wird die für eine Demokratie tödliche These aufgestellt, die Regierung könne nichts dafür, was sie angerichtet oder mitverschuldet hat. Und die beste Ausflucht aus der Hilflosigkeit bieten die Waffen der Verleumdung und Verketzerung. Gegen wen richten sie sich? Selbstverständlich gegen den deutschen Politiker, der ihnen wie kein anderer ein Dorn im Auge ist. Überflüssig zu sagen, daß er Strauß heißt. Denn es ist der Mann, den sie am meisten hassen — und fürchten müssen. Weshalb? Weil er dem deutschen Volke sagt, wie die Lage in Wahrheit ist. Weil er kein Blatt vor den Mund nimmt. Weil seine Rede „ja, ja, und nein, nein" ist, um in einem biblischen Vergleiche zu bleiben. Weil er kein Freund des Wischi-Waschi ist. Weil er kein Funktionär ist, der sich anbiedert da und dort; der hier so redet, anderswo anders; weil er nach Adenauer das bedeutsamste politische Talent ist, das dieses an politischen Talenten nicht eben reich gesegnete Volk der Denker und Dichter hervorgebracht hat.

Zu Beginn der sechziger Jahre, als Adenauers Kanzlerschaft zu Ende ging, sich Strauß als der geeignetste Nachfolger anbot, trat die gegen ihn gerichtete Kamarilla — der imaginäre Agent! — in Tätigkeit. Eine Rufmord-Kampagne von unerhörtem Ausmaße begann. Er habe das Parlament „belogen" — nur deshalb, weil er seine Tätigkeit als Verteidigungsminister ernst nahm, und weil ein gewisses Magazin beschlossen hatte, ihn zu „killen". Doch die Pläne schlugen fehl. Die Verschwörung fand zwar statt, hatte aber nicht den gewünschten Erfolg.

Heute wird abermals Russisch-Roulette gespielt. Der Kugelwechsel ist freigegeben. Weshalb? Doch nur deshalb, weil dieser Politiker nach seinem großen landespolitischen Erfolg, den er im vergangenen Herbst erzielt hatte, der ohne Vergleich ist und der einen Hinweis auf die wirkliche Stimmungslage der Bevölkerung gibt, mit seinem wachsenden innenpolitischen Erfolg, der daraus erwuchs, mit seinem weltpolitischen Erfolg, der in der Begegnung mit Mao sich vollzog, nicht mehr länger als bayerischer Hinterwäldler abzuqualifizieren war. Also mußten die Waffen von 1962 wieder hervorgezogen werden. Die Verdrehung der Sonthofener Rede. Was hatte er in dieser Rede gesagt? Nichts anderes als sonst, nämlich dies, daß diese Regierung die Verantwortung trägt für das, was in den letzten sechs Jahren angerichtet worden ist. Und dazu, daß es falsch sei, wenn einige Leute, auch in den Reihen der Unionsparteien, meinten, sich anpassen zu müssen, um dem von den Sozialdemokraten beschworenen „Zeitgeist" ihren Tribut zu zollen. Nichts sonst. Nicht weniger, nicht mehr.

Wenn ein führender Oppositionspolitiker solches nicht mehr sagen darf, ist es um die Demokratie und das demokratische Selbstverständnis in dem Lande schlecht bestellt, in dem er wirkt. Wenn die Mehrheit nicht mehr zu Kenntnis genommen wird, die sich in Wahlen entscheidet, wenn die Verteufelung darüber hinwegtäuschen soll, was das Volk denkt, dann treten Zustände ein, die einem den Gedanken nahelegen, möglichst rasch auszuwandern ...

Doch dieses wäre das Ziel des imaginär skizzierten Agenten. Wollen wir geistig auswandern? Die Antwort kann nur lauten: Nein, niemals! Dafür hat das in Freiheit lebende deutsche Volk, das sich aus der Katastrophe von 1945 durch Fleiß und Tatkraft emporgeschafft hat, nicht seine Leistungen erbracht, um nun zu resignieren. Nun gilt es zu kämpfen für die Idee der demokratischen Freiheit hierzulande. Es gilt zu kämpfen gegen eine Verwilderung der politischen Sitten, die an die Weimarer Zeit erinnert. Es gilt, der Vernunft zum Siege zu verhelfen. Es gilt, gegen die trübe Methodik der politischen Kamarilla, die der deutschen Demokratie wieder an den Kragen will, mit aller Kraft anzugehen. Es gilt, — mit einem Wort — nun dafür zu sorgen, daß das aus geschichtlicher Tragik und unermeßlichem Leid heraus Gewachsene und Geschaffene im freien Teil Deutschlands nicht wieder leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird ...

Bild: Hubs Flöter

Frühling 1975: „... wird sich alles, alles wenden ..."?

BUNDESHAUSHALTSDEBATTE

Falsche Rechnung

KARL FRIEDRICH GROSSE

Dem Vorsitzenden der Unionsfraktion, Prof. Carstens, war das nun doch zu viel, was sich die SPD-Seite in der Debatte über das Haushaltsgesetz 1975 zum Einzelplan 04 (Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes) da geleistet hatte: „Dafür, Herr Kollege Ehrenberg, Sie anhören zu müssen, sollte es eine ‚Ehrenberg-Zulage' geben wie es für manche Arbeitnehmer eine Lärmzulage gibt ... Aber was diese auszuhalten haben, ist ja lange nicht so schlimm, als das, was Sie an niedrigem Niveau, an Geschmacklosigkeit und Demagogie in einer einstündigen Rede von sich gegeben haben." Wehner hatte Ehrenberg als wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion vorgeschickt, um das Provokationsmanöver Brandts aus der Sicherheitsdebatte der Vorwoche am Beginn der Haushaltsdebatte zu wiederholen. Es war der zweite, nur zu durchsichtige Versuch, von schmerzhaft spürbaren Fehlleistungen der Regierung abzulenken. Unter dreister Fortführung der Sonthofen-Kampagne wollte die Koalition nach dem mißlungenen Versuch, Mängel der inneren Sicherheit auf die Opposition abzuwälzen, dieser nun auch die Verantwortung für die wirtschaftlichen, und sozialen Mißstände zuschieben.

Wehners Dauermanöver, die miserable Lage der Koalitionsparteien der „Krisenherbeiführungs- und heraufbeschwörungs-Strategie des Herrn Strauß" anzulasten, verfing jedoch diesmal noch weniger als zuvor. Die Opposition ließ sich weder durch den für die Einstellung Guillaumes in das Kanzleramt mitverantwortlichen Ehrenberg über die Quittung Carstens' hinaus provozieren noch schenkte sie den Verteidigern der Regierung die Auseinandersetzung mit fundierten Argumenten, die Franz Josef Strauß vortrug.

CDU-Sprecher von Weizsäcker hatte Ehrenberg vorgehalten, sich seinem Parteifreund Kühn mit der Verfälschung von Zitaten in der Fehlannahme angeschlossen zu haben, daß die Bürger das kurze Zeit akzeptierten. Diese wünschten vielmehr ungeschminkte Vorhersagen und langfristige Zielsetzungen von der amtierenden Regierung zu hören; vor allem aber wollten sie etwas über weiterführende Ziele für die junge Generation ohne Alleinvertretungsanspruch der Koalitionsparteien wissen, statt pauschaler und undifferenzierter Angriffe des Kanzlers auf die Studenten. Besser er hätte geklärt, ob die SPD Heranwachsende als „Objekt elterlicher Fremdbestimmung" bezeichnen und in Schulen Kinder gegen ihre Eltern aufwiegeln dürfe. Weizsäcker geißelte Brandts Monopolanspruch für die SPD, die einzige Partei der Arbeiter oder der vielen Arbeitnehmer gegen die kleine Klasse der Kapitalisten zu sein: „Sind eigentlich unsere großen Städte, von denen sich nun eine nach der anderen mehrheitlich zur CDU bekennt, von arbeitenden Menschen oder kapitalistischen Faulenzern bewohnt?" Weizsäcker führte weiter aus: „Am Ende von Tarifstreiten siegten nicht Kapitalisten gegen Arbeitnehmer oder umgekehrt. Gewinner seien vielmehr die Tarifpartner zusammen, und zwar in starken Branchen und in günstigen Regionen zu Lasten schwacher Branchen und Regionen. Diese Mächtigen diktierten praktisch gemeinsam dem Rest der Gesellschaft soziale und wirtschaftliche Lebensbedingungen. Es siegten nicht selten die Beschäftigten über die Unbeschäftigten und Abhängigen, über die Rentner, älteren Arbeitnehmer, Ungelernten und Hausfrauen — „jene letzten Idealisten der Nation, von denen wir kostenlose Dienste und Betreuung erwarten".

Mit deutlichen Spuren von Überlastung in den Gesichtszügen stieg Helmut Schmidt ohne vorbereitete Rede — „spontan" — in die Debatte. Teils mokant lobte er seinen Vorredner Adolf Schmidt, den Bergarbeitervorsitzenden und erteilte Dr. Weizsäcker naßforsche Zensuren.

Nach einer sich fast drei Tage hinziehenden Debatte blieb — nach dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Leicht (CDU/CSU) — das schlimme Bild: „Politisches Handeln der Bundesregierung erschöpft sich in aufwendigem Gesundbeten. Im Grunde aber steht dahinter banges Warten, Ratlosigkeit und Ausweglosigkeit." Das entsprach dem Auftakt des Debattenbeitrags von Franz Josef Strauß: Die Regierung müsse endlich schonungslos die Wahrheit über die Finanzlage sagen und sich zwischen Steuererhöhungen, Herabsetzung öffentlicher Leistungen oder permanenter inflationärer Geldschöpfung entscheiden. Helmut Schmidt fehlt dazu die staatsmännische Kraft.

VEREINIGTE STAATEN

Niedergang einer Weltmacht

Außen- und innenpolitische Fehlschläge häufen sich

EMIL MÜHLBERGER

Die Nahost-Mission des amerikanischen Außenministers Henry Kissinger ist gescheitert. Israel blieb hart, die arabische Seite ist vom Tod König Feisals zusätzlich erregt. Kambodscha steht vor der Eroberung durch die kommunistischen Roten Khmer. Der Vietcong und die nordvietnamesischen Truppen haben zur Zeit bereits sieben Provinzen Südvietnams unter ihrer Kontrolle. Portugal droht eine kommunistische Machtergreifung. Und im östlichen Mittelmeer ist das NATO-Bündnis zumindest angeschlagen durch den Streit zwischen Griechenland und der Türkei.

Alle diese Ereignisse scheinen, oberflächlich betrachtet, in keinem Zusammenhang zu stehen. Und doch sind sie auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen als Symptome für den Niedergang der Weltmacht Amerika. Zu Kissingers Fehlschlag bei seinen Vermittlungsversuchen zwischen Israel und den arabischen Staaten wäre es nicht gekommen, wenn die USA noch ihren Ruf als Wahrer der Freiheit in der Welt vor der um sich greifenden kommunistischen Diktatur und als zuverlässiger Bündnispartner besäßen. Ein Kissinger mit einem starken und geachteten Amerika hinter sich wäre bei seinen Bemühungen im Nahen Osten nicht so blamabel erfolglos geblieben. Wenn er bei seinem Abflug aus Jerusalem von einem „traurigen Tag für Amerika" sprach, dann hat er die Situation nicht vollständig umrissen. Er müßte von einer „traurigen Epoche" in der amerikanischen Geschichte sprechen, denn noch nie war das Ansehen der USA in der Weltöffentlichkeit so tief gesunken wie heute.

Das Bild, das ein seiner Weltmachtstellung und internationalen Verpflichtungen überdrüssiges Amerika bietet, wie dies in Kambodscha und Südvietnam zum Ausdruck kommt, ist nicht erst von heute. Die Ursprünge reichen zurück in die sechziger Jahre, als der damalige Präsident John F. Kennedy — die Möglichkeiten seines Landes überschätzend — in Indochina eingriff, andererseits aber in Unterschätzung dieser Möglichkeiten der Sowjetunion gegenüber eine Politik einleitete, die zwangsläufig zum Mißtrauen der von Moskau bedrohten europäischen Verbündeten führen mußte. Heute wissen wir aus zahlreichen Veröffentlichungen, nicht zuletzt durch das Buch „Die Elite" des enttäuschten Kennedy-Fans David Halberstam, daß er nicht die moralische Qualifikation für das Präsidentenamt und die damit verbundene Führung der westlichen Welt besaß und daß er von ehrgeizigen Beratern auf politische Irrwege gelockt wurde.

(Fortsetzung auf Seite 2, Spalte 3)

DIESE WOCHE

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Lüge und Verdrehung als politische Waffe 3
Wer belieferte den „stern"? 3
Hessen: Hetze gegen Strauß 4
Die Dokumentation über Vertreibungsverbrechen 5
Leserbriefe — Forum der Diskussion 6
Warschau will an deutsches Geld 7
Verschleierter Staatsbankrott 11
STREIFZÜGE 13—14

MEINE MEINUNG

Kulturpolitik und Agitation

H. G. VON STUDNITZ

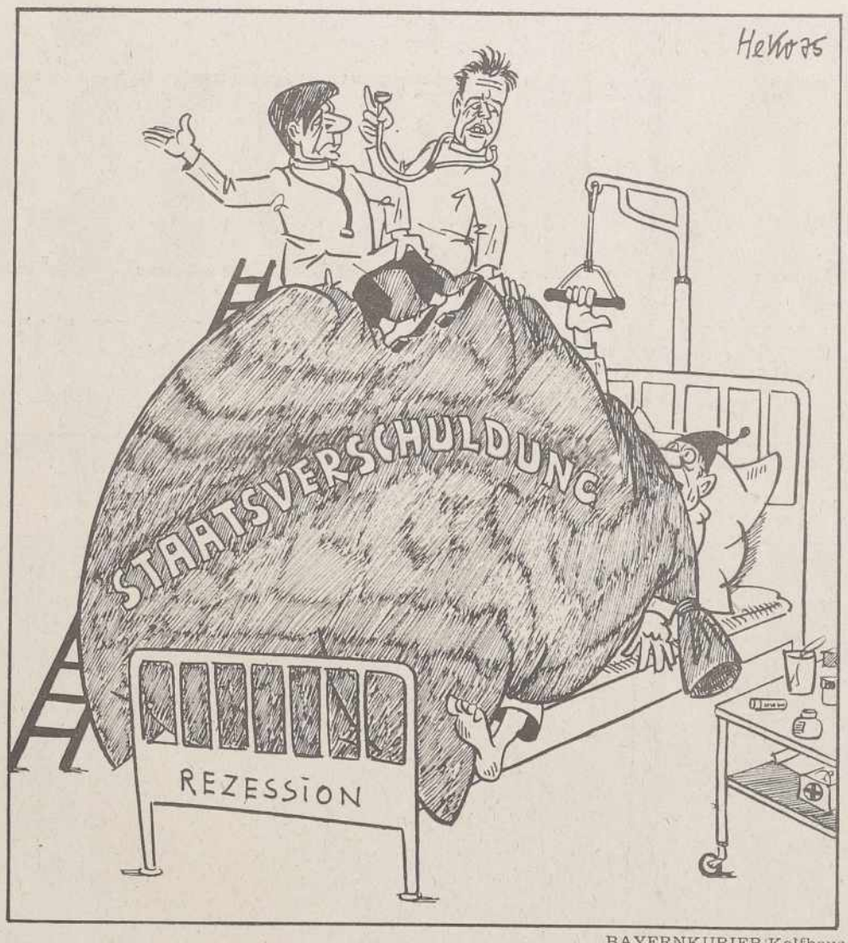
Die Affairen um den Heidelberger Grafiker Klaus Staeck und das Münchener Experimentiertheater „Rote Rübe", die in London und in Nancy, gestützt auf die Etats der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes und des Goethe-Instituts, sich mit „Aussagen" gegen Franz Josef Strauß und die chilenische Militärregierung wichtig zu machen suchten, haben etwas Gutes gezeitigt: Hans Arnold, der seit zwei Jahren amtierende Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, will nicht länger des „laissez-faire" geziehen werden und hat sich grundsätzlich zum Stil und Aufgabenkreis deutscher auswärtiger Kulturpolitik geäußert. —

Arnold erklärte: „Wenn auswärtige Kulturpolitik zum kulturellen, sozialen oder politischen Missionarismus ausartet, wird sie zum Zerrbild ihrer selbst." Er bemerkt, daß es sich in den meisten kritischen Fällen weniger um gewichtige kulturelle oder außenpolitische Fragen als vielmehr um schlichte Fragen des guten Geschmacks, des Takts und des guten Stils im internationalen Kulturaustausch handele. Drei Dingen müsse vorgebeugt werden: Einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten des jeweiligen Gastlandes, Angriffen gegen dritte Staaten und Regierungen und schließlich der Austragung von parteipolitischen deutschen Auseinandersetzungen im Ausland. „Diese Auffassung ist so selbstverständlich und allgemein üblich, daß sie keiner Erläuterung bedarf." Und weiter: „Auswärtige Kulturpolitik als Hilfsmittel, als Agitation, Kulturinstitute als Bastionen, Lektoren als Hilfstruppen für die jeweils für richtig gehaltene Außen- und Innenpolitik, heute so, morgen so — das wäre das Ende einer liberalen, auswärtigen Kulturpolitik."

Bravo! Man wird diesen Äußerungen besonderes Gewicht beimessen dürfen, weil sie von einem Manne kommen, der in seinem Amte und von seinem Amte etwas gelernt hat. Es ist noch gar nicht solange her, da konnte man von Herrn Arnold hören, in den Kulturaustausch müsse auch „Experimentelles und Widersprüchliches aus unserer eigenen kulturellen Gegenwart" eingebracht werden.

Die vom Auswärtigen Amt mitfinanzierten graphischen Albernheiten des Herrn Staeck im Rahmen des Deutschen Monats in London und die um ein Haar vom Goethe-Institut mitgetragenen Kapriolen der „Roten Rübe" in Nancy haben also immerhin zu Denkanstößen bei den für unsere auswärtige Kulturpolitik Verantwortlichen geführt. Wenn Arnold freilich meint, alle diese Dinge seien in den letzten zwanzig Jahren bei uns „unproblematisch" gewesen, so irrt er. Die Erfahrung hat jedoch gelehrt, daß die adäquate Besetzung von Spitzenpositionen nicht ausreicht, wenn sich in den Gliedern der Institute Kulturspießer breit machen. Die zahlreichen Pannen wären bei besserer Qualifikation des beschäftigten Personals vermeidbar gewesen.

Heute haben wir eine auswärtige Kulturpolitik, die das wichtigste Anliegen kultureller Auslandsarbeit, die Erhaltung und Verbreitung der deutschen Sprache, in der unglaublichsten Weise vernachlässigt, die durch Entzug und Beschneidung von Subventionen das deutsche Auslandsschulwesen abwürgt und in das Schulsystem des Gastlandes zu integrieren sucht. Und dies mit der fadenscheinigen Begründung, die deutschen Auslandsschulen seien „vielfach nicht mit der Zeit gegangen" — was soviel heißen soll, daß sie sich den teilweise ekelhaften Exzessen jener sozialistisch gelenkten deutschen Schulen mit ihren Kursen für marxistische Verdummung und sexuelle Erleuchtung von Klippschülern nicht rechtzeitig assimiliert haben. Der deutsche Steuerzahler, der die Kulturpolitik des Auswärtigen Amtes finanziert, weiß nicht einmal, daß der Schuletat, der 1971 noch 40 Prozent des kulturellen Gesamthaushaltes dieser Behörde betrug, 1973 auf 35 Prozent gesenkt wurde und künftig auf 20 Prozent gesenkt werden soll. Hier gilt es einen Neuanfang zu setzen. Wenn die „Rote Rübe" dazu verholfen hat, wäre ihr „künstlerisches Engagement" gegen den „Terror" in Chile nicht umsonst gewesen!



BAYERNKURIER/Kolfhaus

Bonner Diagnose: „Nur Geduld — deine Lage ist nicht ernst, nur hoffnungslos!"

Kiesinger zu Strauß

Unter der Überschrift: Ex-Kanzler Kiesinger stellt sich vor Franz Josef Strauß — Die Haltung des CSU-Vorsitzenden zum freiheitlichen Rechtsstaat war immer unanfechtbar — hat die „Eßlinger Zeitung" Altbundeskanzler Kurt Georg Kiesinger ausführlich zitiert: Was Franz Josef Strauß angehe, so müsse man der Wahrheit zuliebe feststellen, daß Strauß in seinen Reden im Bundestag noch nie entgleist sei. Es sei eine Pflicht, sich vor ihn zu stellen: „Die Haltung zum freiheitlichen Rechtsstaat ist bei Franz Josef Strauß unanfechtbar." Diese Aussage habe nichts zu tun mit der Frage über den zukünftigen Kanzlerkandidaten, den die Unionsparteien erst noch bestimmen werden.

Fortsetzung von Seite 1

Niedergang einer Weltmacht

Lyndon B. Johnson übernahm von Präsident Kennedy die Last des Vietnam-Krieges und auch einen Teil dessen Beraterstabes. Er konnte sich aus den hinterlassenen Verstrickungen nicht befreien, zumal die Linke, die Kennedy als ihr Idol verherrlichte, die von ihm veranlaßte Einmischung in Vietnam zum Anlaß nahm, gegen den Präsidenten und die außenpolitischen Verpflichtungen Washingtons zu rebellieren. Johnson resignierte vor dieser Situation, und sein Nachfolger Nixon versuchte sich aus ihr zu befreien, indem er das Arrangement mit Moskau suchte, das unter dem Zauberwort Entspannung lief und das er schließlich unter dem Eindruck der Watergate-Affäre eskalierte. Sein von Henry Kissinger entworfenes Konzept eines Dreimächte-Verhältnisses unter Einbeziehung Chinas, das eine Wende in der Weltpolitik hätte herbeiführen können, erwies sich letzten Endes als der Versuch, mit Peking als Katalysator das Arrangement mit Moskau zu vertiefen. Diesem — wie die Lage im Nahen Osten beweist — mißglückten Experiment wurde das verbündete Taiwan geopfert. Der damit beabsichtigte Erfolg, ein „Friedensvertrag" mit Nordvietnam, der den totalen Rückzug der US-Truppen aus Indochina ermöglichte, ist durch die kommunistische Aggression in Kambodscha und Südvietnam jetzt wieder hinfällig geworden. Kissinger erhielt dafür den Friedens-Nobelpreis, sein nordvietnamesischer Verhandlungspartner Le Duc Tho lehnte diesen ab, wohl wissend, was kommt.

Am derzeitigen Debakel in der US-Außenpolitik in Fernost, das auch die europäischen Verbündeten mißtrauisch machen muß, trägt das Verhalten eines übersteigert selbstherrlich gewordenen Kongresses, der die vom Präsidenten geforderte Rüstungsbeihilfe für diese Staaten drastisch beschnitt, ein gerütteltes Maß Schuld. Präsident Gerald Ford, ein redlicher Mann und Politiker, der sich täglich fit trimmt und von seinen Ärzten als der gesündeste Präsident, den Amerika jemals hatte, bezeichnet wird, hat es nicht nur mit dem ihm gegenüber aufsässigen Kongreß zu tun, sondern trägt auch schwer an Nixons Erbe in der Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik. Aber Gerald Ford besitzt mit seiner integren Persönlichkeit die Voraussetzungen dafür, das Mißtrauen im Innern wie nach außen abzubauen. Ein solcher Prozeß erfolgt aber nicht von heute auf morgen. Er braucht Jahre. Im Interesse Amerikas und der freien Welt ist zu hoffen, daß er zum Abschluß kommt, bevor es zu spät ist.

Allen Lesern des Bayernkurier wünschen wir ein frohes Osterfest!

VERLAG UND REDAKTION

AKTUELLES PORTRÄT

Hermann Oxfort

Bild: Sven Simon

Die Zwangsehe, die beide Verliererparteien der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus, SPD und FDP, eingehen müssen, beschert dem Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz einen Stellvertreter, der bestimmt nicht nach seinem Gusto ist: den bisherigen Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Hermann Oxfort. Die SPD ging am 2. März von 50,4 auf 42,7 Prozent zurück. Der FDP war das Schicksal etwas gnädiger, denn sie verlor nur 1,3 Prozent und kam auf 7,2 Prozent. Aber sie wird künftig den Ton im Berliner Senat angeben, auch wenn sie heillos in sich zerstritten ist und es vor zwei Jahren auf ihrem Landesparteitag fast zum Bruch zwischen dem linken, von Wolfgang Lüder angeführten, und dem rechten Flügel unter Oxfort gekommen wäre. Man kann daher auf die neue FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus nicht den — auf ein Fußballteam bezogenen — Wahlspruch anwenden: „Elf Freunde müßt ihr sein!"

Von Freundschaft zwischen Oxfort und Lüder zu sprechen ist ebenso abwegig, wie etwa eine Freundschaft zwischen jenem und Klaus Schütz preisen zu wollen. Oxfort, mit seinen gemäßigten Getreuen eine Minderheit in seinem Landesverband wie in seiner Fraktion, ist in beiden Fällen ein Geduldeter. Man täte ihm unrecht, ihn, weil er nicht so weit links steht wie Lüder, als Rechten zu bezeichnen. Er führt die nationalliberale Tradition der FDP ebensowenig fort wie sein Bundesvorsitzender Hans-Dietrich Genscher, mit dem er gemeinsam hat, daß er in Thüringen (am 27. Oktober 1928 in Erfurt) geboren wurde, daß er bis 1949 der Liberal-Demokratischen Partei im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands angehörte, und daß er nach seiner Flucht in den Westen der FDP beitrat. Er bildet in dieser daher eine Verstärkung jener FDP-Mitglieder, die die Pflege ihres Liberalismus der Gnade Stalins und Ulbrichts verdankten. Aus ihren Reihen kamen auch jene wilden linken jungen Männer, die sich um die inzwischen eingestellte Zeitschrift „liberal" scharten und mit ihrem Deutschland-Plan schon vor 16 Jahren fast eine Parteispaltung heraufbeschworen hätten. Zu diesen gehört Oxfort nicht, aber er orientiert sich in puncto Ostpolitik an der Linie, die diesem Denken entsprang.

Man sagt Oxfort, der aus einer Handwerkerfamilie stammt, viel Fleiß nach. Nach dem Abitur am Humanistischen Gymnasium in Erfurt bildete er sich in Abendkursen weiter und war als Rechtspflegeranwärter im thüringischen Justizdienst tätig. Als er 1949 nach West-Berlin flüchtete, belegte er an der dortigen Freien Universität die Fächer Rechtswissenschaft, Soziologie, Psychologie und Philosophie. Nach der Ersten Juristischen Staatsprüfung war er ein Jahr lang beim Studentenwerk der Freien Universität tätig. Während seines Vorbereitungsdienstes als Referendar in der Berliner Justiz arbeitete er außerdem in einer Anwaltskanzlei. Im Juli 1957 begann er nach Ablegung der Zweiten Juristischen Staatsprüfung als Rechtsanwalt am Landgericht und Kammergericht in Berlin und wurde zehn Jahre später auch als Notar zugelassen.

Seit 1963 gehört er dem Berliner Abgeordnetenhaus an, war acht Jahre FDP-Fraktionsvorsitzender, zwei Jahre lang, von 1969 bis 1971 FDP-Landesvorsitzender, bis er dann Wolfgang Lüder weichen mußte, mit dem die Parteimehrheit weit nach links abrutschte. Oxfort kann froh sein, daß er als vorgesehener Bürgermeister und Justizsenator in Berlin nicht mehr einer Fraktion vorstehen muß, in der die Gegensätze unüberbrückbar geworden sind. h. r.

BLICKPUNKTE

Ein wahrer Gottesmann

Empfindlich reagieren die Vertreter der evangelischen Kirche, wenn sich einzelne ihrer Repräsentanten ob merkwürdiger politischer Aktivitäten öffentlicher Kritik ausgesetzt sehen. Freilich, diese Empfindsamkeit ist weit weniger dann ausgeprägt, wenn es um Verhaltensweisen in den eigenen Reihen geht. Da gibt es beispielsweise Herrn Manfred Mezger, 64 Jahre alt, Dr. theol., Dr. phil., Dr. theol. h. c. und Ordinarius für Praktische Theologie im Fachbereich Evangelische Theologie an der Universität Mainz. Dieser Repräsentant der evangelischen Kirche hat sich im „Spiegel" über Franz Josef Strauß geäußert. Wollte die Wortwahl, zu der sich dieser Gottesmann bei seiner Schmähung des Vorsitzenden einer großen demokratischen Partei in diesem Lande verstiegen hat, umgekehrt gegen Vertreter der Kirche zur Anwendung kommen — die Kanzeln würden erzittern, Oberkirchenräte in pausenlosen Alarmkonferenzen zusammensitzen. Aber zu Professor Mezger, der Strauß als „das babylonisch-bayerische Großmaul des Vierten Reiches" schimpft — „wer ihn nennt, sollte jedesmal den Mund abwischen" —, der Strauß als rechtsradikalen Hassardeur schmäht, der den Beifall „von Millionen Neonazis habe", zu diesem Herrn Mezger fällt der sonst so empfindsamen evangelischen Amtskirche außer einem lahmen Leserbrief nichts ein. Da liest man nichts von Entrüstung, von Empörung, von Entschuldigung. Dabei gäbe dieser Diener des Evangeliums, dem gebotene und gepredigte Nächstenliebe längst in Haß umgeschlagen ist, ein vorzügliches Objekt theologischer Anteilnahme und brüderlicher Zurechtweisung ab. W. Sch.

Brandt auf Sozialisten-Tour

Brandt ist noch immer für eine Überraschung gut. Nicht nur, daß er erneut in der Pose des Weltpolitikers und Friedensengels — Friedrich Engels dabei stets im Hinterkopf — den Erdball umrundet. Er scheint entschlossen, im Kampf um die Macht im Staate sogar gegen Schmidt das Kriegsbeil ausgraben zu wollen, um Nachfolger seines Nachfolgers zu werden. Da ihm hierbei die Unterstützung der extremen Linken in der SPD, also aller entscheidenden Funktionäre seiner Partei, von vornherein sicher ist, will Brandt zur Zeit nebenbei die Sozialistische Internationale für sich mobilisieren. Wie eben in Mexiko, wo er sich als Wirtschafts- und Energie-Experte zu produzieren versuchte und kaum verhohlen für die Volksfront eintrat, spielte er sich auch im US-Bundesstaat Tennessee auf. Seine politische Herkunft freilich konnte — und wollte — er nicht verleugnen: Mitbestimmung — und nicht etwa die soziale Marktwirtschaft — sei die Ursache für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen. Und sein kapitalistisches Publikum schulmeisterte er in sozialistischer Arroganz: Die Intervention der amerikanischen Handelskammer — sie will vermeiden, daß deutsche DGB-Funktionäre über das Kapital amerikanischer Anleger bestimmen — sei eine „Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten" und richte sich gegen die „wohlverstandenen Interessen der betroffenen Gesellschaft". Insbesondere Breschnew, den der SPD-Vorsitzende im Mai in Moskau treffen wird, dürfte erfreut sein. Er wird Brandt dafür ebenso dankbar die Hände schütteln wie für die Tatsache, daß dieser der portugiesischen Volksfront politische und wirtschaftliche Hilfe zugesagt hat. Ist es ein Zufall, daß Brandt ausgerechnet dem portugiesischen Sozialistenchef Soares, der an der Seite der Kommunisten den Versuch der Demokratie in seinem Lande zu Tode schleift, als einem der ersten seine Pläne, erneut Kanzler zu werden, offenbart hat? -dk-

Heidelberger Friedensforschung

Während jedes Jahr Tausende studierwilliger junger Leute vergeblich an die Tore der Universitäten pochen, gibt es dahinter linke Privilegierte, die jährlich Hunderttausende an öffentlichen Geldern nach Gusto hinauswerfen können. So z. B. am Südasien-Institut der Universität Heidelberg, wie sich jetzt aus den bisherigen Ermittlungen eines Untersuchungsausschusses des Stuttgarter Landtages ergab, der gewisse, vom Landesrechnungshof aufgedeckte Eigenwilligkeiten im Finanzgebaren der Universität Heidelberg weiter unter die Lupe nimmt. Für über eine halbe Million Mark konnte kein Verwendungsnachweis erbracht werden. Und was allzu spät nachgereicht wurde, gibt, vorsichtig ausgedrückt, Rätsel auf. Hunderttausende, ja vielleicht über eine Million, dürften zwischen Heidelberg und Bangkok bzw. Kabul verpulvert worden sein. Dort nämlich unterhält das Südasien-Institut Außenstellen, die ihrerseits gewisse „Projekte der Feldforschung" unternehmen. Zu einem in Thailand etwa wurden 9 Beflissene über einige Jahre hingeschickt. Dort war ihnen aber mehr an einem „sozialistischen Thailand", denn an „Feldforschung" gelegen und sie benahmen sich auch danach: Sie beleidigten den deutschen Botschafter und stießen die zuständigen thailändischen Behörden durch ihr linksradikales Revoluzzertum derart vor den Kopf, daß ihre Ausweisung drohte. Nach Zeugenaussagen war es für die Projektarbeiter in Indien dagegen ein beliebtes Mittel der Einkommensaufbesserung, Reisen in Richtung Nepal zu einem Tagessatz von 800 DM mit dem eigenen Wagen zu unternehmen, den man dabei günstig zu verkaufen wußte. 1970 mußte der Leiter des dortigen Projektes wegen des Verdachts des Betrugs zurücktreten, doch hatte er von der Universitätsverwaltung und ihrem linken Kanzler Kübler nichts zu befürchten, ja, viel deutet darauf hin, daß für den Ausschuß wichtige Zeugen von ihr unter Druck gesetzt wurden: Es gibt offenbar noch mehr zu verdecken als nur den kostspieligen Revoluzzer-Export des Südasien-Instituts. c. w.

NACHRICHTEN MIT AKZENT

Strauß und Nannen

Der CSU-Vorsitzende Strauß hat die Illustrierte „Stern" zu einer Gegendarstellung aufgefordert. Das Verlangen bezieht sich auf einen Leitartikel des Chefredakteurs Henri Nannen in der letzten Ausgabe des „Stern", indem unter Berufung auf — nicht autorisierte — Veröffentlichungen über Ausführungen des CSU-Vorsitzenden in Sonthofen unrichtige Behauptungen aufgestellt wurden. In diesem Zusammenhang stellte die CSU-Landesleitung fest, es sei offensichtlich, daß die Verstöße wider den guten Geschmack und das Gebot der Fairneß rechtliche Mittel nicht eingesetzt werden könnten; diese Verstöße würden durch die Öffentlichkeit gerichtet. „Wir werden jedoch mit den gebotenen Mitteln gegen Versuche vorgehen, durch Entstellung und Verfälschung oder durch falsche Behauptungen der derzeit laufenden Diffamierungskampagne gegen den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß Vorschub zu leisten. Es ist bezeichnend, daß diese Kampagne sich auf willkürliche, aus dem Zusammenhang gerissene und in andere Zusammenhänge gestellte und dabei dem Sinn des Gesagten widersprechende Auszüge von Texten stützen muß, da der Gesamttext die gewünschte Interpretation nicht zuläßt, ja sie widerlegt. Daß nur mit solchen Manipulationen diese Kampagne am Leben gehalten werden kann, spricht nicht nur gegen ihre Urheber und Propagandisten, sondern ist gleichzeitig ein Beweis für die Richtigkeit der tatsächlichen Aussagen des CSU-Vorsitzenden."

Tagung zur Sicherheitspolitik

In Hamburg veranstaltete die Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung eine sicherheitspolitische Tagung an der Führungsakademie der Bundeswehr. Eine große Zahl interessierter Offiziere in der Generalstabsausbildung sowie Lehrkräfte und der Kommandeur der Führungsakademie, Generalmajor Dr. Wagemann, beteiligten sich. Die Referate über die weltpolitische Lage und ihre strategischen Konsequenzen (Ferdinand Otto Miksche, Paris), über die durch die Ostpolitik ausgelöste außenpolitische Herausforderung (Werner Marx) und den gegenwärtigen Zustand der NATO (Otto von Habsburg) lösten intensiv geführte Diskussionen aus. Ein Tag der Veranstaltung war der derzeitigen Offiziersausbildung gewidmet. Professor John Erickson, Direktor des Instituts für „Defence Studies" der Universität Edinburgh, zeigte die problematische Entwicklung in Großbritannien auf. Dr. Klumper aus Hilversum konnte das funktionierende niederländische Modell darstellen. Einer der prominenten Gäste war der neugewählte Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Karl-Wilhelm Berkhan.

BAYERNKURIER

Herausgeber:
Dr. h. c. Franz Josef Strauß

Geschäftsführend: Wolfgang Horlacher; Stellvertreter: Wilfried Scharnagl; Leo M. Bensch (Chef vom Dienst und verantwortlich für den Inhalt). Verlagsdirektor: Richard Mantlik.

Redaktionsgemeinschaft: Leo M. Bensch, Wolfgang Horlacher, Detlef Kleinert, Marie-Helene Lammers, Wolfgang Johannes Müller, Wilfried Scharnagl. Bundeshauptstadt und Nordrhein-Westfalen: Dr. Karl Friedrich Grosse, Essen. — Kolumnenbeiträge geben Meinungen der Verfasser wieder, die nicht unbedingt mit denen des Herausgebers oder der Redaktion übereinstimmen müssen. — Keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte. — Redaktionsschluß Montag abend.

Verlag und Redaktion Bayernkurier
8 München 19, Lazarettstr. 19, Telefon 18 20 11.
8 München 19, Postfach 27 — Telex: 52 15 812.

Verantwortlich für Anzeigen, Public Relations und für BK-Reports: Ute Magg. Vertriebsleiter: Horst Jebautzky. Abonnement monatlich 3,70 DM. Studentenabonnement monatlich 1,85 DM (einschließlich 5,5 % Mehrwertsteuer). Streifbandporto auf Anfrage. Bei Zustellung durch Boten Preis pro Nummer DM 1,— zuzüglich ortsüblicher Zustellgebühr. Erfüllungsort und Gerichtsstand München. Bei Nichterscheinen unserer Zeitung infolge höherer Gewalt besteht kein Entschädigungsanspruch. — Seit 1. Januar 1974 ist die Anzeigenpreisliste Nr. 15 gültig. Verlagskonten: Postscheckkonto München Konto-Nr. 140 48-803 und Nr. 270 00-800. Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank München, Kto.-Nr. 404 1151; Bayerische Vereinsbank München, Konto-Nr. 520 300. Druck: Verlag und Druckerei G. J. Manz AG, 8 München 80, Anzinger Straße 1.

ANGRIFFE AUF STRAUSS

Verdrehung und Lüge als politische Waffe

Geschlossenheit der Union steht nicht in Frage

Prof. Dr. KURT H. BIEDENKOPF
Generalsekretär der CDU

Die Debatten im Deutschen Bundestag zur inneren Sicherheit und zum Bundeshaushalt haben eines deutlich gemacht: Die SPD/FDP ist mit ihrer Politik der inneren Reformen gescheitert. Das Ergebnis gut fünfjähriger Koalitionspolitik ist Arbeitslosigkeit, Inflation, rapide anwachsende öffentliche Verschuldung, enttäuschte Versprechungen und allgemeine Unsicherheit der Bürger. Die politische Substanz der Koalition ist verbraucht. Ihre Sachargumente klingen hohl. Ihre Politiker sind unglaubwürdig geworden. Den Wählern ist dies nicht verborgen geblieben. In allen Landtagswahlen seit 1973 haben sie der Koalition den Rücken gekehrt und sich für die CDU/CSU als politische Alternative entschieden.

Als letztes Mittel greift die SPD/FDP deshalb zur politischen Verleumdung und persönlichen Diffamierung des politischen Gegners. Schon seit Wochen bestreitet sie damit die Landtagswahlkämpfe. Jetzt dient ihr eine Rede zum Vorwand, die Franz Josef Strauß im internen Kreis gehalten hat. Brandt, Wehner und Kühn rufen zum gnadenlosen Kampf gegen Strauß auf. Sie nennen ihn in einem Atemzug mit den Verbrechern Baader und Meinhof. Wehner bezeichnet ihn als geistigen Terroristen.

Die Kampagne hat alle Anzeichen politischer Hysterie. Sie muß scheitern. Die Öffentlichkeit ist nicht bereit, das Spiel mitzuspielen. Einmal hat sich inzwischen herumgesprochen, was es mit dieser Rede wirklich auf sich hat. Es sind aus dem Zusammenhang gerissene Auszüge aus Diskussionsbeiträgen, von Dritten zum Teil aus dem Gedächtnis aufgezeichnet und von Strauß niemals zur Veröffentlichung bestimmt oder autorisiert. Vor allem wissen wir jedoch heute: Die SPD/FDP schreckt nicht davor zurück, Kernsätze der abgedruckten Aufzeichnung wider besseres Wissen in ihr Gegenteil zu verkehren. Sie behauptet, Strauß wolle mehr Inflation, mehr Arbeitslosigkeit und den Staatsbankrott in Kauf nehmen, um seine Ziele zu erreichen. Im Text steht das Gegenteil: Die SPD/FDP-Regierung nimmt lieber mehr Inflation und Arbeitslosigkeit in Kauf, als den Vorschlägen der Opposition zu folgen! Verdrehung und Lüge werden so zur politischen Waffe derer, die, wie Brandt, Kühn und Wehner, zur politischen Sache nichts mehr zu sagen wissen. Dies ist eine schwere Belastung für unsere Demokratie. Das Entscheidende aber ist, daß eine Politik der totalen Konfrontation niemals Sache der Unionsparteien sein kann und niemals war. Auch Strauß hat sie nie empfohlen oder praktiziert. Brandt und Wehner wissen genau, daß ohne die Kooperation der Unionsparteien im Bundesrat auch die wenigen brauchbaren Initiativen gescheitert wären, die die Koalition bisher zustande gebracht hat. Was sie mit ihrer Kampagne wirklich erreichen wollen, ist die Diffamierung von Opposition als demokratische Alternative. Sie treffen damit nicht die Unionsparteien, sondern den Anspruch des Bürgers, zwischen demokratischen Alternativen zu wählen, und sein Recht, die Regierung durch seine gewählten Abgeordneten zu kontrollieren.

Es ist Aufgabe der parlamentarischen Opposition, die Regierung mit grundsätzlichen Gegenpositionen zu konfrontieren. Die Unionsparteien sind entschlossen, an diesem Auftrag unbeirrt festzuhalten. Sie finden sich in dieser Entschlossenheit durch die wachsende Zustimmung der Bevölkerung eindrucksvoll bestätigt.

Der SPD/FDP-Koalition wird es nicht gelingen, die Unionsparteien als Opposition aus ihrer demokratischen Verantwortung zu drängen. Ihr Versuch, zwischen die Unionsparteien einen Keil zu treiben und sie damit zu schwächen, wird scheitern. Mit ihrem Stimmzettel werden die Bürger in den kommenden Wahlen der gescheiterten SPD-FDP-Politik eine Absage erteilen. Sie werden zugleich denen das Vertrauen entziehen, die nicht davor zurückschrecken, unsere demokratische Ordnung und damit den inneren Frieden in unserem Lande zu gefährden. (DUD)

Bild: dpa

Opfer des Terrors: Ein Polizist wird zu Grabe getragen

INNERE SICHERHEIT

Selbstmord der Demokratie

Und jetzt wird von Solidarität gesprochen

Dr. RICHARD HUNDHAMMER, MdL

Nun wissen wir, warum unsere Bürger um ihre Sicherheit bangen müssen, warum sich unser demokratischer Rechtsstaat dem Willen von Verbrechern beugen muß, warum Gewalttäter nicht rascher gefaßt, organisierte Mörderbanden nicht rechtzeitig zerschlagen werden können! Nach Auffassung von Vertretern der Bundesregierung sind die „Panikmacher" in den Reihen der CDU/CSU, ist der Föderalismus schuld an diesen unhaltbaren Zuständen, obwohl bei der Verfolgung der Gewaltverbrecher der Baader-Meinhof-Bande die Zusammenarbeit der Fahndungsbehörden von Bund und Ländern ausgezeichnet funktioniert, sofern man diese überhaupt beansprucht. Den Föderalismus oder die Warner vor der bedenklichen Entwicklung der Gewaltkriminalität verantwortlich zu machen, kann daher nur den Sinn haben, von den wirklichen Ursachen abzulenken.

Gewaltverbrechen, Mordanschläge und Geiselnahmen durch pseudo-politisch motivierte Terrorbanden wird man nie ganz ausschließen können. Aber das Risiko, daß solche Verbrechen ausgeführt werden, kann und muß verringert werden. Voraussetzung ist, daß man die Sicherheit unserer Bürger und unseres Staates, die Gefährlichkeit linksextremer Theorien und Praktiken ernster nimmt als bisher.

So mußten die Koalitionsparteien SPD und FDP auf dem Gebiet des Strafrechts in den vergangenen Jahren erst durch Initiativen von CDU und CSU zu verschiedenen Maßnahmen gezwungen werden. Die Bundesregierung sah von sich aus keinen Grund, das Haftrecht für Wiederholungstäter zu verschärfen, während sie eine Reform des Ehescheidungsrechts, der Strafbestimmungen gegen die Abtreibung oder die Verbreitung pornographischer Machwerke für vordringlich erachtete. Es bedurfte einer Initiative Bayerns, um unseren Gerichten bei z. T. unflätigen Störungen durch anarchistische Gewalttäter wirksamere Mittel an die Hand zu geben. Zu einer öffentlichen Fahndung nach den Mitgliedern der Baader-Meinhof-Bande entschloß sich die Bundesregierung erst nach mehrfachem dringenden Ersuchen des bayerischen Innenministers.

Liberalisierung des Strafrechts

Weitere Vorschläge Bayerns und CDU-regierter Bundesländer wurden von SPD und FDP abgelehnt, z. B. die Erhöhung der Mindeststrafen für Geiselnahme und Rauschgifthandel von 3 auf 10 Jahre Freiheitsentzug. Im Gegenteil, das Strafrecht wurde weiter liberalisiert. Die Zuchthausstrafe, weil für einen Mörder und Gewaltverbrecher „diskriminierend", wurde abgeschafft. Die Strafbestimmungen gegen Aufruhr, Landfriedensbruch und Widerstand gegen Polizeibeamte wurden von der SPD/FDP-Bundestagsmehrheit so „reformiert", daß sie praktisch wirkungslos wurden. Vor wenigen Monaten wurde auch die von der Bayerischen Staatsregierung angeregte gesetzliche Regelung der Überwachung des Verkehrs von Angeklagten mit ihren Verteidigern, wenn der Verdacht eines konspirativen Zusammenwirkens vorliegt, abgelehnt.

Ein von der Bayerischen Staatsregierung im Juni 1974 im Bundesrat eingereichter „Gesetzentwurf zur Sicherung des Gemeinschaftsfriedens" zur Neuregelung des Demonstrationsrechts und für Strafsanktionen für die Aufforderung zu Gewalttaten wurde im Oktober 1974 auf Antrag der SPD/FDP-regierten Bundesländer einschließlich Berlins vertagt, weil er „verfrüht" sei.

Wie ist diese Haltung der Koalitionsparteien angesichts der steigenden Gewaltkriminalität zu erklären? Warum konnten sich in der Bundesrepublik ideologisierte Verbrecherbanden entfalten? Einer der Gründe liegt sicherlich darin, daß man es jahrelang zugelassen hat, unseren Rechtsstaat, den freiheitlichsten und sozialsten in der Geschichte unseres Volkes, zu verteufeln, oft jede Staatsautorität verächtlich zu machen. Wir wollen keinen autoritären Staat, aber einen Staat mit Autorität.

Wenn Brandt in seiner Regierungserklärung von 1969 verkündete, jetzt erst könne unser Staat mit Demokratie erfüllt werden, hat er damit zum Ausdruck gebracht, daß dies unter Adenauer, Erhard, Kiesinger nicht der Fall war; der „demokratische" Sozialismus sollte „undemokratische Verkrustungen" beseitigen. Ein weiterer Grund für die zunehmende Radikalisierung liegt auch in der von manchen Massenmedien eher noch geförderten abschätzigen Beurteilung der Autorität von Eltern, Erziehern und Rechtspflege. Der irritierte Zeitgenosse mußte zuweilen aus Presseberichten den Eindruck gewinnen, als seien nicht der Flegel, der Rowdy oder der Mörder, sondern die Eltern, der Lehrer oder der Polizeibeamte die wirklich Schuldigen. Unsere „unsoziale, menschenunwürdige Gesellschaftsordnung" war von Grund auf reform-, ja sogar revolutionierungsbedürftig, wie politische und journalistische Wirrgeister verkündeten und dadurch die Schar der Sympathisanten und Helfershelfer der Linksradikalen vergrößerten. Linksextreme Studentenführer wie Dutschke und Genossen probten denn auch in der Praxis den Aufstand. Einige Universitäten, überwiegend in SPD/FDP-regierten Bundesländern, wie in Frankfurt, Bremen und Berlin wurden zu Brutstätten extremistischer Aktivitäten.

Die Bölls, Heinemanns, Brandts und Schmidts wollten die für unseren demokratischen Staat heraufziehenden Gefahren nicht sehen. Nicht nur der Literat Böll warb um Verständnis für manche „Entgleisung" Linksradikaler; ein Bischof besuchte höchstpersönlich ein Bandenmitglied. Bis heute diffamiert man demokratische Politiker, weil sie sich energisch gegen die Einstellung Radikaler in den öffentlichen Dienst wenden. Dr. Heinemann hat als Bundesjustizminister bei den vor Jahren erfolgten Störungen von Gottesdiensten nicht etwa den Einsatz rechtsstaatlicher Mittel, sondern den Kirchenbesuchern empfohlen, im Bedarfsfall „das Gegröle eindringender Störer durch lautes Absingen geistlicher Lieder zu übertönen". Als Altbundespräsident schrieb er vor wenigen Monaten an die „sehr geehrte Frau Meinhof" und hat nicht dementiert, daß er die Rückkehr eben jenes Linksextremisten Dutschke aus England finanziert hat, der nunmehr gegen erkleckliches Honorar für die Deutsche Forschungsgesellschaft gesellschaftspolitische Analysen fertigen darf.

Zu lange wurde verharmlost

Beispielhaft für die Fehlbeurteilung der Situation ist, daß nach der Geiselnahme des Vorsitzenden der Berliner CDU, Peter Lorenz, der Chefredakteur einer großen süddeutschen Tageszeitung schrieb, es sei „nun klar, in Berlin habe man es nicht mit ordinären Ganoven, sondern mit Terroristen ohne Skrupel" zu tun, hat also die vor kurzer Zeit erfolgte Ermordung des Berliner

(Fortsetzung auf Seite 4, Spalte 2)

AUSWÄRTIGES AMT

Lieferant für den „stern"?

Daß das Auswärtige Amt etwa so dicht ist wie ein Sieb, weiß man nicht erst seit der Veröffentlichung von Telegrammen des deutschen Botschafters Pauls in den USA in der Zeitschrift „Quick" im August 1971. Damals verstieg sich Willy Brandt zu dem bösen Wort „Schreibtischtäter". Jetzt freilich, wo erneut geheime Dokumente des Auswärtigen Amtes, diesmal im „stern" veröffentlicht wurden, war von den Genossen nichts zu hören. Denn diese Veröffentlichungen waren ja Teil der Kampagne gegen Franz Josef Strauß. Der CSU-Vorsitzende hatte bei seinem Besuch in China mit Mao Tse-tung vereinbart, daß über die Gespräche der beiden Politiker Stillschweigen bewahrt werden sollte. Den Regeln der Diplomatie und der Höflichkeit folgend hatte Strauß jedoch Botschafter Pauls, inzwischen von Washington nach Peking versetzt, über seine Gespräche mit Mao informiert.

Diese Informationen waren teilweise wörtlich am 30. Januar im „stern" nachzulesen. Strauß hat deshalb eine „Kleine Anfrage" an den Außenminister gerichtet, um die Veröffentlichung diplomatischer Fernschreiben klären zu lassen:

Frage: Trifft es zu, daß die im „stern" abgedruckten Texte wörtlich oder sinngemäß mit Telegrammtexten übereinstimmen, die Botschafter Pauls an das Auswärtige Amt gesandt hat?

Antwort des Staatsministers im Auswärtigen Amt Moersch: Es trifft zu, daß der auf Seite 91 der „stern"-Ausgabe vom 30. Januar 1975 in Anführungszeichen zitierte Text mit Passagen eines Fernschreibens der Botschaft Peking übereinstimmt. Es trifft weiter zu, daß die Botschaft über die Begegnung von Herrn Dr. Strauß mit dem Vorsitzenden Mao berichtet hat. Diese Berichterstattung nannte unter anderem die im „stern" und auch in der übrigen deutschen Presse wiedergegebenen Gesprächsthemen, befaßte sich aber mit dem Gegenstand so ausführlich, daß von einer sinngemäßen Übereinstimmung nicht die Rede sein kann.

Frage: Sind innerhalb des Auswärtigen Amtes Ermittlungen eingeleitet worden, wie diese Texte in den Besitz des „stern" gelangt sind?

Antwort: Das Auswärtige Amt, das die Indiskretionen bedauert, hat im Rahmen seiner Zuständigkeiten die erforderlichen Ermittlungen eingeleitet.

Frage: Liegen bereits Ergebnisse aus diesen Ermittlungen vor, oder bestehen konkrete Verdachtsmomente wie die Texte an den „stern" gelangt sind?

Antwort: Bisher liegen aus diesen Ermittlungen noch keine Ergebnisse oder konkreten Verdachtsmomente vor. Wie in solchen Fällen üblich, haben zahlreiche Arbeitseinheiten der Bundesregierung die Berichte erhalten. Der Umfang des Personenkreises, der von diesen Berichten Kenntnis erlangen konnte, machte es äußerst schwierig, zu befriedigenden Ermittlungsergebnissen zu gelangen.

Frage: Welchen Geheimhaltungsgrad hatten die Telegramme des Botschafters?

Antwort: Die Berichte der Botschaft wurden verschlüsselt übermittelt; sie trugen den Geheimhaltungsgrad „VS — nur für den Dienstgebrauch" mit Ausnahme des Berichts, aus dem der zitierte Text stammt, für den kein Geheimhaltungsgrad verfügt worden ist. Die Botschaft durfte trotzdem von der Annahme ausgehen, daß dieser Bericht mit der üblichen im Verkehr zwischen der Botschaft und dem Auswärtigen Amt praktizierten Vertraulichkeit behandelt werden würde.

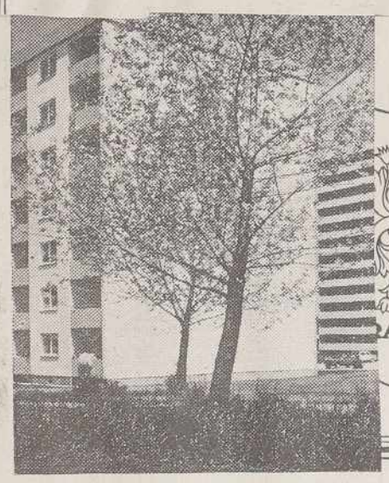
Frage: Sind bereits die notwendigen Ermächtigungen zur Einleitung von strafrechtlichen Maßnahmen erteilt worden?

Antwort: Die Frage, ob Ermächtigungen durch das Auswärtige Amt notwendig sind, hat sich bisher noch nicht gestellt. Das Auswärtige Amt ist an einer Aufklärung der Angelegenheit interessiert; die Frage einer Ermächtigung wird deshalb, sollte sie sich in Zukunft stellen, sorgfältig geprüft werden.

*

Danach kann man nur jedem Besucher empfehlen, keinen Vertreter der Botschaft zu politischen Gesprächen im Ausland mitzunehmen oder ihm nachher über das Gespräch zu berichten, sondern es ist dann schon besser, unmittelbar den „stern" zu informieren, der offensichtlich als Presseorgan des Auswärtigen Amtes fungiert.

Zu Gast in aller Welt



RAFFLES HOTEL SINGAPORE

Das famose „Raffles" in Singapore

Somerset Maugham, Rudyard Kipling und auch Noel Coward haben diesem bedeutenden Hotel im Fernen Osten literarisches Lob gezollt wie keinem anderen auf der Welt: Gewiß zu Recht. Denn noch immer bietet das gute alte, 1886 gebaute „Raffles" seinen Gästen jenes erhebende Gefühl, nicht nur zu wohnen, sondern zu residieren, nicht nur zu essen, sondern zu speisen.
Und noch etwas: an der berühmten Long Bar, von Kundigen auch „Gin-Allee" genannt, gibt es nach wie vor den originalen „Singapore Gin Sling", einen feinen Drink aus Cherry Brandy, Gin, Zitronensaft und Angostura, den einst ein fixer Mixer dieses Hotels erfunden hat — und natürlich erhält man auch im famosen „Raffles" den großen Asbach Uralt aus dem fernen Rüdesheim am Rhein. Cheers, Ladies and Gentlemen!

Asbach Uralt

Im Asbach-Uralt ist der Geist des Weines!

WDR

Weiter Streit um „Rotfunk“

Der Chefredakteur der Deutschen Presseagentur, Dr. Benirschke, schrieb Mitte März eine Reihe von Briefen an Publikationsorgane, darunter auch an diese Zeitung. Der Bayernkurier hatte am 15. März den „Mediensturm im Wasserglas“ beschrieben, den eine unkorrekte dpa-Meldung über Äußerungen Heinrich Windelens bei SPD und FDP und beim WDR-Redaktionsausschuß auslöste. Inzwischen hat sich anhand einer Tonband-Aufnahme herausgestellt, daß dpa sinnentstellend berichtete „wir werden uns nicht länger diesen Rotfunk gefallen lassen“, während Windelen gesagt hat: „Wir wollen ganz gewiß keinen Schwarzfunk in diesem Lande, aber wir werden uns nicht länger den Rotfunk gefallen lassen.“

Der dpa-Chef mußte zusätzlich den Vorwurf ausgesprochener „Fälschung“ hinnehmen, weil seine Reporter eine bekannte Selbstkritik des WDR-Intendanten von Bismarck (trotz schriftlicher Unterlage) dem westfälischen CDU-Landesvorsitzenden unterschoben. Als wesentlicher gegenüber diesem relativ seltenen Fall einer Nachrichten-Verfälschung gilt in Düsseldorf allerdings die Tatsache, daß im dortigen Landesbüro der dpa eine Massierung von SPD-Mitgliedern zu tage tritt, die zu parteipolitischer Befangenheit in Konfrontationsfällen führen könnte.

Eben dieses Risiko läuft auch die öffentlichrechtliche Anstalt Westdeutscher Rundfunk in Köln. Während in ihren Landesstudios Ausgewogenheit bestätigt wird, beherrscht die SPD-FDP-Koalition die Spitzengarnitur des Senders. Von ihren 14 Funktionen sind acht von der SPD, eine von der FDP, vier von parteilosen „Linksliberalen“ und nur eine von der CDU besetzt — weshalb der Redaktionsausschuß einen Anschlag auf die Rundfunkfreiheit vorzuwerfen die Stirn hat.

Eine Schlüsselrolle gegenüber Mitgliedern des Verwaltungsrates spielt Werner Höfer, WDR-Fernsehdirektor zu Kühns und Weyers Gunsten. Höfer behauptete am Wochenende gegenüber dpa, daß sein Vertrag mit dem WDR erst Ende 1976 auslaufe, der ihm auch Verlängerung bis zur Altersgrenze (1978) ermögliche. Er wies die letzte Darstellung des Bayernkurier zurück, nach der das Ergebnis der Landtagswahlen die Neubesetzung der Position des WDR-Intendanten beeinflussen könnte. Als Höfer nach der Lorenz-Entführung die „stern“-Umfrage „Was würden Sie tun?“ dahin beantwortete, daß Menschenleben immer Vorrang hätten, ging er allerdings einen Schritt zu weit, wenn man vergleicht, wie er sich früher in einem nicht unähnlichen Fall geäußert hat. Es liegt in seiner Art persönlicher Vergangenheitsbewältigung, daß auch vom WDR Höfers beschäftigte Tochter Candida sich unter den Sympathisanten für die Rote-Armee-Fraktion im Sender befand, nach deren „Bezugspunkten“ das Bundeskriminalamt ermitteln mußte. Von zweiunddreißig blieben, wie Staatssekretär Dr. Schmude (SPD) im Bundestag am 18. März einräumte, sieben Ermittlungsverfahren aus dem WDR, die teilweise eingestellt, zum Teil mit Bestrafungen endeten oder noch abhängig sind. Trotz bohrender Zusatzfragen der Unionsabgeordneten Windelen, Dr. Mende, von Fircks und Breitbach verweigerte Heinemann-Sozius Schmude nähere Angaben mit Rücksicht auf „wirksame Ermittlung und Fahndung nach der Baader-Meinhof-Bande“.

KARL FRIEDRICH GROSSE

Fortsetzung von Seite 3

Selbstmord der Demokratie

Kammergerichtspräsidenten v. Drenkmann keineswegs als gravierendes Fanal der Gefährlichkeit der linksradikalen Umtriebe angesehen, maßt sich aber an, Äußerungen von „Politikern, namentlich der CSU, perfide“ zu nennen, soweit diese der SPD die Mitverantwortung für die Verharmlosung der Entwicklung anlasten. Dabei hat gerade auch der SPD-Vorsitzende Brandt, der vor einigen Jahren das spätere Bandenmitglied Mahler zum Strafverteidiger seines Sohnes bestellte, den Ernst der Situation verkannt. Das weitere Mitglied der Baader-Meinhof-Bande, Rolf Pohle, war vordem Mitglied und als Referent der SPD tätig. Auch das Bandenmitglied, die Gewaltverbrecherin Gudrun Ennslin, war früher im Werbeteam von Günter Grass für den Wahlkampf von Willy Brandt beschäftigt.

Brandt konnte oder wollte, wie Hunderte von SPD-Funktionären, den Ausschluß linksextremer Kräfte aus der SPD nicht durchsetzen. SPD-Mandatsträger und Jungsozialisten durften in aller Öffentlichkeit behaupten, „Leute wie Dregger, Carstens, Strauß und Stoltenberg“, also führende CDU/CSU-Politiker und Ministerpräsidenten, „seien weitaus gefährlicher für die Demokratie als extreme Wirrköpfe“. Der frühere Komintern-Agent und derzeitige SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner hat unter dem Beifall der SPD- und FDP-Bundestagsabgeordneten den CSU-Vorsitzenden als „geistigen Terroristen“ beschimpft, weil dieser zu Recht den Koalitionsparteien den Vorwurf macht, die Revolutionstheoretiker und Extremisten in den eigenen Reihen nicht auszuschalten und die Gefahr zu verharmlosen.

Unter dieser Dunstglocke offener und versteckter Hetze gegen unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung, der Duldung marxistischer Revolutionstheoretiker in den Reihen der SPD, der Verharmlosung und Verflechtung von Linksextremisten, der Verniedlichung der Gefahr durch Gewaltverbrecher und Terrorbanden sowie der permanenten Verächtlichmachung von CDU- und CSU-Politikern, die warnend ihre Stimme erhoben, wurden notwendige gesetzgeberische Maßnahmen unterlassen, die Arbeit der Polizei verunsichert. Die heimtückischen und offenen Mordanschläge auf Politiker, Richter und Staatsanwälte, tagtägliche Überfälle auf Banken und Raubüberfälle auf harmlose Passanten waren offenbar kein Anlaß zu einem Umdenken der Verantwortlichen in Bonn.

Erst als die Hilflosigkeit unseres Rechtsstaates für jedermann offensichtlich wurde, ertönte der Ruf nach der „Solidarität aller Demokraten“ vor allem aus dem Mund derjenigen, die vordem bei der Bekämpfung linksrevolutionärer Ideologien und Aktivitäten und hinsichtlich der geforderten Gegenmaßnahmen so wenig Solidarität bewiesen hatten. Der freiheitliche, demokratische Staat muß endlich den Bürgern beweisen, daß er willens und in der Lage ist, Schutz zu gewährleisten und seinen eigenen Bestand mit allen verfassungsmäßigen Mitteln zu verteidigen. Daß der Weg von einer schwachen Demokratie zur menschenverachtenden Diktatur nicht weit ist, haben nicht nur wir Deutschen schon einmal leidvoll erfahren. Die CSU aber lehnt einen „Selbstmord der Demokratie“ ab.

BAYERNKURIER/Kolfhaus

„Bloß vorsichtig!! — Am Ende ist der Kerl auch zum CDU-Sympathisanten geworden!“

HESSEN

Perfide Hetze gegen Strauß

Hessen, das Avantgarde-Land marxistischer Indoktrination an Schulen, hat zwei neue Skandale, welche die CDU-Opposition im Wiesbadener Parlament aufgreifen wird. Im Sprachunterricht eines Studienrats in der Gesamtschule Nidderau im Main-Kinzig-Kreis wurde der CSU-Landesvorsitzende Franz Josef Strauß als „neuer Führer“ in Beziehung zu Adolf Hitler gesetzt und Fabrikbesitzern der Ausspruch in den Mund gelegt, „Arbeitslose Arbeiter müßten erschossen werden“. Diese „perfide Hetze“, von der sich die Schulleitung bereits distanziert hat, und die bei der Bevölkerung helle Empörung ausgelöst hat, scheint den neuen hessischen Kultusminister Hans Krollmann wenig zu erregen. Er distanziert sich in der Regel in vorsichtigem Ton von solch ungeheuerlichen Entgleisungen, an Disziplinarmaßnahmen folgt dann aber zumeist anschließend nichts.

Da ist der Fall des eindeutig für eine Überwindung des Systems agierenden Oberstudienrats Dr. Güthler an der Gesamtschule im hessischen Groß-Bieberau. In zwei Klassen des gymnasialen Zweigs der Gesamtschule wurden ohne Wissen des Schulleiters Lehrbücher des DDR-Verlages „Volk und Wissen“ von diesem Lehrer im Unterricht verwendet. Dies war ein massiver Verstoß gegen die gesetzliche Lehrmittelfreiheit sowie gegen den „Erlaß zur Ausführung der Verordnung über das Verfahren bei der Einführung von Schulbüchern“. Unbeeindruckt hat die Lehrkraft ihre kommunistische Propaganda im Unterricht durch die Verteilung von Arbeitsblättern fortgesetzt, in denen in primitiver Form die Geschichte im Sinne des historischen Materialismus erklärt wurde. Der Schulelternbeirat beschwerte sich deswegen bei der Schulaufsichtsbehörde. Außerdem erhoben Eltern eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Lehrer.

Initiative der CDU

Alle diese Interventionen führten zu keiner Änderung der Verhältnisse. In Rundschreiben an die Elternschaft bekannte sich der betreffende Lehrer sogar ausdrücklich zur Darstellung der Geschichte als „Geschichte von Klassenkämpfen“ und dehnte seine Tätigkeit sogar noch auf die Kreisvolkshochschule in Dieburg aus. Die CDU-Opposition fordert durch ihre parlamentarische Initiative die Landesregierung auf, endlich sicherzustellen, daß der in der Hessischen Verfassung vorgeschriebene unverfälschte und unparteiische Geschichtsunterricht auch in Groß-Bieberau erteilt wird. Außerdem will die Union erfahren, welche Ergebnisse die bisherigen Untersuchungen der Schulaufsicht hatten und aus welchen Gründen der Oberstudienrat trotz der vom hessichen Kultusminister angekündigten Disziplinarmaßnahmen seine kommunistische Indoktrination im Geschichtsunterricht habe fortsetzen können.

STEPHAN KREUTZBERGER

KIRCHE IN POLEN

Verraten und verkauft?

Am 16. März forderte der polnische Primas Stefan Kardinal Wyszynski den ständigen Verbindungsmann des Vatikans zu Polen, Bischof Luigi Oggi, auf, in seinen Gesprächen mit den polnischen Kommunistenführern auch die Probleme der Kirche Polens zur Sprache zu bringen. Vor 1500 Gläubigen rief der Kardinal in der Warschauer Michaelskirche aus, wenn der Vertreter des Heiligen Stuhls nach Polen komme, genüge es nicht, über den Frieden zwischen den Völkern und den Kampf gegen den Hunger in der Welt zu reden. Wyszynski erklärte, er trete durchaus für diplomatische Beziehungen zwischen dem Vatikan und Warschau ein, zuerst aber sollte einmal etwas für die Kirche in Polen getan werden. „Wenn über alle internationalen Probleme gesprochen würde und man darüber die Probleme in der Heimat vergäße, dann wollen wir kein solches Abkommen zwischen dem Vatikan und Warschau.“

Zu den Hauptanliegen der polnischen Gläubigen zählte der Primas das Recht zum Bau von mehr Kirchen, zur religiösen Erziehung der Jugend sowie das Ende der Diskriminierung im Staatsdienst wegen religiösen Bekenntnisses. Weiter forderte der Kardinal, die vakanten Bischofsstühle kirchlicherseits frei besetzen zu dürfen: die Namen der betreffenden Kandidaten müssen zum augenblicklichen Zeitpunkt von den kommunistischen Behörden gebilligt werden. In allen Gesprächen mit den staatlichen Stellen, verlangten die Bischöfe weder Geld noch Privilegien, noch Orden, aber was sie verlangten, sei die Freiheit im Dienste der Kirche an der Nation.

Die Kommunisten setzen unterdessen ihren Kampf gegen die Kirche fort. Der als Dogmatiker bekannte kommunistische Funktionär Kazimierz Kakol, der sich um religiöse Angelegenheiten zu kümmern hat, erklärte vor kurzem, 70 Prozent der polnischen Katholiken lehnten das, was der Papst, die Bischöfe und ihre Priester lehrten, ab und dieser Vorgang sei in allen modernen Gesellschaften gleichermaßen zu beobachten. Gerade aus diesem Grunde warnen Wyzynski und die übrigen Bischöfe: denn, wenn der Vatikan vor der polnischen Regierung kapituliert, bedeutet das die Zerstörung des Vertrauens und damit der Religion in Polen.

ALEX PETER

IM VORBEIGEHEN

Verliebte unter der Lupe

In der Welt der Blinden ist der Einäugige keineswegs immer König. Er muß es sich gefallen lassen, auch getadelt zu werden, wenn er Anstoß an Dingen nimmt, die Blinden nicht erkennbar sind. Der amerikanische Senator William Proxmire, Wisconsin, erfuhr dies, als er wissen wollte, wieso die National Science Foundation auf Kosten des amerikanischen Steuerzahlers 83 000 Dollar jährlich für eine Untersuchung über die Liebe aufwendet. Die Stiftung hat der Professorin Ellen Berscheid von der Universität Minnesota den Auftrag erteilt, zu erforschen warum sich Menschen ineinander verlieben. Der Senator wünschte dagegen, daß nicht öffentliche Gelder zur Ergründung eines Geheimnisses verschwendet würden, das seiner Meinung nach besser ein Mysterium bleiben sollte.

Wie mir scheint, hat Proxmire Recht. Liebe und Tod, die letzten Dinge, müssen vor allzu aufdringlicher Neugier geschützt werden. Schließlich sind sie nicht dasselbe wie die amerikanische Präsidentschaft oder der Geheimdienst der Vereinigten Staaten, deren Anatomie seit Jahr und Tag vermarktet wird. Aber die „Blinden“ geben keine Ruhe. So wird darauf hingewiesen, das Hochschnellen der Scheidungsquote von 479 000 im Jahre 1965 auf 970 000 im Jahre 1974 müsse doch irgendeinen Grund haben. Um dieses Phänomen zu erklären, bedarf es freilich keiner wissenschaftlichen Forschung. Würde es nicht vielleicht weniger Scheidungen geben, wenn weniger Liebes- und mehr Vernunftheiraten geschlossen würden? Zwar mögen Paare vom Himmel füreinander bestimmt worden sein, Ehen aber werden im Gegensatz zur sprichwörtlichen Meinung auf Erden ausgetragen. In Frankreich ist man noch häufig konservativ, dort treten vielfach noch heute die Eltern als Ehestifter auf. Die meisten jungen Leute wollen davon in der Regel jedoch nichts wissen. Und so werden sie weiter heiraten — nicht weil, sondern obgleich sie verliebt sind. Damit werden sich auch die Amerikaner abfinden müssen.

HANS-GEORG VON STUDNITZ

Anzeige

Unterstützen Sie bitte ein gerechtes Anliegen

PETITION AN DIE VEREINTEN NATIONEN

Die aus ihrer Heimat in Böhmen, Mähren und Schlesien vertriebenen Sudetendeutschen und ihre Freunde in aller Welt appellieren hiermit an die Vereinten Nationen, den freigewählten Vertretern dieser Volksgruppe Gehör zu schenken und ihre Forderungen nach Wiederherstellung der Rechte der Sudetendeutschen und Wiedergutmachung des Unrechts zu unterstützen:

Sie tun dies in dem Bewußtsein, daß den 3½ Millionen Sudetendeutschen seit 1918 das Recht auf Selbstbestimmung über das Schicksal ihres Landes und in ihrem Lande selbst vorenthalten wird, das sie in mehr als siebenhundertjähriger Arbeit selbst kultiviert haben.

Sie tun dies im Hinblick auf die Tatsache, daß Regierung und Organe der Tschechoslowakei nach dem 8. Mai 1945 mehr als drei Millionen Sudetendeutsche aus ihrer Heimat vertrieben haben, wodurch 241 000 Menschen ihr Leben verloren und zahlreiche Familien- sowie alle Stadt- und Dorfgemeinschaften zerrissen wurden.

Noch heute verweigert die Regierung der CSSR den in der Heimat verbliebenen Deutschen das Recht auf Unterricht ihrer Kinder in eigenen Schulen und die freie Pflege ihrer Sprache und Kultur. Im Jahre 1974 konnten nur 350 von ihnen ihren Wohnsitz in die Bundesrepublik Deutschland verlegen, um wieder unter Deutschen leben zu können.

Das private und öffentliche Vermögen der Sudetendeutschen wurde entschädigungslos enteignet. Sein Wert beträgt nach heutigen Berechnungen rd. 120 Milliarden DM.

Diese Vorgänge verstoßen gegen die fundamentalen Prinzipien der Menschenrechte, wie sie

— in den Verfassungen aller zivilisierten Staaten enthalten sind und

— in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ vom 10. Dezember 1948

— in den Menschenrechtskonventionen vom 16. Dezember 1966 der Vereinten Nationen sowie

— in der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 sowie deren Zusatzprotokollen niedergelegt wurden.

Das unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung, auf nationale Unabhängigkeit, das Recht auf Rückkehr in die angestammte Heimat und auf Rückgabe des Eigentums wurde zuletzt in der Entschließung Nr. 3236 vom 22. November 1974 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen gegenüber dem palästinensischen Volk anerkannt.

Da ihre unveräußerlichen Rechte durch die Vertreibung und Enteignung in gleicher Weise mißachtet und verletzt wurden, erheben die 3½ Millionen Sudetendeutschen den gleichen Anspruch auf Wiederherstellung ihrer Rechte.

Durch unsere Unterschrift unterstützen wir die Forderung der Sudetendeutschen, von den Vereinten Nationen gehört zu werden, nach Wiederherstellung ihrer Menschenrechte und nach Wiedergutmachung des an ihnen begangenen Unrechts:

Name Anschrift Unterschrift

Bitte unterzeichnen Sie die vorliegende Petition und lassen Sie sie auch von Ihren Freunden und Bekannten unterschreiben. Einzusenden an: Sudetendeutsche Landsmannschaft, 8 München 19, Arnulfstraße 71, Postfach 46.

Die Wende in der deutschen Politik muß kommen, soll nicht alles verloren sein!

Unser Bayernkurier ist die Wochenzeitung für eine bessere deutsche Politik. Sie wissen das. Aber wissen es auch Ihre Freunde? Reden Sie mit ihnen über den Bayernkurier. Gewinnen Sie einen neuen BK-Leser. Mit diesem Gutschein:

…gt eingesandte Manuskripte. — Redaktionsschluß Montag abend.

Verlag und Redaktion Bayernkurier München 19, Lazarettstr. 19, Telefon 18 20 11. München 19, Postfach 27 — Telex: 52 15 812.

…rantwortlich für Anzeigen, Public Relations und für BK-Reports: Ute Magg. …rtriebsleiter: Horst Jebautzky. Abonnement …natlich 3,70 DM. Studentenabonnement monatlich 1,85 DM (einschließlich 5,5 % Mehrwertsteuer). Streifbandporto auf Anfrage. Bei …stellung durch Boten Preis pro Nummer …M 1,— zuzüglich ortsüblicher Zustellgebühr. …füllungsort und Gerichtsstand München. Bei …chterscheinen unserer Zeitung infolge höherer Gewalt besteht kein Entschädigungsanspruch. — Seit 1. Januar 1974 ist die Anzeigenpreisliste Nr. 15 gültig. Verlagskonten: …ostscheckkonto München Konto-Nr. 140 48-803 …nd Nr. 270 00-800. Bayerische Hypotheken- und …echsel-Bank München, Kto.-Nr. 404 1151; Bayerische Vereinsbank München, Konto-Nr. 520 300. Druck: Verlag und Druckerei G. J. Manz AG, 8 München 80, Anzinger Straße 1.

VERTREIBUNGSVERBRECHEN

Die Gewalttaten an Deutschen

Dokumentation enthüllt das ungeheuerliche Schlußkapitel des letzten Krieges

Einen Entrüstungssturm inszenierten die Propagandisten des Ostblocks, der den Diffamierungskampagnen während des sogenannten Kalten Krieges in nichts nachsteht, als die Unionsparteien zu Beginn dieses Jahres von der Bundesregierung die Veröffentlichung oder zumindest Zugänglichmachung der im Juli 1974 vom Bundesarchiv in Koblenz abgeschlossenen „Dokumentation der Vertreibungsverbrechen" forderten. Die Bundesregierung, und mehr noch die Unionsparteien sowie die Vertriebenenorganisationen standen wochenlang unter Dauerbeschuß. Die Aufregung des Ostens war insofern verständlich, als die Sowjets und ihre Satelliten, besonders jene, die sich der Vertreibungsverbrechen schuldig gemacht hatten, kurz vor Abschluß der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" verhindern wollten, daß mit dieser Dokumentation der Weltöffentlichkeit Dinge zur Kenntnis gebracht werden, die scharf ausleuchten, was die kommunistischen Regime unter Humanität und Friedensliebe verstehen.

Ohne den Inhalt der Dokumentation zu kennen, wurde diese von vornherein als „eine Verfälschung der Vergangenheit, eine Übertreibung mit nazistischen Wörtern" (Radio Prag am 2. Februar 1974), als „berüchtigte Dokumentation, die Grundlage zu neuen Provokationen und Machenschaften abgeben soll (Radio Warschau am 25. Februar 1975), als „politischer Betrug und eine Provokation" (Radio Frieden und Fortschritt in

Wolfgang Horlacher:
Mit Strauß in China

Tagebuch einer Reise,
etwa 250 Seiten, 80 Fotos
Paperback, 20,– DM
Seewald-Verlag

Bestellen Sie dieses in Kürze erscheinende, hochinteressante Buch schon heute bei Ihrem Buchhändler.

Moskau am 23. Februar 1975) vorbeugend disqualifiziert. „Das Hauptziel der (westdeutschen Dokumentations-)Kampagne ist es, gerade zu der Zeit, da die europäischen Völker des Sieges über den Faschismus gedenken, die Verbrechen des Nazismus zu verhüllen", schrieb das KPTsch-Zentralorgan „Rude pravo", Prag, am 22. Februar, und daß damit „eine Gegenrechnung" aufgemacht würde. „Die Verbrechen des deutschen Faschismus sollen verschwinden und am Ende soll herauskommen: Die eigentlich Schuldigen sind nur diejenigen, die sich und andere vom Faschismus befreit haben", meinte das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" am 26. Februar 1975. Diese Zitate, die um Dutzende aus den Presseorganen aller Ostblockstaaten vermehrt werden könnten, sollen nur die Unruhe aufzeigen, die allein die Ankündigung des Vorhandenseins einer solchen Dokumentation ausgelöst hat.

Was der Osten nicht hören will

Die Vertreibung der Deutschen und die dabei begangenen Verbrechen sollen nach dem Willen der kommunistischen Machthaber als Tabu erklärt werden. Man hat sich so an den Gedanken gewöhnt, daß Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nur von Deutschen begangen werden konnten, daß allein schon der Hinweis auf kommunistische Verbrechen an Deutschen als ein Anschlag gegen die Entspannungspolitik hingestellt wird.

Dabei ist das, was das Koblenzer Bundesarchiv aus mehr als 40 000 Einzeldokumenten im Auftrag der Bundesregierung seit Juli 1969 gesammelt, geprüft und in 3500 Auswertungsbögen tabellarisch zusammengefaßt hat, an sich nichts Neues. Denn es sind im Laufe der Jahre bereits zahlreiche Dokumentationen, Darstellungen und Schilderungen der Vertreibung und der dabei an Deutschen begangenen Verbrechen erschienen.

Den Anfang machte 1951 die „Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen", der heutige Sudetendeutsche Rat (der sich je zur Hälfte aus Vertretern der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien und der Sudetendeutschen Landsmannschaft zusammensetzt) mit seiner „Dokumentation zur Austreibung der Sudetendeutschen". Diese stützt sich auf 367 Aussagen, die 1945/46 in den sogenannten Flüchtlingsdurchgangslagern protokollarisch aufgenommen und ausgewählt worden waren. Mitte der fünfziger Jahre beauftragte der damalige Bundesvertriebenenminister in der Regierung Konrad Adenauer, Prof. Dr. Dr. Theodor Oberländer, eine wissenschaftliche Kommission mit einer Dokumentation der Vertreibung, von der bisher 20 Bände erschienen sind. Zahlreiche private Verlage oder Vertriebenenorganisationen brachten Dokumentationen heraus, von denen vielleicht das fünfbändige Werk des Podzun-Verlages in Bad Nauheim eine der bemerkenswertesten ist.

Synopse des Grauens

Die sogenannte Geheimdokumentation der Vertreibungsverbrechen ist eine komprimierte Darstellung des ungeheueren Geschehens der Jahre unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Experten des Bundesarchivs haben die Ereignisse dieser Jahre in einer Synopse zusammengefaßt, die nach der Art der Verbrechen und den Ländern, in denen sie begangen wurden, aufgegliedert ist. Der Journalist Wilfried Ahrens (ehemaliger leitender Redakteur der Illustrierten „Quick") ist an diese unter Verschluß gehaltene Zusammenfassung herangekommen und veröffentlichte sie nun in Buchform unter dem Titel „Verbrechen an Deutschen — Die Opfer im Osten" (Verlag für Öffentlichkeitsarbeit in Wirtschaft und Politik, Huglfing/Obb.), versehen mit einer Einleitung des CSU-Bundestagsabgeordneten Franz Ludwig Graf Stauffenberg. „Wenn eine Regierung meint", schreibt dieser, „wichtige historische Dokumentationen mit einem Geheimstempel versehen zu müssen, entmündigt sie ihre Bürger. Die Verheimlichung stiftet Mißtrauen und Argwohn: sie wird zum Herd des Unfriedens, sie macht die Aussöhnung unmöglich. Gerade die jungen Menschen, die an Geschehnissen zu tragen haben, die sie selbst nicht erlebt und an denen sie nicht beteiligt waren, haben Anspruch auf die ganze Wahrheit."

Wie, wo und durch wen wurden Verbrechen an Deutschen verübt? Dieser Frage war bereits die 20bändige „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" des früheren Bundesvertriebenenministeriums eingehend nachgegangen. Durch die Experten des Bundesarchivs wurden die gewonnenen Erkenntnisse nun noch mehr vertieft und um weiteres Material ergänzt.

So ergibt sich beispielsweise, daß in Ostpreußen, Pommern, dem östlichen Brandenburg und den Westgebieten Polens in den Grenzen von 1937 sowie in Danzig Einheiten der 1., 2. und 3. Weißrussischen Front der Roten Armee, in Schlesien solche der 1. Ukrainischen Front, und außerdem in allen Fällen Angehörige der NKWD an den Gewalttaten beteiligt waren. Die ärgsten Ausschreitungen gab es jeweils in den ersten Wochen nach der Besetzung der betreffenden Gebiete. Das ist zum Teil auf die Verhetzung der Sowjetsoldaten zurückzuführen, wie aus dem Ende der sechziger Jahre erschienenen Werk „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941—1945" hervorgeht. Darin heißt es u. a.: „Eine der wichtigsten Aufgaben der politischen Arbeit war nach wie vor die Erziehung zum glühenden Haß gegen die faschistischen Okkupanten. Die Kommandeure und Politarbeiter begriffen sehr wohl, daß man keinen Feind besiegen kann, wenn man ihn nicht aus voller Seele haßt." Nach einer Schilderung, wie man Haß erzeugt, heißt es dann über die Indoktrination der Roten Armee: „Vor dem Angriff verstärkten neue Kader die Politorgane. Bei den Politabteilungen der Divisionen, Korps und Armeen wurden Reserven von Parteiarbeitern geschaffen. Aus den rückwärtigen Truppenteilen und der Reserve kamen die besten Kommunisten und Komsomolzen in die Partei- und Komsomolorganisationen der Kampfeinheiten, besonders der Schützen- und Maschinengewehrkompanien."

Es wird von Fällen berichtet, daß russische Frontsoldaten die deutsche Bevölkerung in den von ihnen besetzten Gebieten vor den nachrückenden indoktrinierten Einheiten der Roten Armee warnten. Der sowjetische Literat Ilja Ehrenburg hatte 1943 die Soldaten der Roten Armee u. a. aufgefordert: „Wenn du einen Deutschen getötet hast, töte noch einen — es gibt für uns nichts Lustigeres als deutsche Leichen. Zähle nicht die Tage. Zähle nicht die Wersten. Zähle nur eins: die von dir getöteten Deutschen. Töte den Deutschen! — das bittet die alte Mutter. Töte den Deutschen! — das fleht das Kind. Töte den Deutschen! — das ruft die Heimaterde. Verfehle nicht das Ziel. Laß ihn nicht entgehen. Töte!" Da nur von „den Deutschen" die Rede war, wurden bei den Gewalttaten weder Frauen noch Kinder verschont.

Wie aus zahlreichen Augenzeugenberichten hervorgeht, drangen die sowjetischen Soldaten bei der Besetzung von deutschen Ortschaften in die Häuser ein, plünderten die Wertgegenstände, vergewaltigten die Frauen, wobei sie sich auch an Greisinnen und Kindern vergingen, erschossen die Ehemänner und Väter, die sie zu schützen versuchten. Flüchtlingstrecks, die von Einheiten der Roten Armee überholt wurden, raubte man aus, erschoß die Männer und Frauen, letztere meist nach Vergewaltigungen. Der allgemeine Eindruck ergibt, daß solche Verbrechen nicht von den vorrückenden Panzer- und Gefechtseinheiten, sondern vornehmlich von den nachrückenden Truppen verübt wurden. Wie hoch die Zahl der Opfer solcher Verbrechen ist, läßt sich nicht mehr feststellen. Nach einer Bestandsaufnahme von zehn kleinen ostpreußischen Landgemeinden wurden dort 176 Bewohner — 108 Männer, 63 Frauen und fünf Kinder — getötet. 47 von ihnen waren über 70 Jahre alt.

Wenn in den besetzten Städten und Ortschaften die Welle der sowjetischen Gewalttaten abgeebbt war, kam es dann zu polnischen Übergriffen, gegen die die sowjetischen Ortskommandanten oft einschreiten mußten.

Über die Vergewaltigungen heißt es in der Zusammenfassung des Bundesarchivs: „Es handelt sich bei den Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten und Offiziere nicht etwa um Einzelfälle, sondern um ein Massenvergehen. Sie sind als eine der grauenhaftesten völkerrechtswidrigen Gewalttaten zu verzeichnen."

Hinter Stacheldraht und Mauern

Zehntausende von Todesopfern gab es auch in den Lagern und Gefängnissen, in die Deutsche von den Sowjettruppen gepfercht wurden. So starben z. B. im Lager Preußisch-Eylau 6000 bis 7000 an Hungertyphus und anderen durch Hunger verursachten Krankheiten, im Gefängnis Graudenz über 5000 an Ruhr und Flecktyphus. Von den mehr als 400 000 unter unmenschlichen Bedingungen als „Reparationsverschleppte" in die Sowjetunion verbrachten Deutschen kam die Hälfte ums Leben. Insgesamt mußten nach den Schätzungen des Deutschen Roten Kreuzes und der Auswerter der Dokumentationsunterlagen infolge der Gewalttaten, Übergriffe und Maßnahmen sowjetischer und polnischer Einheiten und Stellen über 400 000 Menschen ihr Leben lassen.

Die Verbrechen an Deutschen in der Tschechoslowakei nahmen im Spätsommer 1944 bei dem mißglückten Aufstand von in der Sowjetunion ausgebildeten tschechischen und slowakischen Partisanen in der mittleren Slowakei ihren Anfang. Damals wurden allein in der deutschen Gemeinde Glaserhau 181 Menschen, Männer, Frauen und Kinder, erschossen. Im allgemeinen läßt sich für das Gebiet der Tschechoslowakei sagen, daß dort die sowjetischen Gewalttaten im Vergleich zu den in den deutschen Ostgebieten relativ gering waren. Die tschechischen Gewalttaten spielten sich vornehmlich nach dem 5. Mai 1945 in den von den Deutschen bewohnten Sudetengebieten ab. An ihnen beteiligten sich nicht allein Offiziere und Soldaten der in der Sowjetunion ausgebildeten sogenannten „Tschechoslowakischen Befreiungsarmee", die unter der Führung des heutigen tschechoslowakischen Staatspräsidenten

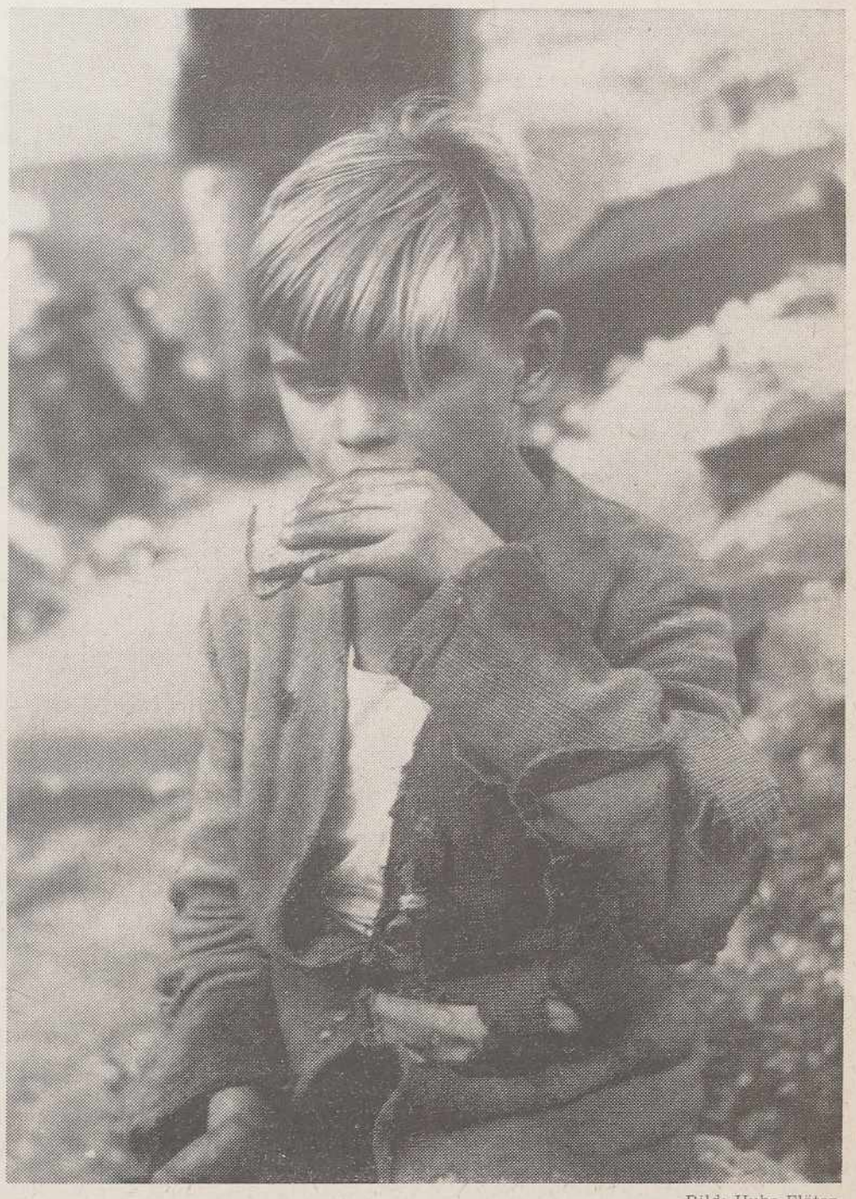


Bild: Hubs Flöter

Deutsches Elend — Vertreibung 1945

Svoboda stand, Angehörige der kommunistisch gelenkten „Revolutionsgarde" und Angehörige des Staatssicherheitsdienstes, sondern auch der tschechische Mob, der mordend und plündernd in deutsche Ortschaften eindrang. Zu den Gewalttaten gehörten Tötungen, verübt in verschiedenster Weise durch Erschießen, Erhängen, Erschlagen, Ertränken, brutale und sadistische Mißhandlungen sowie Vergewaltigungen von Frauen.

Nach einer von sudetendeutscher Seite durchgeführten Berechnung kamen im Zuge der Vertreibung 240 000 Menschen ums Leben. Eine der übelsten Ausschreitungen ereignete sich am 31. Juli 1945 in Aussig, wo über 1000 Deutsche — nach einer Schätzung waren es sogar 2700 — auf der Brücke über die Elbe erschlagen und in den Fluß geworfen wurden. Mehrere Tausende starben auf dem sogenannten „Todesmarsch" von Brünn bis an die österreichische Grenze bei Pohrlitz. Die Zahl der in tschechischen Zwangsarbeits- und Internierungslagern umgekommenen Deutschen wird auf über 6000 geschätzt.

Bilanz der Tito-Partisanen

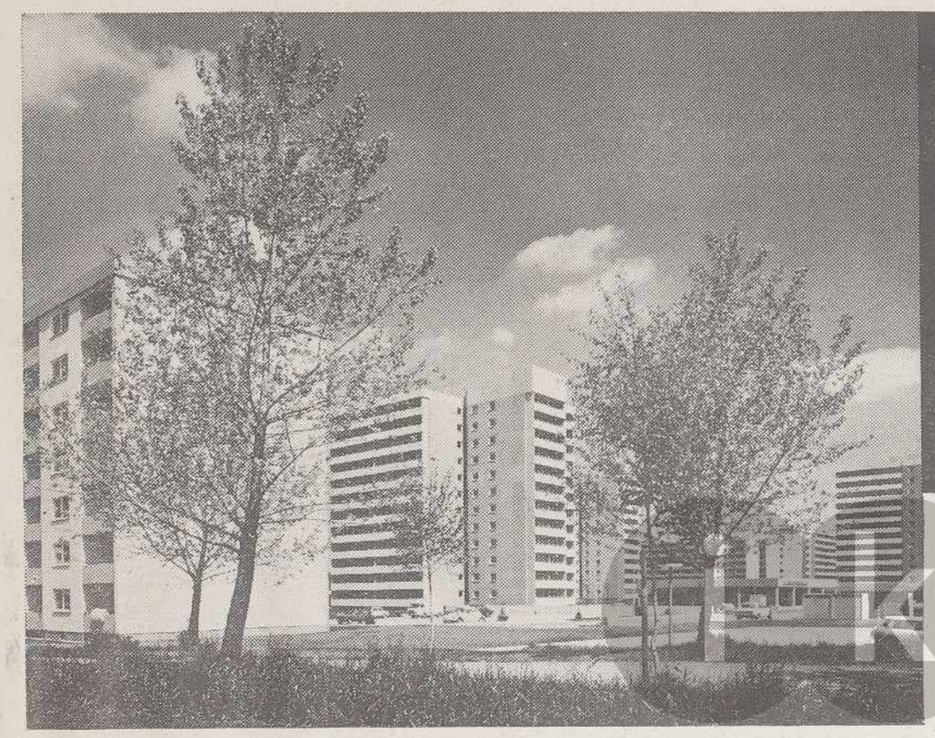
Auch im Gebiet des heutigen Jugoslawien waren an den Gewalttaten weniger Einheiten der Roten Armee als vielmehr jugoslawische Partisanengruppen, die unter dem Kommando des heutigen Staatschefs Tito standen, beteiligt. Die durch Massenexekutionen und Mißhandlungen zu Tode gebrachten Deutschen werden auf 200 000 geschätzt. In einzelnen Orten wurden die dort lebenden Deutschen bis auf das letzte Kind ermordet. Genaue Zahlen der Getöteten liegen vor aus den Gemeinden in der Batschka, wie z. B. Werschetz (3000), Zerne (300), Glogon (225), Homolitz (200), Groß-Betscherek (über 300), Filipovo (240), Sombor und Umgebung (über 300), Batschka-Palanka (über 300), Neuwerbass (350), Hodschag (182).

In den deutschen Gemeinden in Kroatien, Slowenien und der Untersteiermark kam es gleichfalls zu Massenexekutionen von Deutschen durch Partisaneneinheiten. Die Zahl der Toten in den vom Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes erfaßten insgesamt 1562 Lagern und Gefängnissen, läßt sich nur schätzen. So gingen z. B. im Lager Knicanin (Rudolfsgnad) von den 33 000 Insassen 9503, darunter 491 Kinder, zugrunde. Im Lager Gakovo gab es von 18 000 Insassen ca. 8 800 Todesfälle, in Backi von 18 000 Insassen 6400 und im Lager Krusevlje von 10 000 Insassen 3000 Tote. Nach Schätzungen kamen auch ca. 4500 der 30 000 aus Jugoslawien in die Sowjetunion verschleppten Deutschen ums Leben. Eine Erfassung der zahlreichen Gewalttaten an einzelnen ist nicht möglich.

Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Bundesamtes zur Ermittlung der Vertreibungsverluste ergeben sich nach Abzug geschätzter Kriegsverluste und nach Ermittlung der in der Bundesrepublik Deutschland und in der „DDR" lebenden Personen eine Gesamtzahl von ca. 2,2 Millionen „ungeklärter Fälle" in sämtlichen Vertreibungsgebieten. Sie werden auch als „Nachkriegsverluste" bezeichnet. Zufolge der Feststellungen der Bundesarchive kann bei einer weitgehenden Auslegung des Begriffs „Vertreibungsverbrechen" davon ausgegangen werden, daß es sich in der Mehrzahl um Verbrechensopfer handelt. Hinzu kommen die Todesopfer unter der deutschen Zivilbevölkerung aus Entkräftung und Erschöpfung wegen mangelhafter oder fehlender Lebensmittelzuteilungen und die hohe Zahl von Selbstmorden verzweifelter Menschen.

Die Dokumentation befaßt sich, das sei abschließend festgehalten, nur mit den Todesopfern von Vertreibungsverbrechen. Nicht erfaßt sind die weitaus höheren Zahlen jener Deutschen, die Opfer von Gewalttaten, Mißhandlungen und Vergewaltigungen wurden, die nicht unmittelbar zum Tod führten. Viele dieser Millionen Menschen leben noch und sind somit Zeugen einer Unmenschlichkeit, die neben der gewaltsamen Vertreibung von über zwölf Millionen Deutschen zu den Ungeheuerlichkeiten der Weltgeschichte gehört.

EMIL MÜHLBERGER



**Trabantenstadt Puchheim.
Unsere Empfehlung – Pegulan.
Weil man Fußböden braucht,
die es jedem recht machen.**

Jeder erwartet etwas anderes von einem Fußboden. Jeder stellt andere Ansprüche an ihn. Da braucht man bei Großprojekten schon eine Qualität, die nichts – aber auch gar nichts – zu wünschen übrig läßt. Und das zu einem sehr günstigen Preis.

Unsere Empfehlung heißt Pegulan. Denn mit Teppichböden, Nadelfilzbelägen und PVC-Böden von Pegulan geht der Bauherr kein Risiko ein. Nirgends bekommt er mehr Strapazierfähigkeit, mehr Komfort, bessere Pflegeeigenschaften und einen reelleren Preis.

Als Fachmann kann man zu Pegulan raten.

PEGULAN Europäisch in Rang und Programm

böhmler

Böhmler Einrichtungshaus GmbH
8000 München 2, Tal 12
Tel.: 089/213 62 61

BEZIEHUNGEN ZU POLEN

Warschau will an deutsches Geld

Wischnewski soll es möglich machen

Mit gleich zwei Staatsministern hat das Bonner Auswärtige Amt die liberal-sozialistische Posten-Ausbeutung zu ertragen. Der eine, dienstältere Auch-Minister, Moersch von der FDP, tat sich als parlamentarischer Mundwerks-Knappe Scheels hervor; jetzt betätigt er sich in der westlichen Hemisphäre vornehmlich als Frühstücksdirektor auf drittklassigen Konferenzen. Mit dem anderen, dem SPD-Vorstands-Außenpolitiker Wischnewski, wurde vor allem Genscher ein Aufpasser zur Seite gegeben. Er hat sich in jüngster Zeit bei der Koalitions-Gleichschaltung der Deutschen Welle hervorgetan, freilich nicht ganz ohne persönliche Ambitionen: Er möchte nämlich den dort waltenden Genossen Steigner als Intendanten ersetzen, am besten als — das würde ja auch das Einkommen steigern — Einheitsintendant von Deutscher Welle und dem ebenfalls ziemlich gleichgeschalteten Deutschlandfunk.

In solchem Wartestand hat sich Wischnewski für die Partei entsprechend weiter zu bewähren, und zwar für das von Bahr/Brandt begonnene „Werk" und gegen den hier offenbar allzu zurückhaltenden Genscher. Nicht anders ist es zu erklären, daß er ausgerechnet den Pressedienst seiner Partei dazu benützte, Polens kommunistischem Regime weiteres Entgegenkommen hinsichtlich so ziemlich all jener extremen Finanzforderungen zu signalisieren, zu denen es uns mit der Ausreisesperre und mit Schikanen für umsiedlungswillige Deutsche zu erpressen versucht.

Nun gibt es also auch gegenüber Warschau so etwas wie eine Doppelstrategie. Neben Schmidt und Genscher, die sich aus guten wirtschafts- und finanzpolitischen Gründen gegen einen 2-Milliarden-Kredit zu einem Zins von allerhöchstens vier Prozent (!) an Warschau sträuben, wird nun durch ihren Agenten Wischnewski die Gruppe Brandt/Wehner wieder aktiv, die für ein auch nur optisches Entgegenkommen in der Aussiedlerfrage, in der Bonn schon zweimal hintergangen wurde, offenbar nicht nur mit jenem Milliarden-Kredit winkt, sondern auch noch andere, als „Wiedergutmachungsleistungen" hingestellte, Forderungen Warschaus zu erfüllen in Aussicht stellt. Warschau käme dann mit seinem großangelegten Menschenhandelsprojekt zum Ziel.

Es minderte denn auch keineswegs seine Propaganda-Offensive gegen Bonn, sondern bezog sogar den Bundespräsidenten in sie ein. Auch Friderichs ließ man in Warschau immer wieder spüren, daß Bonn normalerweise gegenüber Polen moralisch tief in der Kreide stecke und deshalb gerade auch bei der angestrebten wirtschaftlichen Kooperation der überwiegend, wenn nicht allein Gebende zu sein habe. Warschau setzt dabei auf die Brandt-Wehner-Gruppe. Genscher fühlte sich in diesem Zusammenspiel bereits so in die Zange genommen, daß er keine 14 Tage nach Wischnewski die Flucht in die Öffentlichkeit antrat. In einem Zeitungsinterview bekundete auch er Verhandlungs- und Konzessionsbereitschaft. Er sprach allerdings von einer Milliarde Kredit und überging das Problem des Zinses. Auch über 500 bis 600 Millionen pauschale Abgeltung polnischer Wiedergutmachungsforderungen lasse sich reden. Schmidt zog nach, indem er ebenfalls Kreditbereitschaft Bonns auf dieser Basis befürwortete, jedoch vorsorglich jeglichen Rechtsanspruch auf wiedergutmachende Rentenleistung ablehnte: Beides ziemlich durchsichtige und verzweifelte Eingrenzungs- und Bremsversuche der sich vorsichtiger gebenden Regierung in Bonn.

Bei den Umsiedlern geht es nicht nur um ein humanitäres Problem. Da es sich bei den meisten von ihnen um deutsche Staatsbürger im Sinne des Grundgesetzartikels 116 handelt, will Warschau die hieraus entstandene Schutz- und Fürsorgepflicht Bonns als unberechtigt und als Anmaßung hinstellen — was ihm um so leichterfällt, als Brandt/Scheel gegen diese Pflicht bereits verstießen, als sie auf eine vertragliche Bindung verzichteten und alles der Warschauer Willkür überließen. Diese versucht dafür Bonn mit Wiedergutmachungsforderungen in Alleinhaftung zu nehmen, obgleich sie in dreistem Widerspruch dazu den rechtlichen Fortbestand eines einzigen deutschen Staates seit jeher leugnete. Zumindest Wischnewski und seine Hintermänner dürfte das kaum hindern, mit Warschau wieder ins Geschäft zu kommen. Deutsche Vorleistung ohne kommunistische Gegenleistung soll weiterhin die Bonner Ostpolitik bestimmen.

CHRISTOPH WIEDMANN

EKU

Ein großes Pils braucht wenig Worte.

Erste Kulmbacher Actienbrauerei

An Kommunisten ausgeliefert

Als „beispiellosen Skandal, der in der neueren Geschichte wohl seinesgleichen sucht", hat die „Kirchenzeitung der Diözese Würzburg" den Vorgang bezeichnet, daß „offenbar auf Weisung der Bundesregierung" die vier Offiziere, die nach dem gescheiterten Militärputsch in Portugal in die Botschaft der Bundesrepublik geflüchtet waren, an die von Kommunisten beherrschte portugiesische Regierung beziehungsweise Militärjunta ausgeliefert worden sind. Was bedeute schon die Zusicherung einer linkskommunistischen Verbrecherregierung, die den Sozialisten Soares als Aushängeschild benutze, den Offizieren einen „fairen Prozeß" zu machen. Chefredakteur Dr. Holzapfel wies darauf hin, daß es eine internationale Abmachung sei, die Exterritorialität ausländischer Botschaften zu achten. Die amerikanische Botschaft habe seinerzeit Kardinal Mindszenty 15 Jahre Asyl gewährt. „Welches Geschrei wäre entstanden, wenn beim Militärputsch in Chile auch nur eine der Botschaften in Santiago die dorthin geflüchteten Kommunisten ausgeliefert hätte?" Man habe dort mit der Regierung verhandelt und ihnen freies Geleit ins Ausland erwirkt. Andernfalls wären die Botschaften verpflichtet gewesen, ihnen weiterhin Asyl zu gewähren, selbst auf Jahre hin. Die Bundesregierung aber setze sich über das „geheiligte Asylrecht wie über die primitivste Menschlichkeit" hinweg und liefere prompt die konservativen Offiziere an ihre Feinde aus.

Bad Krozingen mehr Seite 14

ITALIEN

Kompromittiertes Kompromißangebot

Portugal verdarb der KPI das Konzept

Der italienische KP-Chef Berlinguer hatte seiner Gefolgschaft die hoffnungsvolle Zukunftsperspektive vorgezeichnet, daß der am Sonntag zu Ende gegangene vierzehnte Parteitag der letzte wäre, der die Kommunisten auf der Apenninhalbinsel noch in der undankbaren Rolle der Opposition sehen würde. Den Christlichen Demokraten, so argumentierten alle Redner, bliebe nichts mehr übrig, als in absehbarer Zeit ein Volksfrontbündnis einzugehen, um Italien vor dem vollkommenen Chaos zu retten. Zur allgemeinen Unordnung haben die Kommunisten freilich am meisten beigetragen durch die Radikalisierung der Gewerkschaften sowie der Universitäten und Schulen. Durch diesen Zweifrontenkrieg suchen die Revolutionsstrategen die bürgerliche Demokratie auf die Knie zu zwingen.

Angesichts der optimistischen Erwartung, daß ihnen das „morsche System" wie ein wurmstichiger Apfel in den Schoß fallen werde, gingen die Veranstalter im römischen Sportpalast fast so weit, den Kongreß in eine Art politischer Verlobungsfeier zwischen Karl Marx und Madonna zu verwandeln. Diesen Eindruck hatte man zumindest, als Generalsekretär Lama, Führer des kommunistisch kontrollierten Gewerkschaftsbundes CGIL, begeistert dem Plan zustimmte, an der Spitze der Werktätigen am kommenden 1. Mai zum Petersplatz zu pilgern und sich vom Papst segnen zu lassen.

Solche allzu durchsichtigen politischen Kuppelabsichten wurden plötzlich durchkreuzt durch das „Lusitanische Ungeheuer", um mit Peter Weiss zu reden, in der Gestalt der Lissaboner Militärjunta, die am gleichen Tage, als Berlinguer in Rom den „Parteitag des Dialogs" eröffnete, wie Hitler nach dem Reichstagsbrand die Maske fallen ließ und sich als totalitäre Diktatur zu erkennen gab. Nach dem Betätigungsverbot für die portugiesischen christlichen Demokraten zog in Rom die italienische DC demonstrativ ihre Beobachter-Gruppe aus dem Sportpalast zurück, die für die Kommunisten der angesprochene Dialogpartner war.

Der zweite marxistische Staatsstreich am Tejo löste gerade in Italien, wo die Kommunisten in den oberen Rängen durch politische Kosmetik sich ein sozialdemokratisches Aussehen zu geben versuchen, einen Schock ohnegleichen aus. Es beeindruckte eben doch sehr stark, daß kein einziger Sprecher der KPI sich von den Missetaten der portugiesischen Genossen distanzierte, sondern jeder diese unter Verweis auf eine vierzigjährige Diktatur rechtfertigte. Hierdurch aber demonstrierten sie, daß die internationale Verfilzung des Weltkommunismus eben auch für italienische Kommunisten derart ausschlaggebendes Gewicht hat, daß ein „italienischer Weg zum Sozialismus" überhaupt unmöglich ist.

Wie die Stimmung beim Parteifußvolk ist, bewiesen die nicht endenwollenden Ovationen der über tausend Delegierten, als der portugiesische Kommunist Domingo Albrantes mit brutaler Offenheit die in Portugal etablierte „Diktatur des Proletariats" verteidigte. Seinen Höhepunkt erreichte der Jubel, als der sowjetische Kontrolldelegierte Kirilenko den Parteigenossen aus Lissabon nach slawischer Art umarmte. Die Reaktion des Funktionärskorps bewies, was gründlichen Beobachtern nichts Neues ist, nämlich daß die mittleren und unteren Kader der KPI absolut moskautreu sind.

Die portugiesischen Kommunisten als Schleppenträger der roten Militaristen brachten es sogar fertig, die italienischen (Links-)Sozialisten mächtig zu verstimmen, die den Auszug der Christlichen Demokraten aus dem römischen Sportpalast zunächst als „übertriebene Reaktion" und „wahlpolitisches Manöver" kritisiert hatten, Als sie nämlich auch den Sozialistenführer und Außenminister Mario Soares in die Mangel nahmen, so daß selbst dieser davon sprach, Portugal drohe von einer Diktatur in die andere zu fallen, begannen selbst die italienischen Sozialisten an ihrem prokommunistischen Minderwertigkeitskomplex unsicher zu werden.

Das Trauma, das der „portugiesische Weg zum Sozialismus" verursachte, droht nunmehr die italienischen Kommunisten, die in langen Jahren den „Cordon sanitaire" durchbrochen hatten, erneut zu isolieren. Die unter dem Schlagwort des „historischen Kompromisses" angepriesene Volksfrontallianz scheint vielen Aufgeschreckten wirklich kompromittierend. Gestärkt wird durch die veränderte Stimmungslage die Position des christlich-demokratischen Feldzuges, der seiner Partei trotz vieler Unkenrufe bei den kommenden Frühjahrswahlen erneut einen Erfolg sichern will.

ANGELO BUONAIUTI

Freiheit führt weiter
Arbeitskreis Soziale Marktwirtschaft.
8000 München 40, Tengstraße 45

Was würde eine „sozialistische Revolution" Ihnen bringen?

- Abschaffung des privaten Eigentums. Miteigentum an Fabriken, Betrieben und Geländen. Mitbestimmung? - Auf dem Papier.
- Einen sicheren Platz in einem festgefügten Staatsapparat. Sicher - solange man sich unterordnet!
- Eine vorgeschriebene Weltanschauung, die eigenes Denken überflüssig macht.

Was würde eine „sozialistische Revolution" Ihnen nehmen?

- Die Freiheit, seine eigene Meinung zu haben und ohne Angst vertreten zu können. Gegebenenfalls durch Demonstration oder Streik.
- Die Freiheit, Arbeitsplatz und Wohnort nach eigenen Wünschen auszuwählen.
- Die Freiheit, zu reisen. So oft und wohin man will. Mit Urlaubs-Devisen in jeder Währung und Höhe.
- Die Freiheit, sich umfassend informieren zu können.
- Die Freiheit, staatliche Maßnahmen in Frage stellen zu können. Im Notfall sogar den Staat zu verklagen.
- Die Freiheit, unter vielen Konsumgütern und Dienstleistungen das Passende für sich auszuwählen.
- Die Freiheit, woanders hinzuziehen; auszuwandern, falls einem das alles hier nicht paßt.

EUROPA

Offensive des Kommunismus

Breschnew drängt auf Abschluß der KSZE

„Die Kommunisten sind wieder dreist geworden", so stellte unlängst eine linksgerichtete Zeitung in der Bundesrepublik fest; sie kritisierte manche „Nichtkommunisten", die noch immer an die guten Absichten der Kommunisten glauben. „Doch glauben heißt nicht wissen", fuhr der Kommentator fort, und deswegen „sollten wir mehr als vorsichtig sein, Kommunisten verschiedener Schattierungen demokratische Bekenntnisse abzunehmen." Ob aber die verantwortlichen Politiker im Westen — vor allem jene, die aus dem linken Lager kommen — zur Vorsicht bereit sind, ist mehr als fraglich. Das gilt besonders hinsichtlich des immer wieder erneuerten Vorschlags, den Breschnew zuletzt auf dem Parteitag der ungarischen KP vorbrachte, die Europäische Sicherheitskonferenz (KSZE) am 30. Juni dieses Jahres mit einem Gipfeltreffen zu beenden.

Es gibt nicht wenige westliche Politiker, die dieser Anregung folgen wollen. Breschnew, so sagen sie, ist bei derartig labiler Gesundheit, daß es besser wäre, mit ihm zu einem Abkommen zu gelangen als mit einem Nachfolger, der einen härteren Kurs gegenüber dem Westen steuern dürfte. Vor zwei Wochen anläßlich des europäischen Gipfels in Dublin berichteten Besucher, Breschnews Gesundheitszustand sei so ernst, daß Sorgen um die künftige Politik der Sowjets und um die Entspannung zwischen Ost und West angebracht seien.

Nur wenige aber kümmerten sich um die eigentliche politische Frage: Wie sieht Breschnews Westpolitik aus, und was ist von ihm in naher Zukunft zu erwarten? Den Spekulationen über seine angeblichen „Schwierigkeiten" im Politbüro ist kaum Beachtung zu schenken, wenn man bedenkt, welche Erfolge die Kommunisten in letzter Zeit in allen Regionen der Erde für sich haben verbuchen können. Sie bestätigen keinesfalls die Vermutung, Breschnews Position im Politbüro sei wegen „außenpolitischer Mißerfolge" gefährdet. Und wer die Situation in den Vereinigten Staaten beobachtet, hat auch mehr Anlaß zur Sorge denn zur Freude. Kissinger geht es wie einem Feuerwehrmann, der versucht, einen Brandherd zu löschen, während andernorts drei neue ausbrechen. Denn als ihn noch die Nahost-Krise beschäftigte, spitzte sich die Lage im Westen des Mittelmeeres zu, eskalierte der Krieg in Südvietnam und Kambodscha.

Unlängst kritisierte James Reston in der „New York Times" Präsident Ford, der erklärt hatte, daß die „Dominotheorie" wieder wirksam geworden sei: gehen Kambodscha und Vietnam verloren, ist auch mit dem Verlust weiterer wichtiger Punkte zu rechnen. Man muß, so Reston, die Dominotheorie historisch untersuchen, um zu sehen, daß es gefährlich ist, sie auf Kambodscha anzuwenden. Sie ergab sich aus dem tragischen Experiment des Münchner Appeasement vor dem Zweiten Weltkrieg: Duldet man den Anschluß Österreichs, dann sind Hitlers Forderungen in bezug auf die Tschechoslowakei zu erwarten, und wenn man Chamberlains schützenden Schirm über all das hält, dann lassen Hitlers Forderungen hinsichtlich Polens nicht auf sich warten. Das Ergebnis ist der Sturz der alten Reiche und der alten Ordnungen, das Auftauchen der Sowjetunion als beherrschender Kraft in der Welt. Das ist, so Reston, auf Vietnam und Kambodscha nicht anzuwenden, denn die europäischen Verbündeten Amerikas sowie Japan und Israel „verurteilen die Vereinigten Staaten nicht, weil sie sich aus Südostasien zurückziehen, sondern weil sie sich in einem Krieg festgebohrt haben, der Amerika geteilt und geschwächt hat. Das ist natürlich Egoismus, denn die Europäer, die Japaner und die Israelis wollen nicht, daß die Amerikaner für Saigon oder Pnom Penh kämpfen, sondern für London, Paris oder Jerusalem". Etwas hat Reston gleichwohl vergessen: die Amerikaner werden bald keine Lust mehr haben, für ein fremdes Land überhaupt zu kämpfen, wenn beispielsweise in Westeuropa linksgerichtete Kräfte glauben, sie könnten mit den Kommunisten in Osteuropa auf politischer und wirtschaftlicher Ebene „erfolgreich" kooperieren. Vor kurzem warnte die „Washington Post" vor Hoffnungen, die die Westeuropäer an ihre „Riesengeschäfte" mit Moskau knüpfen. Symptomatisch heißt es da zu diesem Thema: „Der westdeutsche Krupp-Konzern wurde von der Regierung reorganisiert, als er wegen mehrerer Tauschgeschäfte mit den Sowjets in Schwierigkeiten geriet. Bei Krupp waren die Kosten wegen der Inflation gestiegen, und die als Zahlung erhaltenen sowjetischen Güter ließen sich nicht leicht und schnell in Liquidität umwandeln. Obwohl die Sprecher von Krupp dementieren, die Abmachungen mit den Sowjets hätten nahezu zum Bankrott geführt, nehmen andere Firmen [illegible] George Meany hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß sein Favorit der demokratische Senator Henry Jackson ist. Dieser wiederum findet wegen seiner antikommunistischen Einstellung keine Unterstützung bei den Linksliberalen.

Richard Nixon verscherzte es sich mit den Gewerkschaften, als er gegen deren Widerstand die sogenannte Entspannungspolitik gegenüber Moskau einleitete. Seine Isolierung von rechts — durch die AFL/CIO und die konservativen Gruppierungen — und die Feindschaft, die ihm die Linke entgegenbrachte, trugen viel zu seinem Sturz bei. Gerald Ford, der aus dem konservativen Lager kommt, könnte sich des Wohlwollens der Gewerkschaftsführer erfreuen, wenn es nicht seinen Außenminister Henry Kissinger gäbe, der von diesen als Architekt und oberster Aktivist der Entspannungspolitik abgelehnt wird.

Meanys Verband ist aber nicht nur gegen den Kommunismus, sondern gegen jede Art von Sozialismus, der mit Hilfe der staatlichen Macht die menschlichen Freiheiten einschränkt. Das heißt, die AFL/CID ist gegen den Gewerkschaftsstaat, der heute das Ziel der Gewerkschaften im freien Teil Europas, auch des DGB, ist. Verbrüderungsszenen, wie sich zuletzt auf dem gesamteuropäischen Gewerkschaftstreffen in Genf zwischen den Vertretern der freien Gewerkschaften und der kommunistischen Ostblock-Gewerkschaften abspielten, sind Meany und seinen Freunden ein Greuel. Wenn die Entwicklung so weiter geht wie bisher, dann besteht die Gefahr, daß infolge der zunehmenden Kooperation mit den Kommunisten die Verbindungen der freien europäischen Gewerkschaften zum mächtigsten Gewerkschaftsverband der freien Welt — die AFL/CIO umfaßt 110 Gewerkschaften mit 13,6 Millionen Mitgliedern — für immer abreißen.

E. M.

Seehotel Überfahrt
Rottach-Egern
Das ideale Haus zur Erholung und Entspannung — Zimmer und Appartements mit allem Komfort — exklusive Restaurants direkt am See — [illegible] erstklassige Küche.
Kur- und Bädereinrichtungen
Großes Hallenschwimmbad
Räumlichkeiten für Tagungen, Empfänge und Festlichkeiten aller Art — Garagen
Weinstuben-Bar-Nightclub
Tel. 0 80 22 / 2 60 01

Bild: dpa

Breschnew in Budapest: Der sowjetische KP-Chef kann sich beglückwünschen ...

VEREINIGTE STAATEN

Meanys Kampfansage

Der Dachverband der amerikanischen Gewerkschaften AFL/CIO, der jetzt seinen Kongreß im Badeort Bal Harbor in Florida abhielt, forderte die amerikanische Regierung und den Kongreß auf, Südvietnam und Kambodscha jede nur mögliche militärische und finanzielle Unterstützung zu gewähren, um beide Länder nicht dem Kommunismus preiszugeben. Er stellte sich damit in Gegensatz zur Demokratischen Partei, deren Senatoren und Kongreßabgeordnete mehrheitlich eine Hilfe für die indochinesischen Staaten ablehnen.

Man hatte sich in Amerika daran gewöhnt, daß die AFL/CIO die Demokraten als „ihre" Partei behandelte. Das wurde am deutlichsten bei der Präsidentenwahl von 1948, als Harry S. Truman allein aufgrund der gewerkschaftlichen Unterstützung über seinen hochfavorisierten republikanischen Gegenkandidaten Thomas Dewey siegte. Erstmals war 1972 eine Verstimmung erkennbar, als die Demokraten den linksliberalen Senator George McGovern zu ihrem Präsidentschaftskandidaten bestimmten und dieser mit der Parole, den Vietnamkrieg notfalls auch mit einer Kapitulation vor den Kommunisten zu beenden, seinen Wahlkampf bestritt. Damals erklärte sich der Gewerkschaftsverband als parteipolitisch neutral, was zur Folge hatte, daß McGovern ohne dessen Unterstützung die Wahl haushoch verlor.

Nun haben sich die Gewerkschaften auf ihrem Kongreß in Bal Harbor erneut zur parteipolitischen Neutralität bekannt, gleichzeitig aber ihren Willen bekundet, der kommunistischen Expansion in allen Teilen der Welt entgegenzuwirken. Das ist eine Kampfansage an den einflußreichen linksliberalen Flügel der Demokraten. Diese Haltung wird nicht ohne Einfluß auf die Auswahl des demokratischen Präsidentschaftskandidaten im Jahre 1976 bleiben. AFL/CIO-Präsident George Meany hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß sein Favorit der demokratische Senator Henry Jackson ist. Dieser wiederum findet wegen seiner antikommunistischen Einstellung keine Unterstützung bei den Linksliberalen.

Richard Nixon verscherzte es sich mit den Gewerkschaften, als er gegen deren Widerstand die sogenannte Entspannungspolitik gegenüber Moskau einleitete. Seine Isolierung von rechts — durch die AFL/CIO und die konservativen Gruppierungen — und die Feindschaft, die ihm die Linke entgegenbrachte, trugen viel zu seinem Sturz bei. Gerald Ford, der aus dem konservativen Lager kommt, könnte sich des Wohlwollens der Gewerkschaftsführer erfreuen, wenn es nicht seinen Außenminister Henry Kissinger gäbe, der von diesen als Architekt und oberster Aktivist der Entspannungspolitik abgelehnt wird.

Meanys Verband ist aber nicht nur gegen den Kommunismus, sondern gegen jede Art von Sozialismus, der mit Hilfe der staatlichen Macht die menschlichen Freiheiten einschränkt. Das heißt, die AFL/CID ist gegen den Gewerkschaftsstaat, der heute das Ziel der Gewerkschaften im freien Teil Europas, auch des DGB, ist. Verbrüderungsszenen, wie sich zuletzt auf dem gesamteuropäischen Gewerkschaftstreffen in Genf zwischen den Vertretern der freien Gewerkschaften und der kommunistischen Ostblock-Gewerkschaften abspielten, sind Meany und seinen Freunden ein Greuel. Wenn die Entwicklung so weiter geht wie bisher, dann besteht die Gefahr, daß infolge der zunehmenden Kooperation mit den Kommunisten die Verbindungen der freien europäischen Gewerkschaften zum mächtigsten Gewerkschaftsverband der freien Welt — die AFL/CIO umfaßt 110 Gewerkschaften mit 13,6 Millionen Mitgliedern — für immer abreißen.

E. M.

ARGENTINIEN

Land im Bruderkrieg

Morde, Entführungen, Bombenanschläge

„In Ausführung des ihr von der Volksmehrheit erteilten Auftrags beschloß die Nationalregierung, das Heer im Kampf gegen die vaterlandslose Subversion einzusetzen", heißt es in einer Verlautbarung aus der „Casa Rosada", dem Regierungspalais in Buenos Aires. Im Norden Argentiniens herrscht Kriegszustand, die anfängliche Geduld der Regierung gegenüber den Terroristen ist zu einer Repression umgeschlagen, die bei weitem härter als während der Militärdiktatur ist.

Die Lage ist höchst gespannt. Guerillagruppen verschiedenster Färbung treiben ihr Unwesen, täglich werden drei bis vier Morde verübt, hinzu kommen die Entführungen und Bombenanschläge. Seit dem Tod Peróns vor neun Monaten sind über 300 linke und rechte Politiker, Militärs, Polizeibeamte, ausländische Diplomaten und auch unbeteiligte Personen getötet worden. Über 500 Direktoren ausländischer Unternehmen haben mit ihren Familien das Land verlassen, um ihr Leben zu retten.

Die von den Terroristen geforderten Lösegelder erreichen phantastische Höhen. Für das Leben der Brüder Juan und Jorge Born, Söhne des Präsidenten der größten Holdinggesellschaft Südamerikas, wurden mindestens 20 Millionen Dollar bezahlt, vorher stand der „Rekord" bei 14,2 Millionen Dollar für die Befreiung eines Direktors der ESSO.

Der Terror hielt seinen Einzug während der Militärregierungen, die sieben Jahre lang das Land beherrschten. Gegen sie erhob sich die trotzkistische „Revolutionäre Volksarmee". Perón nahm im Wahlkampf die Hilfe linker Guerillaverbände, vor allem der „Montoneros", an, der er einen nationalen Sozialismus" versprach. Aber als Perón schließlich wieder im Sattel saß, waren die „Montoneros" für ihn nur noch lästige Störenfriede. Die jugendlichen Bandenmitglieder fühlten sich enttäuscht und niemand wies ihnen einen Weg zum friedlichen Zusammenleben. Tausende desillusionierte Jugendliche griffen bedenkenlos zu den Waffen, während eine noch größere Zahl sie moralisch unterstützt.

Den linken Terrorgruppen gegenüber steht die AAA „Antikommunistische Argentinische Allianz", die sich ursprünglich „Antiimperialistische Argentinische Allianz" nannte; ihr sind rund 50 Morde zuzuschreiben. Typisch für diese Gruppe ist, daß das Opfer entführt wird und sein Leichnam später, an Händen und Füßen gefesselt, geknebelt und mit verbundenen Augen gefunden wird. Die Zahl der Einschüsse ist immer höher als nötig, um einen Menschen zu töten.

Der Peronismus ist heute tief gespalten zwischen der „orthodoxen" Richtung, die regiert, und dem linken Flügel, der in der Opposition steht. Die Pressefreiheit ist beschränkt, nicht einmal die Namen von Extremistenorganisationen dürfen genannt werden. Während alle bürgerlichen Parteien der Präsidentin Maria Estela („Isabelita") de Perón Treue geloben, hebt sich als graue Eminenz und „starker Mann" immer mehr José López Rega hervor. Der ehemalige Polizeisergeant wurde Sekretär und Leibastrologe Peróns und ist heute Wohlfahrtsminister und Privatsekretär der Präsidentin. Er gilt als glühender Nationalist und unterhält gute Beziehungen zum Militär. Sicher ist es zu einem guten Teil ihm zu verdanken, daß die Institutionen bisher den Belastungen standhalten konnten.

Ganz offenbar bezwecken die Terroristen durch Ermordung von Offizieren das Militär so zu reizen, daß es wieder die legale Regierung stürzt und dadurch ein für sie günstiges Klima geschaffen wird, in dem sie das Volk zur Revolution aufrufen können. Aber das genaue Gegenteil trat ein: die Generäle stellten sich fest hinter die Regierung, und der Terrorismus wird unerbittlich verfolgt.

Die politische Entwicklung hängt auch eng mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten zusammen. Die Lebenshaltungskosten stiegen 1974 um 34,5 Prozent, aber wenn der jetzige Rhythmus anhält, werden sie sich dieses Jahr um über 50 Prozent erhöhen. Die Zunahme des Notenumlaufs ist unangemessen hoch, der argentinische Peso wurde dieser Tage um rund 30 Prozent abgewertet, was bei der Wirtschaft und auch bei den Gewerkschaften ein ungünstiges Echo fand.

Die überwältigende Mehrheit der Argentinier, die nichts als Friede und Eintracht wollen, müssen in diesem erstickenden Klima der Gewalt, Furcht und wirtschaftlichen Malaise leben. Fast über Nacht haben sie entdeckt, daß das, was sie auf argentinischem Boden für undenkbar hielten, der Bruderkrieg, in einigen Provinzen des Landes zur Tatsache geworden ist.

GUILLERMO BAUMFELD

Hilfe von Waldheim

UNO-Generalsekretär Waldheim hat der Bonner Bürgerinitiative gegen Berufsverbote auf ein an ihn geschicktes Protestschreiben dreier linksradikaler Lehrerinnen positiv geantwortet. Die nicht zum Lehramt zugelassenen Pädagoginnen hatten deshalb auf angebliche Verfassungswidrigkeit wie Verstoß gegen geltendes Völkerrecht der allgemeinen Menschenrechte verwiesen. In Waldheims Antwort heißt es nach Angaben der Bürgerinitiative, er werde das Protestschreiben an die Menschenrechtsabteilung der UNO weiterleiten und die Möglichkeiten seines Amtes in dieser Angelegenheit ausschöpfen.

Exklusiv bei der „Kunstauslese"

Original-Holzschnitt „Holländischer Hafen" von Ernst Peters

50 x 42 cm, in einer limitierten Auflage von 90 Exemplaren. Gedruckt auf wertvollem Papier. Die Holzschnitte wurden von dem Künstler einzeln numeriert und signiert. Nach dem Druck wurde die Platte unbrauchbar gemacht. Damit ist die limitierte Auflage garantiert.

Ernst Peters, geb. 1906 in Barmen, Studium an den Werkkunstschulen Barmen und Dortmund, Journalist und Redakteur, Studienreisen nach Belgien, Niederlande, Schweiz, Frankreich, Spanien u. a., Einzel- und Gruppenausstellungen in vielen west- und süddeutschen Städten, Werke im Besitz von Museen, Galerien und Privatsammlungen.

Für Ernst Peters wird die Kunst nicht zu einem Spiel im Abstrakten, der Künstler sucht nach Welterfahrung, dargestellt in Struktur und Farbe. Für die Kunstauslese hat er die älteste graphische Vervielfältigungstechnik — den Holzschnitt — geschaffen.
Angeregt durch die Besonderheiten des Mediums Holz schufen viele bedeutende Künstler, wie Gauguin, Masereel, Grieshaber, Schmidt-Rottluff u. a. hervorragende Holzschnitte. Leider befassen sich heute nur noch sehr wenige Künstler mit dieser ausdrucksvollen Kunstart.

Bestell-Coupon: „Die Kunstauslese" c/o Central-Versand Hermann Hoffmann 4840 Rheda, Steinweg 16

Ich bestelle hiermit
☐ Exemplar(e) Peters „Holländischer Hafen" zum Preis von DM 95,00 je Holzschnitt
Ich begleiche den Betrag
☐ mit beiliegendem Verrechnungsscheck
☐ gegen Rechnung innerhalb von 30 Tagen
Der Versand erfolgt in Reihenfolge des Bestelleingangs

Name: _____ Vorname: _____
Beruf: _____
PLZ: _____ Ort: _____ Straße: _____
Datum: _____ Unterschrift: _____
BK

FRANZ JOSEF STRAUSS:

Sagen, worum es geht!

Auszüge aus der Rede des CSU-Vorsitzenden in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages am 19. März 1975

In der Debatte über den Jahreswirtschaftsbericht am 20. Februar habe ich darauf hingewiesen, daß wir jetzt den schwersten und gefährlichsten Rückschlag in unserer Wirtschaft seit der Währungsreform haben. Er drückt sich aus erstens durch wirtschaftliche Schrumpfung, Minuswachstum, zweitens durch immer noch anhaltende, gegenüber früher ungewöhnlich hohe Inflationsraten, für die auch höhere Inflationsraten in vergleichbaren Ländern keinen Trost geben, drittens vor allem durch die höchste Arbeitslosigkeit, seit es in den fünfziger Jahren durch die soziale Marktwirtschaft gelungen ist, Millionen Vertriebene und Flüchtlinge in Arbeit und Brot zu bringen.

Verantwortlich dafür ist nach den Maßstäben der parlamentarischen Demokratie in erster Linie die Politik der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien seit 1969. Sie hatten versprochen, bei ihnen werde es weder Rezession noch Arbeitslosigkeit geben. Es ist einfach nicht wahr, daß diese Erscheinungen nur oder hauptsächlich durch die sogenannte Ölkrise, durch die Preiserhöhung für Rohöl herbeigeführt oder sonstwie vom Ausland zu verantworten sind. Das gilt in besonderer Weise für die Arbeitslosigkeit, die sich bei anderer Einstellung der Regierungen in ihrer mittel- und längerfristigen Finanz- und Wirtschaftspolitik zu den in der Wirtschaft geltenden Gesetzmäßigkeiten und bei einer soliden, von jeder Hektik freien Konjunkturpolitik hätte vermeiden lassen.

Der Vorsitzende des Sachverständigenrates, Professor Kloten, hat im Januar erklärt: „Die heutige Arbeitslosigkeit war ebenso vermeidbar wie die niedrige Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts von knapp einem halben Prozent im Jahr 1974, und sogar minus 5 Prozent beim Vergleich der beiden letzten Quartale 1973 und 74." Er sagte zweitens: „Die gegenwärtige Situation ist die Auswirkung des Beginns einer Vertrauenskrise." Und drittens: „Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz ist weder für die Finanzpolitik noch für die Einkommenspolitik als tragende Basis angewandt worden."

Wer das leugnen will, der sehe sich die Investitionen in der Wirtschaft seit 1970 an. Schon am 27. Juni 1974 beklagte der Wirtschaftsminister in der Konzertierten Aktion: „Die realen Investitionen der Wirtschaft haben seit Beginn der siebziger Jahre nahezu stagniert." Hier liegt doch der entscheidende Grund für Arbeitslosigkeit und Wachstumsverluste, wobei Wachstum die Voraussetzung für die Erhaltung des gesetzlich beschlossenen sozialen Leistungsstandes ist.

Schon aus saisonalen Gründen wird die jetzt erreichte Rekordzahl von Arbeitslosen und Kurzarbeitern, durch die zur Zeit noch jeder zehnte Arbeitnehmer unmittelbar betroffen ist, im Frühjahr und Sommer aller Wahrscheinlichkeit nach zurückgehen. Dafür braucht man nicht die Frühjahrsschwalben zu zählen.

Aber wir werden im weiteren Verlauf des Jahres weit von den Verhältnissen am Arbeitsmarkt entfernt bleiben, die die SPD/FDP-Regierung im Januar 1969 bei ihrem Amtsantritt vorgefunden hat. Damals warteten im Jahresdurchschnitt auf einen Arbeitssuchenden vier offene Stellen. Damals gab es nur eine statistische Arbeitslosigkeit von unter einem Prozent. Wir hatten damals Vollbeschäftigung mit erkennbarer Neigung zur Übervollbeschäftigung. Als dann infolge ständiger Vernachlässigung und Leugnung der Inflationsgefahr durch die Bundesregierung und bei fast zehn offenen Stellen auf jeden Arbeitssuchenden schließlich tatsächlich Übervollbeschäftigung entstand, redeten die Regierungsvertreter von der Notwendigkeit der Sicherung der Vollbeschäftigung — als ob dies das hauptsächlich bedrohte Ziel gewesen wäre! — und redeten damit die Inflation geradezu herbei.

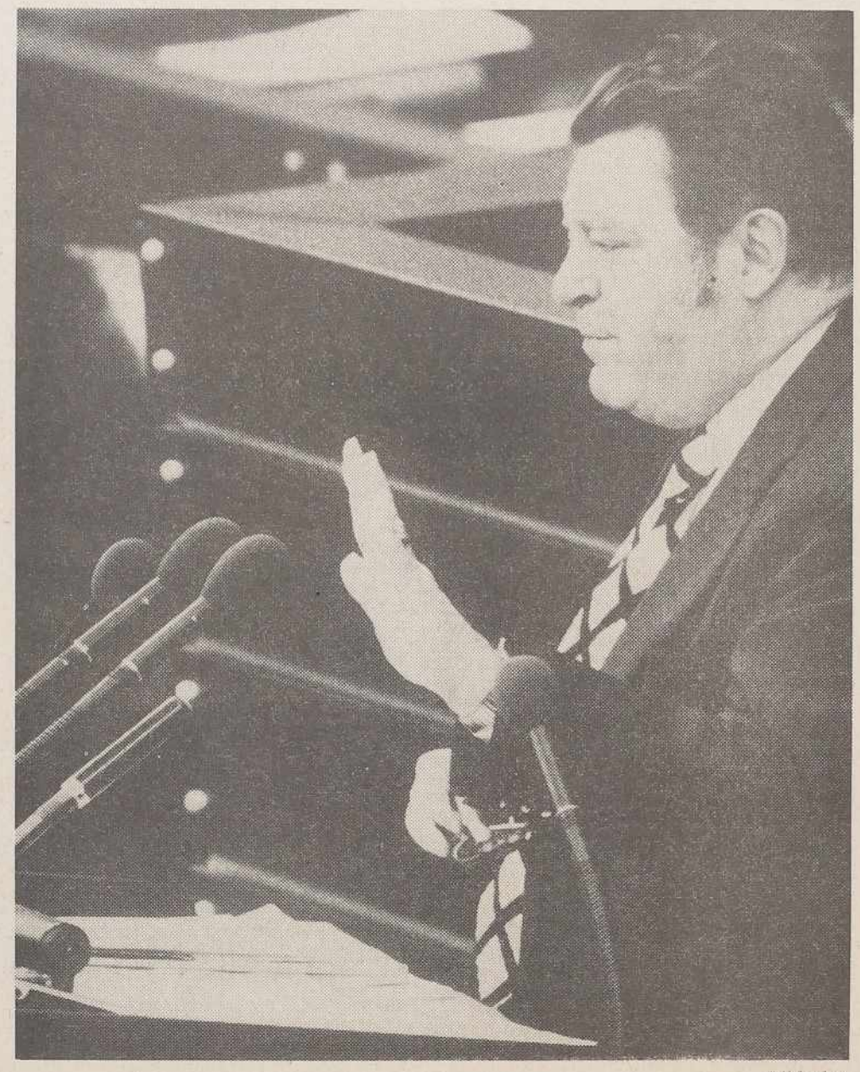


Bild: dpa

Rüde Töne aus früheren Zeiten

Wer jetzt gegen die Kritik der Opposition wettert, lese einmal nach, was in den Jahren 1965/66 bei vergleichsweise erheblich besserer Wirtschaftslage die damalige Opposition in rüden Tönen von sich gegeben hat. Ich darf in diesem Zusammenhang den Kollegen Dr. Alex Möller, der sicherlich nicht zu den lautstärksten Sprechern gehört, mit einigen Sätzen von damals zitieren: „Selbst wenn wir nicht wachsam und aufmerksam wären, das, was in Ihrem Lager vorgeht, veranlaßt uns, den Finger auf die Wunde zu legen und zum Ausdruck zu bringen: Ihre ganzen Manipulationen nützen nichts. Wir brauchen eine neue Regierung, einen neuen Bundeskanzler. Wir brauchen Minister, die nicht reden, sondern handeln."

Möller sagte dann etwas später: „Angesichts des vorgelegten Haushaltsentwurfs, der in seiner Mischung von Unfertigkeit und Unsolidität eine Zumutung für das ganze Parlament darstellt, kann man doch nur noch eine Feststellung ziehen: Die Finanz- und Haushaltspolitik hat ein Stadium an Unvermögen erreicht, das wirklich nicht mehr zu überbieten ist und bei dem Staat und Wirtschaft ernsthaft Schaden nehmen. Wenn sich der Bundesbürger die Frage vorlegt: Wie ist dieses Wirtschaftswunderland in eine solche Finanzkatastrophe hineingeraten, durch äußere, durch die Bundesregierung nicht zu verantwortende Ursachen oder durch offensichtliches Verschulden der Bundesregierung und der sie tragenden Koalition?, dann haben ihm meine bisherigen Ausführungen" — schuld ist allein die Bundesregierung, meint er — „eine klare Antwort gegeben." Noch etwas später heißt es: „Meine Damen und Herren, es ist ja nicht das erste Mal, daß wir" — von der SPD — „davon gesprochen haben, daß eine solche Politik in eine Finanzkatastrophe hineinführt. Sie müssen die Protokolle der letzten Jahre heranziehen, aus denen hervorgeht, daß wir immer wieder warnend gefordert haben, eine Politik zu betreiben, die nicht in diese Finanzkatastrophe hineinführt."

Man bekommt allmählich den Eindruck, als ob harte Kritik an der Politik der Regierung und ihrer Parteien — siehe auch die Äußerungen des Finanzministers Apel gegenüber Herrn Stoltenberg — zu einer Art Majestätsbeleidigung, zu einer Art Anschlag gegen die parlamentarische Demokratie und zu einem Verstoß gegen das Wohl des Volkes umgefälscht werden soll. Das sind doch die ersten Ansätze autoritären Denkens: „Wir haben die allein richtige Politik, und wer sie kritisiert, ist ein Feind der richtigen Politik, ein Feind des Volkes, ein Feind des Staates, ein Feind der parlamentarischen Demokratie." So einfach liegen die Dinge!

Von Schumacher bis Schmidt

Dieses Denken bedient sich ja auch häufig einer weitverzweigten Propagandamaschinerie. Wenn man die Kritiker der Regierungspolitik als Gefahr für den Staat und als Feinde des Volkes darstellen will, so ist das eine Verfälschung des demokratischen Auftrages und der Versuch einer Demontage der parlamentarischen Demokratie. Ich darf in diesem Zusammenhang nun letztmalig eine kleine Blütenlese geben. Kurt Schumacher sagte in einer der berühmten ersten Debatten des Deutschen Bundestages: Man kann also als Opposition nicht die Ersatzpartei für die Regierung sein und die Verantwortung für etwas übernehmen, wofür die Verantwortung zu übernehmen sich manchmal Regierungsparteien gegebenenfalls scheuen würden."

Helmut Schmidt sagte am 30. November 1965: „Es steht nirgendwo geschrieben, daß die Opposition dabei helfen soll, eine Regierung aus einer Zwickmühle herauszuholen, in die sie sich selbst hineinmanövriert hat." Herbert Wehner, der dieses Haus schon durch manche Beiträge bereichert hat, erklärte am 2. Dezember 1965: „Mit uns nicht! Wir sind mit Ihnen nicht zusammen, wir sind außerhalb von Ihnen! Wir gehören nicht zu Ihrer Regierung, wir opponieren gegen diese Regierung. Es ist Ihre Sache, meine Damen und Herren, von dieser Bundesregierung und der sie tragenden Koalition — manchmal habe ich den Eindruck, Sie tragen sie nicht nur, sondern Sie schaukeln sie —, mit den Problemen fertig zu werden. Unsere Sache ist es, Ihnen die Chance zu geben, sich nicht auf uns berufen zu müssen. Tun Sie bitte, was Sie vermögen!" Am 23. November 1966: „Hier ist ein großes Wort, das Wort von der ‚Solidarität des Parlaments' gesprochen worden. Wir werden uns dieses Wort merken ... Nur, meine Damen und Herren, jetzt ist nicht die Zeit, an irgendwelche Solidarität zu appellieren ... Was ist denn das? Wofür halten Sie uns denn! Wir sind doch anständige Leute; wir waschen doch nicht anderer Leute Wäsche! ... Sie müssen den politischen Konkurs, den Sie erlitten haben, und seine Begleiterscheinungen selbst verantworten."

Schließlich von Bundesminister Matthöfer — es stammt aus derselben seriösen Quelle, aus der man gegen mich schöpft — die Aufforderung an seine Genossen: „Und wenn die unser Godesberger Programm vorlegen — was von der CDU kommt, wird abgelehnt!" Fritz Erler hat es einmal als die Aufgabe der Opposition bezeichnet, der Regierung auf die Finger zu sehen, auf die Finger zu klopfen und ihre Ablösung zu betreiben. Heute erleben wir, daß die SPD den arroganten Anspruch erhebt, die Erfüllung der Demokratie sei nur im Sozialismus möglich, und daß sie — die einen radikaler, die anderen schrittweise — eine Umformung der Gesellschaft nach sozialistischem Wunsch-Vorbild betreibt.
Hat nicht Willy Brandt am 21. August 1974, nach seiner Kanzlerschaft, gemäß einer Meldung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", davon gesprochen, innerhalb der SPD gebe es eine klare Unterscheidung zwischen dem, was jetzt möglich ist, und dem, wovon man die Bürger erst schrittweise überzeugen müsse? Bei der Lektüre dieser Äußerung ist mir das Wort von der „neuen Wahrheit" Egon Bahrs eingefallen. Man hat seinerzeit in der Großen Koalition noch gemeinsam mit uns eine Deutschlandpolitik betrieben und in einstimmigen Entschließungen dieses Bundestages verabschiedet, als man schon die gegenteilige Deutschlandpolitik als „neue Wahrheit" im Herzen trug, aber nicht zu vertreten wagte, weil man dafür noch nicht die Mehrheit in diesem Hause für sich zu haben glaubte. Das sind eben die Dinge, die uns das Recht geben, als parlamentarische Opposition auf die Finger zu sehen, auf die Finger zu klopfen und die Ablösung der Regierung mit legitimen Mitteln zu betreiben.

Godesberg und die Gegenwart

Hat nicht in der SPD eine vertrauliche Konferenz in Würzburg am 24./25. Januar dieses Jahres stattgefunden, auf der eine 120seitige Denkschrift „Godesberg und die Gegenwart" behandelt wurde? Diese Denkschrift enthält doch eine Fülle von Warnungen gegenüber den in der SPD sich verbreitenden Tendenzen, wie sie hauptsächlich — aber nicht nur! — von den Jungsozialisten vertreten werden, Tendenzen, die nicht der Sicherung der parlamentarischen Demokratie, sondern ihrer Umwandlung in eine Art Rätedemokratie mit imperativem Mandat unzweideutig dienen.

In den letzten Tagen läuft in konzertierter Aktion eine Verfälschungs- und auch Verleumdungskampagne ungeheuren Ausmaßes gegen mich. Ihre Methoden sind vielfältig, raffiniert, zum Teil schäbig, auf alle Fälle rücksichtslos; sie stammen aus dem Instrumentarium der psychologischen Kriegsführung. Ich frage jetzt nicht, was ist richtig, was ist falsch von den aus meiner Rede wiedergegebenen Worten; das frage ich gar nicht. Ich zitiere — und berufe mich dabei auf das angebliche Wortprotokoll — zwei daraus immer wieder herangezogene Sätze: „Wir müssen die Auseinandersetzung hier im Grundsätzlichen führen. Da können wir nicht genug an allgemeiner Konfrontierung schaffen."

Ich habe mich nie für eine totale oder obstruktive Opposition ausgesprochen, werde aber das, was ich unter diesen Äußerungen hier verstanden habe — auch wenn sie so wiedergegeben worden sind —, ganz deutlich sagen: Ich habe in diesem Hohen Hause fünf Jahre vor Fehlern und Versäumnissen gewarnt, Vorschläge gemacht und Lösungen empfohlen, z. B. das steuerliche Inflationslastenausgleichsgesetz ab 1. Januar 1974 statt der verkorksten Steuer-Schein-Reform zum 1. Januar 1975. Ich habe mich in meiner Fraktion dafür eingesetzt, daß auch dieses von uns auf dem Gesetzgebungsweg ein wenig verbesserte Werk — es ist nur wenig verbessert und weist zahlreiche strukturelle Fehler und Schwächen auf — von der CDU/CSU-Opposition angenommen wird, damit der Bürger nicht noch ein weiteres Jahr auf eine steuerliche Entlastung — die zum Teil eingetreten ist — zu warten hat.

Wir haben befürchtet, daß die katastrophale Finanzlage — wir sprechen ja nur von Zerrüttung der Finanzen, noch nicht von der Finanzkatastrophe —, die sich im Laufe des Jahres 1975 entwickelt, steuerliche Entlastungen im Jahre 1976 überhaupt nicht mehr möglich machen würde, der Unfug einer progressiven Explosion der Lohnsteuer mit ihren verhängnisvollen Auswirkungen auf die Arbeitnehmereinkommen sich weiterhin ausbreiten würde und daß dies in Verbindung mit unvermeidbaren Lohnforderungen zu einer neuen Eskalation mit inflationären Wirkungen führen würde.

Wir haben ein besseres Konjunkturprogramm vorgeschlagen — ich nehme es persönlich auf meine eigene Kappe — als die hektischen Methoden der Bundesregierung mit Bestrafung der Investitionen durch eine besondere Steuer und kurz darauf wieder mit einer finanziellen Belohnung derselben. Die Zahl unserer früheren Vorschläge umfaßt eine stattliche Reihe. Wir haben auch den Mut gehabt, die Regierung zu unterstützen, und haben vor gefährlichen Steuersenkungen mit dem Mut zur Unpopularität in den Jahren 1969 und 1970 gewarnt. Wir haben reihenweise Vorschläge für eine sparsame Haushaltsgestaltung gemacht.

Wir haben am 6. November 1974 — ich war dabei in meiner Fraktion federführend — als Signale für den Ernst der Lage und als Hilfe für die Regierung einen befristeten Stopp aller finanzwirksamen Anträge von uns aus vorgenommen und dieses Angebot an die Regierungsparteien gestern ohne Frist in unserer Fraktion verlängert. In meinen Reden vor dem Hohen Hause bin ich ohne Billigung meiner Fraktion an kooperativer Haltung sogar noch weit darüber hinausgegangen.

Wir haben am 5. November 1974 Kürzungsvorschläge zum Haushalt 1975 in Höhe von 3,2 Milliarden DM vorgelegt. Wir haben Alternativen zur Krankenhausfinanzierung, zur Städtebauförderung, zum Betriebsverfassungsgesetz und auf anderen Gebieten vorgelegt.

Allerdings haben wir mit unseren Mahnungen, Warnungen und Vorschlägen große Enttäuschungen erlebt, weil die Regierungsparteien nicht das Maß an Bereitschaft zur Kooperation mit der Opposition bewiesen haben, das bei ihren verbalen Bekundungen über gemeinsame Verantwortung hätte erwartet werden dürfen. Alle unsere Vorstöße und Vorschläge sind ohne überzeugende Argumentation — aus Besserwisserei, Rechthaberei, zum Teil aber auch in ausgesprochener Verhöhnung der CDU/CSU — zurückgewiesen worden. Ich darf hier auch daran erinnern, daß wir bei dem Konjunkturprogramm der Bundesregierung keine obstruktive Opposition betrieben und von der uns zustehenden Fristeinrede angesichts des skandalösen Gesetzgebungsverfahrens, in dem Milliarden in wenigen Stunden verplant, verfügt und zur Ausgabe freigestellt werden mußten, keinen Gebrauch gemacht haben, weil das eine Verzögerung von Monaten bei einem geordneten Gesetzgebungsverfahren, wie man es bei einem solchen Ausgabenvolumen fordern kann, mit sich gebracht hätte. Das ist doch die Wahrheit!

Aber ich scheue mich nicht, zu sagen: Es gibt eine grundsätzliche Auseinandersetzung, bei der die Konfrontation unvermeidlich ist; ihre Unterlassung wäre ein semantischer und moralischer Betrug am Bundesbürger. Konfrontation heißt nicht Obstruktion, Konfrontation heißt nicht Sabotage, heißt nicht Destruktion; Konfrontation heißt Gegenüberstellung klarer Fronten, wie ich sie im Einvernehmen mit allen Mitgliedern meiner Fraktion gefordert habe. Wenn wir unsere Entschlossenheit, die persönliche Freiheit und die individuelle Autonomie des Menschen gegen Zukunftsutopien einer sozialistischen Gesellschaftsordnung und gegen kollektivistische Lösungen mit aller Entschiedenheit verteidigen, dann meinen wir es ernst. Wenn wir vor einer Umfunktionierung vielleicht gut gemeinter deutscher Ostpolitik in sowjetische Westpolitik warnen und von der Regierung — leider vergeblich — Auskunft über den Stand der Verhandlungen in Genf verlangen, dann meinen wir es ernst. Und die Vorgänge, die sich in diesen Tagen in einem Lande Südwesteuropas abspielen, sprechen eine deutliche Sprache, auf welcher Bahn sich die gesamte europäische Staatenlandschaft befindet, wenn sich die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft nicht bald zu einer kraftvollen Gemeinschaft, zu einer echten politischen, wirtschaftlichen und militärischen Großorganisation zusammenschließen.

Hier gibt es eben leider nicht die klare Gemeinsamkeit. Hier gibt es nur das Einstehen für die Grundwerte unserer Verfassung und die Lebensrechte unserer Nation so, wie wir die Zukunft unserer Gesellschaft sehen und wie wir die Stellung unseres Landes gegenüber seiner Umwelt geregelt und gesichert wissen wollen. Wer diese Sprache in den letzten Tagen, wie erlebt, diffamiert, denunziert und verleumdet, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß nur ein Ertappter so laut — mit Schaum vor dem Munde — brüllt. Die Wahrheit ist eben schwerer zu ertragen, als die falsche Gemeinsamkeit zu ertragen ist. Hätten Sie, meine Damen und Herren von der SPD — das richte ich gerade an die führende Schicht —, innerhalb Ihrer Partei rechtzeitig die Konfrontation herbeigeführt, wäre sie uns zwischen den Demokraten dieses Hauses erspart geblieben!

Lassen Sie mich nach diesem angesichts der Ereignisse unvermeidlichen Exkurs — aber bei einer Debatte über den Kanzlerhaushalt steht das ganze Spektrum der politischen Probleme zur Diskussion — zu einigen wirtschafts- und finanzpolitischen Problemen zurückkehren. Selbst der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion kann nicht mehr umhin, den wahren Grund für Rezession und Arbeitslosigkeit zu nennen. In der „Deutschen Zeitung" sagte er am 7. März wörtlich, daß die gegenwärtig fehlenden 1,2 Millionen Arbeitsplätze allein durch die Inflation verlorengegangen sind. Da die Inflationsrate — wenn man das Wort in diesem Zusammenhang überhaupt in den Mund nehmen darf — im Herbst 1969 je nach dem statistischen Index, den man zugrunde legt, zwischen 1,8 und 2,4 lag, kann doch damit nur die Politik gemeint sein, die nach dem Herbst 1969 zu diesen Erscheinungen geführt hat.

Verantwortung des Kanzlers

An dieser Entwicklung — auch an der inflationsbedingten hohen Arbeitslosigkeit — tragen Sie, Herr Bundeskanzler, ein gerüttelt Maß an persönlicher — und kontinuierlicher — Verantwortung. Sie bezeichneten im Herbst 1971, damals noch als forscher Verteidigungsminister, die Preisstabilität als bloßes Modewort; Sie erklärten damals: „Mich kümmert die Sorge um die Preise nicht so wie andere." Sie verkündeten seit mehr als zweieinhalb Jahren die zur Irreführung der Öffentlichkeit führende oder bestimmte These, 5 Prozent Inflation seien leichter zu ertragen als 5 Prozent Arbeitslosigkeit. Sie versuchten damit den falschen Eindruck zu erwecken, als sei die Inflation der Preis für die Vollbeschäftigung. Sie sagten sogar noch im November 1974, schon als Kanzler, man werde 1975 noch erfahren, wie richtig Ihre These sei. Die Arbeitnehmer haben es ja tatsächlich erfahren. Als Folge der Inflationspolitik der letzten Jahre haben wir jetzt nicht nur anhaltende Preissteigerungsraten von rund 6 Prozent, sondern zugleich den traurigen Rekord von über 5 Prozent Arbeitslosen und zusätzlich weiteren fast 5 Prozent Kurzarbeitern. Auch wenn diese Zahl, wie wir selbst erwarten, selbstverständlich im Zuge des saisonalen Aufschwunges zurückgehen wird, die strukturellen Probleme der Verformungen und Verwerfungen innerhalb unserer Wirtschaft bleiben nach wie vor erhalten und werden von Ihnen leider nicht einmal angepackt, geschweige denn gelöst.

In Ihrem „Capital"-Interview, Herr Bundeskanzler, vom Dezember 1974, heißt es wörtlich: „Wer den Preisanstieg innerhalb einer Volkswirtschaft dämpfen will, nimmt gleichzeitig auch gewisse Dämpfungswirkungen in bezug auf die Gesamtbeschäftigung in Kauf." Das ist doch eine zynische Formulierung. Zuerst schlagen Sie die Warnungen vor der Inflation in den Wind und bezichtigen uns, als ob wir Arbeitslosigkeit zur Disziplinierung der Arbeitnehmer beabsichtigten; dann verkünden Sie, das bißchen Inflation müsse für die Erhaltung der Vollbeschäftigung eben in Kauf genommen werden, dann erkennen Sie endlich, daß die Inflation zu einer Gefahr für die Arbeitsplätze wird, dann treffen Sie zu spät und unzulänglich Stabilisierungsmaßnahmen — siehe öffentliche Haushalte —, und dann spielen Sie den Helden und sagen, unsere Stabilisierungspolitik führt aber zu einer gewissen Arbeitslosigkeit, das müßten die Arbeitnehmer in Kauf nehmen. Das ist die Gedankenkette, die wir in den letzten Jahren erlebt haben. Damit geben Sie doch zu, daß CDU und CSU mit ihren jahrelangen Warnungen recht hatten. Bei rechtzeitiger und zulänglicher Stabilitätspolitik wäre dieser Ablauf nicht eingetreten.

Ein böses Spiel

Ich möchte hier hinzufügen: Wir hätten eine niedrigere Geldentwertungsrate — ich habe nie die Utopie einer totalen Preisstabilität als Möglichkeit einer CDU/CSU-Politik vertreten, weder als wir in der Regierung waren noch als wir in der Opposition waren —, wir hätten ein, wenn auch bescheidenes, aber reales Wachstum — vom nominalen Wachstum haben wir nicht viel —, wir hätten normale Vollbeschäftigung, und wir hätten schließlich keine Zerrüttung der Staatsfinanzen. Durch falsche Versprechungen, durch die wiederholten Versuche, die Gefahren für die Arbeitsplätze zu verharmlosen und zu verniedlichen, wurden die Arbeitnehmer für dumm verkauft. An diesem bösen Spiel waren Sie, Herr Bundeskanzler, mit der Autorität Ihres Amtes bis in die jüngste Zeit hinein maßgebend beteiligt. Einige Beispiele: Als die Wirtschaftsforschungsinstitute im letzten Herbst eine

(Fortsetzung auf Seite 10, Spalte 1)

Schwindel, der an Wahlbetrug grenzt

Fortsetzung von Seite 9

Million Arbeitslose für den jetzigen Winter als unvermeidlich darstellten, sprachen Sie empört von Schwarzmalerei. Am 23. Oktober 1974 versprachen Sie — mitten in den Landtagswahlkämpfen —, Sie würden es nicht zu einer Million Arbeitsloser kommen lassen.

Das ist es ja, was uns immer wieder beunruhigt, daß hier immer wieder rein verbale Kraftakte mit einer Art Coué-Effekt in Anspruch genommen werden, so wie damals Ihr Vorgänger sagte: 4 Prozent Preissteigerungen kommen nicht in Frage; dann wird es ernst, dann greife ich persönlich ein. Genau dasselbe Spiel treiben doch Sie als Nachfolger mit ähnlichen Akten der Selbstermahnung und der Selbstermutigung ohne realen Hintergrund. Nach den Wahlen nahmen Sie das Versprechen zurück und sagten: Eine Million, aber nur im Extremfall, das heißt also bei besonders ungünstigen Witterungsbedingungen. Für diesen Winter kann man das Feigenblatt besonders ungünstiger Witterungsbedingungen wahrlich nicht in Anspruch nehmen.

Kurzatmige Hektik

Jetzt wird auch von Ihnen auf der Regierungsseite als das entscheidende Mittel zur Überwindung der Arbeitslosigkeit die Wiederbelebung der privaten Investitionen verkündet. SPD und Teile der FDP — ich meine damit die Teile, die mehr dem linken Lager angehören — entdecken die Bedeutung von privater Wirtschaft und privaten Unternehmern, die Notwendigkeit hinreichender Erträge als Voraussetzung für die Sicherheit der Arbeitsplätze. Erträge und Gewinne werden auf einmal nicht mehr als kapitalistische Profite denunziert. Vor noch gar nicht langer Zeit waren von der Regierung und der SPD die Unternehmer und die sonstig Selbständigen verteufelt worden. Siehe die Aktion „Gelber Punkt", für die auch Sie, Herr Bundeskanzler, mitverantwortlich sind. Damals haben Sie doch behauptet, die Profitsucht der Unternehmer sei die Hauptursache für die Inflation. Das sogenannte Stabilitätsprogramm der Regierung vom Mai 1973 legte das Schwergewicht allzu einseitig auf die Zurückdrängung der privaten Investitionen. Wir haben doch damals davor gewarnt. Wenn wir eine „diabolische Politik der Obstruktion" trieben, dann hätten wir Sie ermutigt: „Gehen Sie nur weiter so auf diesem Wege ..."

Noch im letzten Sommer, als der starke Konjunkturabschwung sichtbar wurde, wurden durch die sogenannte Steuerreform in der Hauptsache die Unternehmer durch die Neuregelung der einheitswertabhängigen Steuern und die Beseitigung der Abzugsfähigkeit der Vermögenssteuer mit 2,5 Milliarden DM pro Jahr zusätzlich auf Dauer belastet, und damit wurde ihre Investitionstätigkeit ebenso eingeschränkt wie ihr Vertrauen in die Zukunft betroffen. Aber jetzt wird von Ihnen die Erkenntnis verbreitet, daß die privaten Investitionen von heute die Arbeitsplätze von morgen sind. Mit Zeitungsanzeigen und Broschüren unter der Überschrift „Jetzt investieren, jetzt lohnt es sich" wird für die Inanspruchnahme der siebeneinhalbprozentigen Investitionszulage geworben. Das ist doch ein geradezu typisches Beispiel für die kurzatmige Hektik und fast neurotische Unausgeglichenheit Ihrer Konjunkturpolitik.

Wir leugnen ja gar nicht einen vielleicht sogar länger anhaltenden Strohfeuereffekt dieses Konjunkturprogramms, das wir als das mit Abstand zweitbeste sogar durch unsere Stimmen in diesem Hause unterstützt haben, dessen Verabschiedung wir zeitlich erleichtert haben. Aber wir fürchten, daß die hektische Politik des „stop and go" im Bereich der privaten Investitionen — rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln — das verlorengegangene Vertrauen als Voraussetzung für einen dauerhaften Aufschwung eher weiter zerstört als ernsthaft neu schafft. Hier wird viel Geld ausgegeben, auch für Investitionen, die die großen Unternehmen auf Grund ihrer seit Jahren festliegenden Investitionspläne auch ohne diese Zulage getätigt hätten. Aber das seit Jahren zerstörte Vertrauen in die Zukunft wird durch die nur für ein halbes Jahr geltende Zulage bestimmt nicht wieder herbeigeführt.

Wann Verlustrücktrag?

Hier frage ich Sie, Herr Bundeskanzler: Wann wird denn endlich die Bundesregierung die Prüfung des sogenannten Verlustrücktrages beenden? Der Bundesrat hat sich dafür ausgesprochen, weil die Länderregierungen die Verantwortung ernst nehmen, gleichgültig, von welchen Parteien sie getragen werden. Der Bundeswirtschaftsminister ist dafür; die Bundesregierung läßt verlauten, daß sie ernsthaft auf eine Prüfung einzugehen bereit sei. Wie lange brauchen Sie denn noch zum Prüfen? Im November letzten Jahres haben wir den Vorschlag in der Öffentlichkeit gemacht. Jetzt haben wir Mitte März. Soviel wir wissen, ist Herr Friderichs dafür, ist Herr Apel dagegen. Herr Schmidt schwebt in höheren Regionen. Die FDP hat doch selbst die Notwendigkeit dieses Verlustrücktrages als eines schnell wirksamen Mittels zur Liquiditätsverbesserung und damit zur Verbesserung sowohl der Investitionsbereitschaft als auch der Investitionsfähigkeit unterstrichen.

Das verspielte Vertrauen wiederzugewinnen, ist nur möglich mit einer vollen Offenlegung der tatsächlichen Situation und nicht mit einem Offenbarungseid in Miniraten. Haben Sie doch endlich einmal den Mut, die wirklichen Gründe für Inflation, Arbeitslosigkeit, Rezession und ramponierte Staatsfinanzen offen zuzugeben! Versteckt sagen Sie es ja schon in dem Kommuniqué über die gemeinsame Sitzung von Parteirat, Parteivorstand und Kontrollkommission der SPD am 11. November 1974 in Berlin. Dort heißt es: „Wer das Unmögliche will, gefährdet das heute Mögliche." Diese Feststellung, die sich wie ein Satz aus einem konservativen Parteiprogramm liest, kann ich nur unterstreichen. Aber die Erkenntnis ist doch erst gekommen, nachdem Ihnen das Wasser am Hals stand. Diese Erkenntnis haben wir hier fünf Jahre ohne jede Aufnahmefähigkeit auf Ihrer Seite vertreten; wir haben nur Hohn und Spott und Ablehnung dafür gefunden.

Sie selbst, Herr Bundeskanzler, haben doch in einer Sitzung Ihrer Partei erklärt, es sei die Aufgabe der SPD, sich ein größtmögliches Realitätsbewußtsein zu erwerben. Meinen Sie nicht, da hätte Ihre Partei noch lange in die Schule gehen müssen, bevor sie die Regierungsverantwortung auf sich nehmen konnte, wenn sie es nach fünf Jahren Regierungstätigkeit noch als ihre Hauptaufgabe ansieht — angesprochen von Helmut Schmidt —, sich ein größeres Realitätsbewußtsein zu eigen zu machen?

Ich komme nochmals auf die Auseinandersetzung der letzten Tage aus diesem Anlaß zu sprechen. Hier werden mir folgende Äußerungen in den Mund gelegt: „Wir würden Gefahr laufen, wenn wir vorschlagen, es muß jetzt konkret geschehen a, b, c, d usw., daß die es nicht tun. Lieber eine weitere Inflationierung, weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit, weitere Zerrüttung der Staatsfinanzen in Kauf nehmen, als das anzuwenden, was wir als Rezept für notwendig halten, mit der Maßgabe, daß die sagen: ‚Seht, solange wir da sind, ist unser Leiden ja nicht gar so schlimm. Wenn die anderen hinkommen, die muten Euch eine Roßkur zu. So weit sind wir doch noch nicht. Es muß wesentlich tiefer sinken, bis wir Aussicht haben, politisch mit unseren Vorstellungen, Warnungen, Vorschlägen gehört zu werden."

Ich zitiere das jetzt einmal wörtlich so, wie es veröffentlicht worden ist. Ich rede auch nicht davon, wieweit die einzelnen Sätze hier korrekt wiedergegeben werden oder infolge der Unzuverlässigkeit der Technik in holpriger Sprache, die mir nicht zu eigen ist, zitiert werden. Es ist aber ein Schwindel, es grenzt an Wahlbetrug, an dem sich leider auch der Herr Ministerpräsident Kühn jetzt mit seinen Inseraten beteiligt, wenn die SPD mit ihrer Wahlkampfanzeige mir die Absicht der Krise und den Willen zur Krise unterstellt. Ich habe klipp und klar gesagt — und der bisherige Ablauf der Diskussionen in den letzten fünfeinhalb Jahren spricht für die Richtigkeit dieser meiner Auffassung —: Wenn wir Alternativen anbieten, werden sie nach sattsam gemachten Erfahrungen abgelehnt. Mehr noch: unsere Alternativen — siehe Vorschlag, Steuersenkungen 1969 und 1970 nicht vorzunehmen — wurden in demagogischer Weise zur Aufwiegelung der Arbeitnehmer draußen im Lande gegen uns benutzt.

Beispiel Nordrhein-Westfalen

Die Bundesregierung hat doch damals, bis kurz vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, den Eindruck aufrechterhalten, als kämen die Steuersenkungen am 1. Juli 1970. Die Wahlen waren vorbei, und es hieß: April, April; die Konjunkturlage erlaubt die Senkung der Steuern nicht, wie man sie noch am 5. Juni 1970 vorgeschlagen und am 18. Juni 1970 dann in diesem Hause abgelehnt hat. Diese Äußerungen können nicht anders verstanden werden, als daß die Bundesregierung lieber weitere Inflationierung, weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit, weitere Zerrüttung der Staatsfinanzen in Kauf nimmt als die Rezepte anzuwenden, die wir von der Opposition für notwendig halten und oft genug vorgeschlagen haben. Es ist und bleibt nicht nur meine Meinung im Alleingang, sondern unsere gemeinsame Meinung in der CDU/CSU, daß wir erst, wenn die Lage noch schlechter geworden ist — das gilt jetzt vor allen Dingen auf dem Gebiet der Finanzen — Aussicht haben, mit unseren Vorstellungen, Warnungen und Vorschlägen gehört zu werden. Wer das anders auslegt, ist ein Fälscher, Verleumder und Nachrichtenschwindler.

Schonungslose Offenheit ist vor allem in der Finanzpolitik erforderlich. Die Neuverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden, Bahn und Post wird sich in diesem Jahr um 50 bis 60 Milliarden DM erhöhen. Allein die Verzinsung dieser Mehrverschuldung macht soviel aus, wie der Mehrertrag der Anhebung der Mehrwertsteuer um einen ganzen Punkt bedeuten würde. In nur zwei Jahren — 1974 und 1975 — verschuldet sich der Bund — ohne Bahn und Post — zur Finanzierung seiner Ausgaben genauso hoch wie in den 20 Jahren von 1949 bis 1969. Ich möchte Sie, Herr Finanzminister, hier ernsthaft bitten, diesen faulen Zauber — ich kann auch sagen: fleißigen Zauber — nicht zu wiederholen, den Sie mir das letzte Mal entgegengehalten haben, als ob die Altschulden, nämlich Auslandsschulden, Umstellungsausgleichsforderungen im Zusammenhang mit der Währungsreform, in Höhe von etwa 14 Milliarden hier herangezogen werden könnten. Die erste Bundesregierung und die auf sie folgenden Bundesregierungen haben an Neuschuldenaufnahme von 1949 bis 1969 31 Milliarden DM auf sich genommen — in zwei Jahrzehnten, und das machen Sie in zwei Jahren!

Auf der Grundlage der beschlossenen Programme und Gesetze werden die Defizite ab 1976 noch höher. Auch eine Konjunkturbelebung ändert daran nichts. Das Berliner Institut DIW sagt in seinem Wochenbericht vom 6. März: „Die öffentlichen Ausgaben und Einnahmen klaffen gegenwärtig so weit auseinander, daß die Lücke sich weder im Gefolge einer günstigen konjunkturellen Entwicklung noch durch sparsame Haushaltsführung schließen wird." Da haben wir doch das Recht, zu fragen: Was machen Sie denn dann, um mit diesem Problem fertig zu werden?

Steuern und Inflation

Der Grund liegt doch nicht in der sogenannten Steuerreform mit dem behaupteten, mittlerweile fragwürdig gewordenen Ausfall von 14 Milliarden DM. Das ist doch nur eine Teilerstattung dessen, was durch inflationär bedingte Entwicklung der Lohnsteuer vorher kassiert und gleich ausgegeben worden ist. Sie liegt im inflationären Anstieg der Staatsausgaben und ihrem Anteil am Sozialprodukt seit 1969, verstärkt seit der Übernahme des Finanzministeriums durch Herrn Schmidt. Im Jahr 1969 nahm der Staat — Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherung — von jeder in der Volkswirtschaft verdienten Mark 37 Pfennig in Anspruch. Als Herr Schmidt in die Rheindorfer Straße zog — nach Schiller —, waren es 39 Pfennig. 1974 waren es 43 Pfennig, und 1975 werden es voraussichtlich schon 45 Pfennig sein — genausoviel wie im ersten Entwurf des SPD-Langzeitprogramms unter Vorsitz des heutigen Bundeskanzlers als langfristiges Ziel erst für 1985 angestrebt worden ist. Hier zeichnet sich doch eine Entwicklung ab, Herr Bundeskanzler, bei der man eine Klärung der Ansichten und eine Klärung der Fronten auch auf dem Wege der klaren Gegenüberstellung, verlangen muß. Wollen wir auf diesem Wege fortfahren und den Privatspielraum des verfügbaren Einkommens immer stärker einschränken und die Staatsquote immer stärker ausdehnen? Das ist doch eine Weichenstellung, über die man nicht durch Zahlentricks oder verbale Schauspiele hinwegkommen kann.

Staatsverschuldung

„Die Welt" schreibt, unter dem Motto, alles werde besser, schöner, größer, würden die Folgen von Versprechungen verdrängt und verharmlost. Aus dem Regierungslager, schreibt Herr Gillies, stammt das Gleichnis vom Fensterputzer, der aus dem 87. Stockwerk eines Wolkenkratzers abstürzte, weil er Warnungen mißachtete und sich nicht anschnallte. Als er an der dritten Etage vorbeiflog, murmelte er: Was die Meckerer da oben nur wollen, bisher ist noch alles gutgegangen! Schon 1975 stößt der Staat mit seinen Schulden an die Grenzen des kapitalmarktpolitisch und finanzpolitisch Vertretbaren und muß laufende Ausgaben mit der Geheimwaffe der 10 Milliarden DM aus dem Stabilitätskeller der Bundesbank finanzieren. Genau das Gegenteil haben Sie der Öffentlichkeit und diesem Hause versprochen.

Die eigentlichen Probleme kommen aber erst nach 1975. Allein beim Bund ist ein Defizit von über 30 Milliarden DM zu erwarten. Würde dieses Defizit voll mit Schuldenaufnahmen finanziert, so wäre das durch das Grundgesetz verboten. Der Bund würde in einem Jahr dann genausoviel Schulden aufnehmen wie in den 20 Jahren von 1949 bis 1969. Dazu brauchte Herr Apel in den beiden letzten Jahren noch zwei Jahre; im Jahr 1976 schafft er es in einem Jahr. Glauben Sie wirklich, Sie könnten die Schuldenlawine einfach so vor sich herschieben, Jahr für Jahr größer werden lassen, allen Dementis zum Trotz? Sie finden doch keinen wirklichen, seriösen Experten, der den von Ihnen verschuldeten Zwang zur Notwendigkeit einschneidender Belastungen der Bürger ab 1976 leugnen würde. Ich brauche mich hier nur auf den gleichen Bericht des Berliner Institutes zu berufen. Aber selbst Herr Apel hat mehrfach zugegeben, daß für den von der Regierung noch im letzten Jahr beschlossenen Finanzplan für die Jahre bis 1978 das Geld nicht da ist. So in dem Interview „Journalisten fragen — Politiker antworten". Und er hat Steuererhöhungen nicht ausgeschlossen. Er hat verharmlosend gemeint, in erster Linie seien es Ausgabenkürzungen. Jetzt haben wir aus dem Bundesrat von ihm gehört: „Sparen, sparen, sparen!" Oh, welch eine konservative, reaktionäre Einstellung! Früher hätte man sie beinahe als Anfall einer faschistoiden Rückständigkeit bei den anderen Parteien bezeichnet. Im Vorwort zum Finanzplan schrieb Herr Apel wörtlich — im Finanzplan! —, daß die Ausgaben schon auf das Wesentliche und Notwendige beschränkt seien, ohne dabei Leistungsansprüche einzuschränken, die den Bürgern gesetzlich zugesichert sind. Wenn er einerseits sagt, das Geld für die Erfüllung des Finanzplans sei gar nicht vorhanden, und andererseits kurz vorher gesagt hat, der Finanzplan streiche schon alle Ausgaben auf das unumgänglich Notwendige und Lebenswichtige zusammen — wie sollen denn diese beiden Angaben für jemanden, der noch zu denken vermag und über das normale Einmaleins verfügt, in einen sinnvollen Zusammenhang gebracht werden können?

Der Regierungssprecher sagte im Deutschlandfunk am letzten Sonntag: „Harte politische Entscheidungen stehen als Folge der Finanzlage bevor." Herr Apel hatte in der „Welt am Sonntag", vorletzte Ausgabe, zu der Frage, ob es Steuererhöhungen gibt, nicht Stellung nehmen wollen. Genauso hat er sich gedrückt, als er dem „Münchner Merkur" Auskunft auf dieselbe Frage geben sollte. Wenn das Vertrauen wiederhergestellt werden soll, muß die Regierung die Wahrheit über die wirkliche Finanzlage und ihre Entwicklung in schonungsloser Offenheit darlegen. Das ist die erste Voraussetzung zur Behebung der Vertrauenskrise und zu einer verantwortlichen Zusammenarbeit aller in diesem Hause vertretenen politischen Parteien, um dieser Krise Herr zu werden.

Wenn Politiker des zweites Gliedes wie Herr Haehser, Herr Porzner, Graf Lambsdorff sagen, es gebe im Jahre 1976 keine Steuererhöhungen, interessiert uns das nicht. Wir wollen von den Verantwortlichen der ersten Etage, von Herrn Schmidt und Herrn Apel, hören, was sie auf diesem Gebiete vorhaben und wie sie sich die Lösung dieses Problemes vorstellen. Sie wissen doch genausogut wie wir — aber Sie müssen es sagen, weil Sie die Mehrheit haben und Sie die verfassungsmäßige Verantwortung dafür tragen —, daß entweder Steuererhöhungen und bzw. oder einschneidende Abstriche an beschlossenen Leistungen oder dann nur eine Politik der permanenten Geldschöpfung mit trabender Inflation und unübersehbaren destruktiven Folgen für unser gesellschaftliches Gefüge die möglichen Alternativen sind. Das sollte doch hier einmal gesagt werden statt des verwirrenden Zahlenspiels mit verbalen Ausreden, wie wir sie seit Jahr und Tag nunmehr hören.

Explosive Kostensteigerung

Die Finanzlage der Sozialversicherung kann hier nur mit einem Wort erwähnt werden; es werden andere darüber sprechen. Aber unsere Forderung auf Klarheit in der finanziellen Entwicklung erstreckt sich sowohl auf die fiskalischen Instanzen in Bund, Ländern und Gemeinden wie auf die parafiskalischen der Sozialversicherungen. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wurde zuletzt am 1. Januar dieses Jahres erhöht. Das reicht doch bei weitem nicht aus. Der Bund muß mit 3 Milliarden DM zusätzlich einspringen. Es bleibt völlig offen, ob die 3 Milliarden DM ausreichen — nach Meinung des Bundesrechnungshofes offensichtlich nicht. Bei der Krankenversicherung steigen die Kosten und Beiträge explosionsartig an. Hier werden auf dem Wege natürlich der Selbstverwaltung die Beiträge jeweils durch Beschlüsse der örtlichen Gremien erhöht; dann braucht die Bundesregierung sich nicht mit diesem Problem zu befassen. Die Entlastung der Rentenversicherung und die Mehrbelastung der gesetzlichen Krankenversicherung führt aber am Ende mit der Erhöhung der Beiträge zu genau demselben Ergebnis. Darüber wird ein weiterer Redner von uns sich äußern.

Wie die Entwicklung bei der gesetzlichen Rentenversicherung ist, mag einer späteren Prüfung vorbehalten bleiben. Ich will hier nicht die Debatte zur Steuerreform, die bei der Erörterung des Jahreswirtschaftsberichts geführt worden ist, wiederholen. Wir sind keine Trittbrettfahrer; diese Reform überlassen wir Ihnen gerne. Wir legen nur Wert auf die Feststellung, daß wir die gleichmacherische Änderung des Systems in der Abzugsfähigkeit der Sonderausgaben verhindert haben und auch in Zukunft, wenn wir können, verhindern werden, weil das nur zu einer Mehrbelastung eines Großteils unserer fleißig arbeitenden Bürger und ihrer Ehefrauen führt. Ich habe von der Mehrbelastung der Wirtschaft durch die sogenannte Steuerreform bereits gesprochen. Diese Steuerreform ist aber ein Torso mit neuen Ungerechtigkeiten und Komplizierungen. Der neue Einkommensteuertarif hat doch gerade bei den unteren und mittleren Einkommen eine steilere Progression als der alte Tarif. Die Lohnsteuerzahler werden im Laufe des Jahres Milliarden D-Mark an Steuern mehr zahlen, die dann erst später zum Teil erstattet werden. Die Reform der Kraftfahrzeugsteuer ist begraben worden, die Reform der Körperschaftssteuer liegt auf Eis, die Vereinheitlichung der Sparförderung fand nicht statt, und Ihre Pläne zur Vermögensbildung sind allmählich nur mehr Gegenstand kabarettreifer Erörterungen in der Öffentlichkeit geworden. Die Opposition ist nicht bereit, für diese Bilanz die Verantwortung mit zu übernehmen, auch nicht als Trittbrettfahrer.

Eine Feststellung möchte ich treffen, Herr Bundeskanzler. Durch die früher erfolgten Anhebungen vieler Verbrauchssteuern im Werte von 8 Milliarden DM in einem Jahr, durch diese Art einer verkorksten und verplemperten Steuerreform, ferner durch die von Ihnen ja doch in Erwägung gezogene Erhöhung der Mehrwertsteuer in einer vorausschaubaren Zukunft nur zur Deckung Ihrer Defizite haben Sie den Spielraum für eine echte Steuerreform für eine nicht näher nennbare Zahl von Jahren verschwendet und verplempert. Das ist die traurige Bilanz; denn dieses Geld hätten wir gebraucht, um eine echte Steuerreform durchführen zu können. Es bleibt Ihnen doch der Spielraum dann einfach nicht mehr dafür.

Offenheit tut not

Schonungslose Offenheit in der Finanzpolitik heißt auch, daß sich der Bundeskanzler Schmidt von den Praktiken des Finanzministers Schmidt lossagt und seinem Nachfolger verbietet, was er selbst getan hat, nämlich in Nacht-und-Nebel-Aktionen am Parlament vorbei Milliardenbeträge an Steuergeldern auszugeben. Nach den Feststellungen des Rechnungshofes verstießen fast drei Viertel der ohne parlamentarische Genehmigung in Höhe von etwa 3 Milliarden DM weder im Haushalt noch in einem Nachtragshaushalt gemachten über- und außerplanmäßigen Ausgaben der Jahre 1972 und 1973 gegen Verfassung und Haushaltsrecht. Für dieses skandalöse Sich-Hinwegsetzen über die Grundrechte des Parlaments trägt der damalige Bundesfinanzminister Helmut Schmidt allein die volle Verantwortung. Er verfügte über die Steuergelder der Bürger, wie ein absoluter Monarch in Serenissimi Zeiten über die Staatskasse verfügt hat.

Wir haben in dem Zusammenhang Verfassungsklage erhoben. Angesichts dieses Tatbestandes allerdings, Herr Bundeskanzler, können wir in dieser Debatte über Ihre Ausführungen über das Rollenverständnis der Verfassungsrichter nicht hinweggehen; denn diese Ihre Aussagen sind schon wieder eine Art präventiver Einschüchterung, weil sie hier Grund haben, ein schlechtes Gewissen zu haben. Selbst die regierungsfreundliche Presse hat diese Ihre Ausführungen herb kritisiert. Ich will damit nicht das Recht zu sachlicher Kritik an Entscheidungen des Verfassungsgerichts in Frage stellen. Auch für uns gab es Urteile, die uns nicht paßten; man wäre ein Heuchler, wollte man das leugnen. Aber im Kern geht es bei Ihren Angriffen zum Rollenverständnis um die Frage, ob das Bundesverfassungsgericht dazu da sei, politische Entscheidungen der parlamentarischen Mehrheit zu ändern. Ja, das Verfassungsgericht ist, wenn wir eines behalten wollen, auch dafür da. Sonst brauchen wir nämlich keines. Das Verfassungsgericht hat auch das Recht, solche Entscheidungen aufzuheben und nicht nur etwa bei Gesetzen zweitklassiger Bedeutung, wie dem Eisenbahnwegekreuzungsgesetz, die Verfassungsmäßigkeit der Zuständigkeitsregelung zu prüfen.

Schutz für das Verfassungsgericht!

Wer so argumentiert, der spricht sich für die Abschaffung aus. Solange das Verfassungsgericht besteht, wird es ja nur mit den Gesetzen und Beschlüssen der jeweiligen parlamentarischen Mehrheit befaßt werden. Auch diese ist an die Artikel der Verfassung gebunden. Das muß durch ein unabhängiges Gericht kontrolliert werden. Was sollen schließlich Redensarten aus dem Munde der Propagandisten von SPD und FDP wie „Prozeßhansel" oder „Mißbrauch des Verfassungsgerichts"? Wenn ein zuständiges Verfassungsorgan oder eine nach dem Gesetz dafür zuständige Institution dieses Gericht in einer Frage, für die dieses Gericht kompetent ist, anruft, ist das doch ein zulässiges rechtsstaatliches Verfahren, das nicht mit solchen Ausdrücken in den Dunstkreis gar des Illegalen gezerrt werden darf.

Dasselbe gilt auch für Ihre damaligen Äußerungen, die Anrufung des Verfassungsgerichts zur Feststellung der Verfassungsmäßigkeit des Grundlagenvertrages sei ein Schaden für das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland gewesen. Diese Ihre Denkweise hat ja eine Vorgeschichte. Und in dem Zusammenhang haben wir hier ja auch die eigenartige Informationspolitik des Herrn Staatssekretärs Bölling erlebt — sicherlich auftragsgemäß —; denn zu der Behauptung der CDU-Abgeordneten Lenz und Vogel, Bundeskanzler Schmidt habe sich in die Reihe derer gestellt, die offen oder versteckt das Verfassungsgericht angreifen, und seine Bemerkungen über die Verfassungsgerichtsbarkeit könnten als Versuch mißverstanden werden, das Karlsruher Gericht unter Druck zu setzen, hat Bölling in der Fernsehsendung „Panorama" erklärt, hier handele es sich um eine mutwillige Verdrehung der Aussagen. Wer den Text der Äußerungen des Kanzlers liest, der merkt sofort, daß Herr Bölling hier zum Gegenstand seiner regierungsamtlichen Polemik Äußerungen des Kanzlers macht, die von Vogel und Lenz überhaupt nicht kritisiert worden sind, sich aber ausschweigt zu dem, was Gegenstand der Kritik der beiden CDU-Abgeordneten gewesen ist. Das kann man in anderen Kreisen machen, Herr Bölling, in denen Sie früher verkehrt haben, als Sie das Amerika-Bild in Deutschland in eigenartiger Weise darstellten.

Ich könnte sehr wohl zur Glaubhaftmachung dessen, was Konfrontierung im Grundsätzlichen bedeutet, auch auf dem Sektor Bildungspolitik einiges beitragen; ich will es wegen der Kürze der Zeit hier unterlassen. Aber wenn in den nur geringfügig geänderten Rahmenrichtlinien beispielsweise in Nordrhein-Westfalen 1973 als Lehrziel für alle Klassen stand: Fähigkeit zum Widerstand gegen nicht akzeptierte Herrschaftsverhältnisse und gesellschaftliche Zwänge, Fähigkeit und Bereitschaft, eigene Gefühle, Widerstände und Bedürfnisse, die der Anpassung an gesellschaftliche Zwänge entgegenstehen, als Triebkräfte für politische Veränderungen einzusetzen, wenn dort steht: Kenntnis und Entwicklung von Innovationsverfahren oder Widerstandstechniken — dann ist das doch die Handreichung für die Radikalen, ist das ein Mißbrauch unserer Kinder, die für die Eltern und für sich da sind und nicht für die Gesellschaft und für den Staat.

Doppelstrategie

Lassen Sie mich am Ende meiner Ausführungen noch ganz wenige grundsätzliche Bemerkungen machen. Bei der Debatte über die innere Sicherheit haben wir ein merkwürdiges Spiel von Doppelstrategie erlebt. Zuerst sprach der Staatsmann Helmut Schmidt, und dann sprach der Parteivorsitzende Willy Brandt — mit schön verteilten Rollen und mit Zukunftsperspektiven, die wir sorgfältig verfolgen werden. Auch das ist eine Art Doppelstrategie. Der Parteivorsitzende der SPD hat von den gesellschaftlichen Problemen gesprochen, die man lösen müsse, wenn man dieser Gesellschaft ein festes Sicherheitsgefüge geben wolle. Die Politik der von SPD und FDP getragenen Bundesregierung hat dieser Gesellschaft nicht ein Mehr an Geborgenheit, nicht ein Mehr an Zukunftssicherheit, nicht ein Mehr an Vertrauenskraft gegeben, sondern ein Weniger. Sie hat nicht zuletzt bei den jungen Menschen eine seelische und materielle Zukunftsangst geschaffen.

Dieselben, die versprochen haben, bis zum Jahre 1975 den Numerus clausus überhaupt aufzuheben, müssen doch heute sehen, daß sie mit ihrer Propaganda, die höchsten Abiturientenzahlen seien ein Beweis für die höchste Bildungsqualität, für die höchste Qualität der Bildungspolitik eines Landes, mit der Propaganda, daß der eigentliche Mensch der Zukunft erst beim Abiturienten beginne, doch einen Stau vor den Toren unserer Hochschulen hervorgerufen haben.

Dieser Stau führt ja heute schon zu ganz gefährlichen Zuständen; denn wenn diese Menschen jahrelang keine Aussicht haben, den gewünschten Beruf zu ergreifen, dann werden sie sehr leicht nützliches Verbrauchsmaterial für die Entwicklungen, über die wir am letzten Donnerstag gesprochen haben. Noch mehr fürchte ich aber, daß nach dem Stau vor den Toren der Hochschulen der Stau vor den Toren der Berufswelt kommen wird.

Wir werden jedenfalls nicht aufhören, die Dinge im Lande beim richtigen Namen zu nennen. Wir werden nicht aufhören, Solidarität zu üben, wo Solidarität nicht zur verbalen Beschwichtigung und psychologischen Beschwörung, sondern mit dem Ernst zur wirklichen Lösung der Probleme und mit dem Mut zur Unpopularität in der Übernahme der Regierungsverantwortung gehandhabt wird. Eine funktionsfähige Opposition ist auch dann notwendig, wenn die Regierung nicht funktionsfähig ist. Das böse Wort von der Nichtregierbarkeit der Bundesrepublik durch die CDU/CSU ist doch nichts anderes als ein Ablenkungsmanöver von der Regierungsunfähigkeit der Regierungsparteien, vornehmlich der SPD. Künstliche Aufregung, heuchlerische Empörung, Verdrehung der Zusammenhänge, Verfälschung der Sinngehalte sind die Methoden derer, die mit den Sachproblemen nicht fertig werden und deshalb dauernd von uns auch in der grundsätzlichen Konfrontation gestellt werden müssen.

Nach dem Bundestagsprotokoll, durch die Redaktion leicht gekürzt.

STAATSVERSCHULDUNG

Verschleierter Staatsbankrott

Am Ende des ständig wachsenden Schuldenberges steht morgen der Hunger

HANS DIETER SCHOEN

Als Ursachen der beängstigend beschleunigten Zerrüttung der Staatsfinanzen offenbarte die Bundestagsdebatte zum Bundeshaushalt 1975 die fachliche Unfähigkeit der Regierenden, ihre dogmatische Verblendung und eine als „eng geknüpftes soziales Sicherheitsnetz" vorgetäuschte fortschreitende Sozialisierung — dies zu Lasten der ökonomischen und sozialen Sicherheit der Mehrzahl der kleinen Leute, zu Lasten kommender Generationen, zu Lasten der Wirtschaftskraft und der Substanz an Wasser, Energie, Rohstoffen und Umwelt. Wie bei vielen früheren Gelegenheiten wollten die Verantwortlichen in ihren Entgegnungen nichts von Zahlen und Sachargumenten wissen, übten sich statt dessen in Diffamierungen, Selbstbelobigungen und hohlen Sprüchen über das „Wohlergehen" hierzulande.

Anzeige

topfit und braungesund mit HÖHENSONNE®
oder einem
SOLARIUM
ORIGINAL HANAU
Kostenlose Informationen durch: ORIGINAL HANAU QUARZLAMPEN GMBH · 645 Hanau, Höhensonnestraße

In der Tat haben die Sozialliberalen mit dem Hinweis auf die Wohlstandssituation nicht unrecht — aber damit bestärken sie geradezu die Opposition und deren Warnung vor dem sich ständig beschleunigenden Fall in den ökonomischen und politischen Abgrund: Die sozialeuphorisch herbeigeführte Wohlstandsexplosion ist doch der Grund für den Substanzverzehr, für den „verschleierten Staatsbankrott", der sich gemäß Definition im „Handwörterbuch der Sozialwissenschaften" regelmäßig „mit den Mitteln der Geldverschlechterung vollzieht".

Aus dem verschleierten Staatsbankrott leitet sich eine in den kommenden Jahren zunehmende Investitionsschwäche der privaten Wirtschaft ab, weitere Geldentwertung, und als Folge beider die Arbeitsplätze zerstörende Erscheinung langfristig anschwellender Arbeitslosigkeit und damit einhergehender politischer Unruhen. Oppositionssprecher Franz Josef Strauß hat diese Zusammenhänge in den an den Anfang der Debatte gestellten grundsätzlichen Unions-Ausführungen nicht zum erstenmal vorgetragen — aber weder Logik noch Augenschein der eingetretenen Entwicklungen, vor denen er seit Jahren warnte, scheinen der Regierung bewußt geworden zu sein. Vielmehr sucht sie einerseits die Erklärung für die in immer kürzeren Zeiträumen zu beobachtende Verdoppelung von Verschuldung und Arbeitslosigkeit in Vorgängen, die außerhalb ihrer eigenen Verantwortung und Kompetenz liegen, andererseits bagatellisiert sie obendrein den jeweils erreichten Stand des Substanzverzehrs und „verschleierten Bankrotts". In Relativierung deutscher Wirtschaftssituation gegenüber dem Ausland meint sie sich gar selbst einen Lorbeer für den Erfolg der Verlangsamung des Absturzes flechten zu dürfen.

Gewiß, das Ausland erlebt (wenn auch aus unterschiedlichen Gründen) noch mehr Inflation als wir hier; denn der Sozialismus ist in England, Italien, Norwegen, Dänemark, Frankreich und Schweden schon viel weiter fortgeschritten als hierzulande, und dies teilweise sogar unter Mitverantwortung sogenannter „konservativer" Parteien. Solch westlicher Sozialismus findet Ausdruck in der Übertragung immer weiterer Bereiche der Daseinsvorsorge auf den Staat, in der ausschließenden Sozialdarbietung per Nulltarif und in der entsprechenden finanziellen Inpflichtnahme der Steuerzahler nach „sozialen" Gesichtspunkten.

Die Bonner Regierungskoalition ließ zu keinem Augenblick der dreitägigen Debatte die Einsicht erkennen, daß in dem von ihr selbst geschaffenen „sozialen Paradies" die wirtschaftliche Selbstzerstörung systembedingt eingebaut ist, daß viele der perfektionierten und umfassende staatliche Vorsorge gewährenden Sozialgesetze die Ansprüche über die Leistungen hinaus steigern und heute Ausdruck in der seit drei Jahren zu beobachtenden jährlichen Verdoppelung der Verschuldungsraten, morgen in der Verarmung der Bevölkerung finden. Franz Josef Strauß wies in seiner Grundsatzrede auf diese Verdoppelung der Verschuldungsraten auf 16 Milliarden DM 1973, auf 30 Milliarden DM 1974 und rund 60 Milliarden DM 1975 hin. Und bis 1978/80 steht günstigenfalls „nur" eine Jahresverschuldung des Staats von 90 Milliarden DM in Aussicht.

Allenfalls eine weit über die von der Bundesbank für 1975 begrenzte 8prozentige Geldmengenausweitung hinausgehende Inflation oder eine entsprechend inflationär wirkende Auslandsverschuldung des Staates könnte die nominale Abdeckung solcher Defizite ermöglichen — und so den freien Fall beschleunigen. Das aber würde in Kürze den Kapitalmarktzins erneut hochtreiben und die Inflation wieder in Schwung bringen. Wenn statt der 60 Milliarden DM Staatsverschuldung für Konsum- und Sozialzwecke im Bereich der gewerblichen Wirtschaft nur für 30 Milliarden DM strukturell notwendige Investitionen vorgenommen werden könnten, würde sich daraus ein zusätzliches reales Sozialprodukt von 75 Milliarden DM (in Preisen von 1962) bis 1978 ergeben. Nur so könnte im Durchschnitt der Jahre 1974 bis 1978 das zur Sicherung der vielfältigen sozialen Perspektivpläne erforderliche 4-prozentige Wachstum erzielt werden. Die Inanspruchnahme der für Investitionen benötigten Mittel durch den Staat zur Abdeckung von Konsum-Defiziten drückt das Durchschnitts-Wachstum auf günstigstenfalls 2 Prozent herab, was allerdings bei Null-Wachstum 1974 und 1975 bereits für die Jahre 1976 bis 1978 ein sehr kräftiges Wachstum voraussetzen müßte, wofür infolge der sozialen Strukturkrise alle Voraussetzungen fehlen.

„Offenbarungseide in Miniraten"

Finanzminister Apel aber relativiert die Schuldenlast, indem er sie ins Verhältnis zum Sozialprodukt setzt und so den deutschen Staat als geringer verschuldet ausweist als alle anderen westlichen Länder mit Ausnahme von Dänemark und Frankreich. Er läßt unerwähnt, daß es für die strukturelle und konjunkturelle Entwicklung auf die Geschwindigkeit der Verschuldung und nicht auf ihren absoluten Umfang, der sich schließlich bei anderen Ländern aus teilweise 50jährigen Entwicklungen herleitet, und daß es außerdem auf den Verwendungszweck der Verschuldung ankommt: Wer sich zum Ausbau von Infrastruktur und Produktion verschuldet, kann morgen ernten. Wer dagegen — wie wir — Schulden für Sozial- und Personalzahlungen aufnimmt, muß morgen hungern. Minister Apel aber vermag nicht einzusehen, daß an seiner Finanzpolitik etwas faul ist.

Die Aufforderung des Oppositionssprechers Franz Josef Strauß zu sagen, ob es 1976 oder danach höhere Mehrwertsteuern gibt und wenn nein, wie dann die riesigen Defizite beseitigt werden sollen, ließ Apel völlig kalt. Strauß verurteilte die „Offenbarungseide in Miniraten": Die Regierung solle den Mut aufbringen, die Gründe für Arbeitslosigkeit, Inflation und ramponierte Staatsfinanzen zu nennen. Sie solle davon ablassen, die Gefahren für die Arbeitsplätze zu verharmlosen, falsche Versprechungen zu gewähren und in regelmäßigen Abständen ihr Eingreifen in Aussicht zu stellen, wie wenn nicht kontinuierliche Verantwortung für das Ganze bei Kanzler und Finanzminister höchstpersönlich liegen. Strauß bekam aber weder von Schmidt oder Apel noch von einem der ins Gefecht geschickten Abgeordneten der Koalition eine klare Aussage darüber zu hören, ob die Regierung zur Lösung des Problems den Weg der Steuererhöhungen, einschneidender Abstriche an öffentlichen Leistungen oder der permanenten inflationären Geldschöpfung gehen wolle.

So bleibt alles beim alten: die Regierung beschränkt sich wieder einmal darauf, durch den haushaltspolitischen Sprecher der FDP, Victor Kirst, dem Oppositionsredner „Angstmacherei, Hysterie und Propheti des Finanzchaos" vorwerfen zu lassen. Die „Inflationsschuldlüge entspreche der Dolchstoß-Legende von Weimar", glaubte sich Kirst leisten zu können.

Jawohl — die Republik von Weimar nahm ein schlimmes Ende, und im Nachhinein ist für den betroffenen kleinen Mann, ist für die Millionen Menschen, die Kinder und Partner betrauern, die Schuldzumessung nicht mehr wichtig. Auch damals wurde vertuscht, und nun wieder, auch wenn gerade von der FDP das „Versprechen der Bundesregierung" wahlwerbewirksam beschworen wird, keine Steuererhöhungen vor 1977 vorzunehmen. Die Wirtschaftsforschungsinstitute ebenso wie Franz Josef Strauß halten Steuererhöhungen spätestens 1976 für unerläßlich. Auch der Regierung wird nichts anderes übrig bleiben. Aber noch schweigt sie.

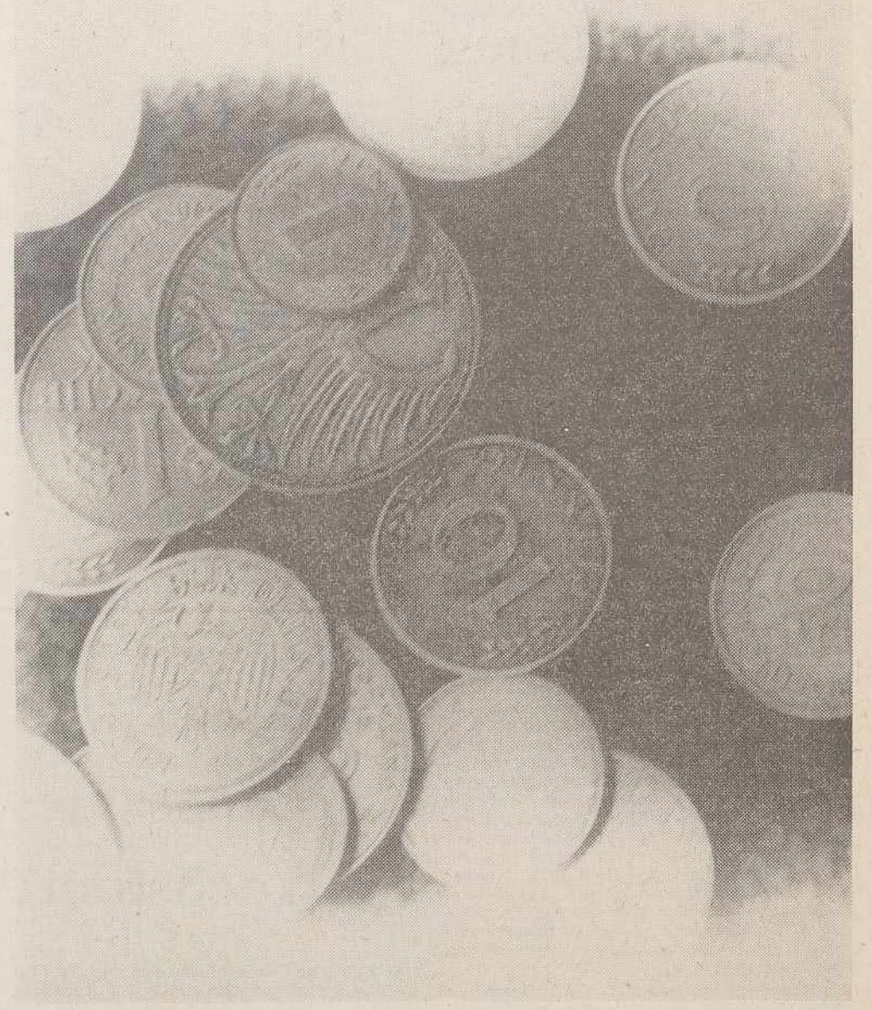


Bild: Hubs Flöter

Geldwert, der schmilzt wie Schnee an der Sonne . . .

SCHWERPUNKTORTE

Es geht um Ausbau der Wirtschaftsstruktur

110 bayerische Gemeinden werden gefördert

„Das Ergebnis ist ein Erfolg." Staatsminister Anton Jaumann traf am Freitag der Vorwoche diese Feststellung sichtbar erleichtert. Am Tag zuvor hatte er „in härtesten Verhandlungen" mit der Bundesregierung den bayerischen Erfolg gesichert. Nichts geringeres stand auf dem Spiel, als eine empfindliche Schrumpfung bei der Zahl der Schwerpunktorte in Bayern. Die Bundesregierung wollte 29 solcher bayerischer Orte streichen und somit die Zahl von 114 auf 85 reduzieren. Jaumann gelang es, im wahrsten Sinn des Wortes 25 Orte zu retten, vier Orte werden allerdings auf den bisherigen Status verzichten müssen. „Es war wohl klüger, einen Finger herzugeben und dafür die Hand zu retten", meinte Jaumann.

Die Szenerie dieses Ringens zwischen Bayern und dem Bund gab eine Sitzung des Planungsausschusses der Gemeinschaftsausgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" ab. Der Repräsentant der bayerischen Staatsregierung verteidigte seinen Standpunkt deshalb so energisch, weil die Anerkennung als Schwerpunktort Bedeutsames ermöglicht, nämlich einen Zuschuß aus öffentlichen Mitteln, wenn sich an dem Ort ein Industriebetrieb ansiedelt. Es ist also gelungen, für 110 bayerische Orte diese Vergünstigung zu erhalten. Die vier ausscheidenden Orte stehen noch nicht fest. Im bayerischen Wirtschaftsministerium will man nach verschiedenen Gesichtspunkten sorgfältig prüfen, wem das Prädikat aberkannt werden soll, Schwerpunktort der Gemeinschaftsaufgabe zu sein. Jaumann will den betroffenen Orten aus den bayerischen Landesprogrammen möglichst einen vollen Ausgleich der wegfallenden Förderung geben. Außerdem besteht die Möglichkeit, die Orte in zwei Jahren wieder in den Kreis der Schwerpunktorte aufzunehmen.

Die bayerische Staatsregierung wehrte sich nicht zuletzt deshalb gegen eine Massenstreichung von Schwerpunktorten in Bayern, weil nämlich nahezu die gleiche Zahl neuer Schwerpunktorte in anderen Bundesländern entstanden wäre, zum Nachteil der bayerischen Strukturpolitik. „Die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur ist ein Manipulierungs-Instrument zur Bevorzugung bestimmter Gebiete in der Bundesrepublik geworden", kritisierte Jaumann. Er bedauerte, daß nach den Vorstellungen der Bundesregierung immer mehr dichtbesiedelte Räume Schwerpunktorte erhalten, wie zum Beispiel das nördliche Ruhrgebiet. Bei Industrieansiedlungen erwächst somit den förderungswürdigen bayerischen Orten eine ganz erhebliche Konkurrenz. Paradoxerweise erhalten Firmen, die sich inmitten des Ruhrgebietes an einem Schwerpunktort ansiedeln mindestens einen gleich hohen, oftmals sogar einen höheren Zuschuß aus öffentlichen Mitteln.

Der Prozentsatz, der an öffentlicher Subvention für ein gewerbliches Vorhaben bereitgestellt werden kann, reicht von 15 über 20 bis zu 25 Prozent der Investitionssumme. In Bayern haben zum Beispiel die Schwerpunktorte Viechtach, Kronach oder Neunburg vorm Wald den Höchstsatz von 25 Prozent. Hilpoltstein, Amberg/Sulzbach-Rosenberg oder Kaufbeuren kommen auf 20 Prozent. „Leider hat der Planungsausschuß dem bayerischen Antrag nicht zugestimmt, die Förderungshöchstsätze in Schwerpunktorten des Zonenrandgebietes von bisher 15 auf 20 Prozent anzuheben. „Eine solche Erhöhung wäre aber notwendig, um der besonderen wirtschaftlichen Schwäche dieses Gebietes entgegenzuwirken.

Ringen um Zonenrandgebiete

In der Sitzung des Planungsausschusses prallten die Meinungen hart aufeinander, als es um die Aufstellung des vierten Rahmenplanes der Gemeinschaftsaufgabe ging, der nun zwei Jahre Gültigkeit haben wird. Als einziges Bundesland sprach sich Bayern gegen diesen Rahmenplan aus, wobei Jaumann das bayerische Mißfallen kundtat, daß die Fördergebietsfläche entgegen den langjährigen Bemühungen der Staatsregierung in der Bundesrepublik nicht reduziert werde, was eindeutig zu Lasten der schwach strukturierten Gebiete in Bayern gehe. „Die Gemeinschaftsaufgabe wird zu einem immer stumpferen Instrument."

Für dieses Jahr stehen in Bayern aus den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe 134 Millionen DM zur Verfügung, in die sich der Bund und der Freistaat teilen. Im Vergleich dazu: Bayerns eigene Förderungsprogramme haben in diesem Jahr ein Volumen von fast einer Milliarde Mark.

BERT GENDHER

Alles, was wir brauchen, um gesund zu bleiben, hat uns die Natur reichlich geschenkt.

Warum vergessen wir das nur so oft?

Kneipp-Badeöle
Kneipp-Badesalze
Kneipp-Körperpflegemittel
Kneipp-Kräutertees
Kneipp-Pflanzensäfte
Kneipp-Gesundheitsmittel
Kneipp-Fruchtkurgetränke

Alles Wissenswerte über die Kneipp-Naturheilmittel, über ihre Anwendung zu Hause und über ihre Wirkungen auf die Gesundheit und das Wohlbefinden ist in zwei kleinen Büchern zusammengefaßt.

„Kneipp – Der Weg zur Gesundheit", das Taschenbuch der Kneipp-Naturarzneien (95 Seiten), erhalten Sie gegen Einsendung von DM 2,20 in Briefmarken und „Mit Kneipp – Gesundheit im Hause", das Taschenbuch der häuslichen Kneipp-Behandlung (127 Seiten), bei Einsendung von DM 4,20 in Briefmarken vom Kneipp-Wörisana-Haus, 8939 Bad Wörishofen.

Kneipp-Wörisana-Haus
8939 Bad Wörishofen

Kneipp

Bitte schicken Sie mir das Taschenbuch

☐ „Kneipp – Der Weg zur Gesundheit", DM 2,20

☐ „Mit Kneipp – Gesundheit im Hause", DM 4,20 (bitte ankreuzen)

Name _____

PLZ/Ort _____

Straße _____

Kneipp-Heilmittel-Werk Würzburg und Bad Wörishofen

HANDWERK IM GRENZLAND

Unterstützung wäre nötig

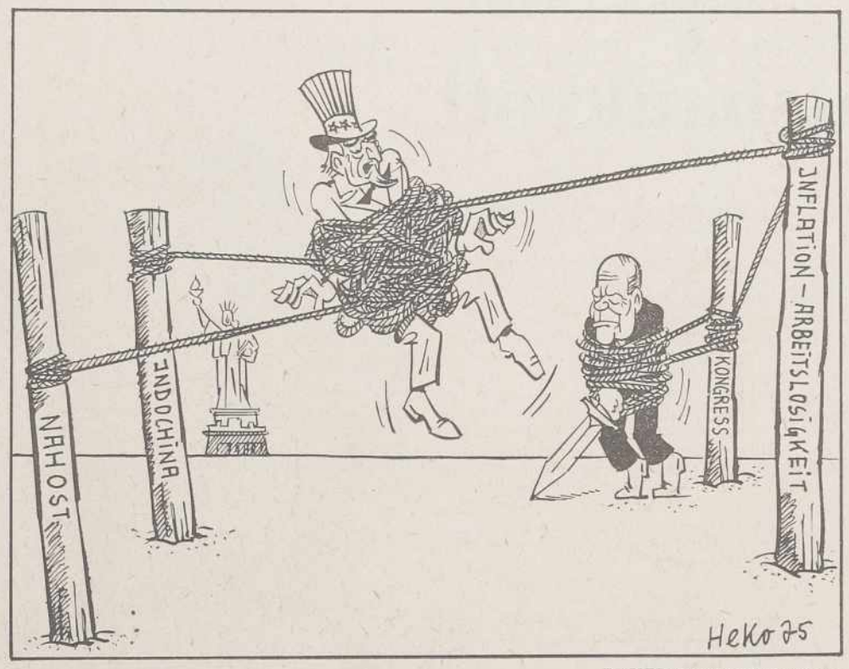
An Aktivität mangelt es dem Handwerk im bayerischen Grenzland sicherlich nicht. So zeigten auch auf der Handwerksmesse München 125 seiner Betriebe Arbeiten des gestaltenden Handwerks und gaben Beispiele kunsthandwerklichen Schaffens, wie Zinn-, Keramik- und Korbflechtarbeiten, handgewebte Stoffe, Wachs- und Emaillearbeiten, Holzschnitzereien, ebenso wie Musikinstrumente, Drechsler-, Gold- und Silberschmiede-, Kunstschmiede- und Malerarbeiten und Erzeugnisse des glasveredelnden Handwerks.

Das höchst anerkennenswerte Bemühen um werbende Repräsentation geht parallel mit der ernsten Besorgnis über die Lage des Handwerks in den strukturschwachen Gebieten, die die Grenzlandhandwerkskammern Bayreuth, Coburg, Niederbayern, Oberpfalz und Würzburg hegen. Nach Ansicht der Kammern ist es zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Stabilisierung der Wirtschaft in den strukturschwachen Gebieten dringend erforderlich, flankierend zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung im Rahmen der regionalen Strukturpolitik ein Paket von Konjunkturstützungsmaßnahmen zu verabschieden. In einem 8-Punkte-Programm fordern sie u. a. die Gewährung steuerfreier Investitionsrücklagen und die Einführung eines steuerlichen Verlustrücktrages. Als besonders vordringlich wird die unverzügliche Vergabe öffentlicher und öffentlich geförderter Bauvorhaben bezeichnet, um Verzögerungen bei der Frühjahrsbausaison zu vermeiden. Im Bereich der überregionalen Infrastruktur sollte der Konjunktureinbruch Anlaß sein, Sondermittel für den Bau der für die wirtschaftliche Entwicklung der strukturschwachen Gebiete lebenswichtigen Autobahnen bereitzustellen.

Die Kammern betonen, daß die Auftragslage weiterhin rückläufig ist. Der Preisanstieg bei den Hauptrohstoffen hält an. Es ist jedoch kaum mehr möglich, die Preise für handwerkliche Produktion und Leistung den steigenden Material- und Lohnkosten anzupassen. Besonders deutlich zeigt sich der starke Konjunktureinbruch im Bereich des Arbeitsmarktes. Die Zahl der Arbeitslosen betrug Ende Februar im Bereich der Grenzlandhandwerkskammern 129 538, die Zahl der Kurzarbeiter 94 983. Die Arbeitslosenquoten liegen in Teilgebieten über 18 Prozent. Das ist gegenüber dem Vorjahr bei den Arbeitslosen eine Steigerung um 55,4 Prozent, bei den Kurzarbeitern um 188,6 Prozent. r.

MdL Röhrl vor dem Drogistentag

Wilhelm Röhrl, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Bayerischen Landtag, sprach auf dem Bayerischen Drogistentag 1975 in Bad Reichenhall zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen und bezeichnete den Drogistenberuf als den Prototyp einer mittelständischen Branche: In den insgesamt 1100 Drogeriebetrieben in Bayern sind in der ganz überwiegenden Zahl die Inhaber selbst tätig, dazu kommen als Mitarbeiter 900 Familienangehörige; diesen 2000 Inhabern und Angehörigen steht die gleiche Zahl weiterer Beschäftigter — 1500 Angestellte und 500 Auszubildende — gegenüber. Der jährliche Durchschnittsumsatz der bayerischen Drogerien beträgt etwa 250 000 DM, eine Umsatzgröße, die in dieser Branche kostenmäßig den Inhaber selbst, einen mitarbeitenden Angehörigen und gegebenenfalls noch einen weiteren Mitarbeiter trägt. In der bayerischen Politik sei es immer, so Röhrl, als eine der vordringlichsten Aufgaben angesehen worden, die Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit solcher kleiner Unternehmen zu erhalten und zu stärken. Ein Meilenstein auf diesem Weg sei das Gesetz zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie der freien Berufe — kurz Mittelstandsförderungsgesetz —, das der Landtag im Herbst des vergangenen Jahres beschlossen hat. Bayern habe damit als erstes Land der Bundesrepublik ein solches Gesetz bekommen.



BAYERNKURIER/Kolfhaus

Gordischer Knoten — ohne Lösungsmöglichkeit

ELEKTROINDUSTRIE

Langsames Wachstum?

Die deutsche Elektroindustrie rechnet bei weiterem Rückgang im ersten und Belebung des Inlandsgeschäftes im zweiten Halbjahr mit einem verlangsamten Wachstum. Die drittgrößte deutsche Industriebranche vertraut darauf, daß das Auslandsgeschäft im Jahresablauf sich nicht wesentlich schlechter entwickelt. Die Belebung im zweiten Halbjahr muß laut Dr. Lehmann, Vorsitzender des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI) aber schon beachtlich sein, um die negative Entwicklung des ersten Halbjahres in eine für das gesamte Jahr 1975 sich auswirkende Produktionssteigerung zu verändern. Solle bei einem angenommenen realen Absinken der Produktion um fünf Prozent im ersten Halbjahr eine reale Produktionssteigerung von etwa drei Prozent für das ganze Jahr erreicht werden, müsse in der zweiten Jahreshälfte schon ein realer Produktionszuwachs von acht Prozent eintreten. Dazu sei wiederum nötig, daß es bei den Auftragseingängen „sehr bald zu erkennbaren Belebungstendenzen auf breiter Front" komme. Zur Zeit gehe jedoch von der Rezession im Ausland eine „beträchtliche Unsicherheit" aus.

Da das zweite Halbjahr 1974 einen sehr starken Abwärtstrend gezeigt hatte, hält man die erwähnten Zuwachsraten für durchaus erreichbar. Das könnte dazu führen, daß — nach dem Erfahrungssatz der vergangenen Jahre — wieder ein Produktionszuwachs von etwa zwei Prozent über dem gesamten industriellen Durchschnitt erreicht werden kann. In den letzten drei Monaten November bis Januar ging der Auftragseingang real noch um rund neun und der Umsatz um etwa fünf Prozent zurück. Im Ordereingang verteilt sich der Rückgang gleichmäßig auf die Inlands- und Auslandsnachfrage, beim Umsatz ist der Rückgang im Export etwas geringer als im Inlandsgeschäft. Die Produktion war im Dezember real um fast 14 Prozent niedriger als vor einem Jahr und wies damit „die höchste Rückgangsrate der Nachkriegszeit" auf.

Die Zahlen 1974 ergeben für die Elektroindustrie: 76,5 Milliarden DM Umsatz (nominal plus 9,4 Prozent); Ausfuhr 24,6 Milliarden DM (plus 22,5 Prozent); Einfuhr 11,8 Milliarden DM (plus 15 Prozent); Beschäftigte im Jahresdurchschnitt 1,11 Millionen (unverändert); Ende Dezember war die Zahl der Beschäftigten jedoch 4,5 Prozent niedriger als vor einem Jahr, ohne die 168 000 Kurzarbeiter. Die Löhne und Gehälter stiegen um 13,3 Prozent, die Erzeugerpreise um 7,3 Prozent. Für 1975 hofft die Branche auf einen geringeren Ertragsdruck, wobei die Entlastung vor allem von der Rohstoffseite her erwartet wird.

Investiert hatte die Elektroindustrie letztes Jahr etwa 3,5 Milliarden DM, was einem nominalen Anstieg von sechs Prozent entspricht, real aber einen Rückgang von ein bis zwei Prozent bedeutet. Die Planungen aus dem Herbst für das Jahr 1975 lassen keine Steigerung der Investitionen erwarten, was einem realen Minus von etwa sechs Prozent entspräche. r.

BAYERISCHE VEREINSBANK

Günstige Bilanz

Die Bilanzsumme der Bayerischen Vereinsbank, München, ist im Geschäftsjahr 1974 um 1,7 Milliarden DM (plus 7,3 Prozent) auf 25,5 Milliarden DM gestiegen. Die Volumensausdehnung war insgesamt geringer als im Vorjahr (damals plus 3,3 Milliarden DM oder 15,8 Prozent), weil im Bankgeschäft 1974 die Verbesserung der Passivstruktur den Vorrang hatte. Dagegen ergab sich im Hypothekenbankgeschäft eine höhere Zuwachsrate als 1973. Vom Gesamtvolumen entfallen nunmehr genau zwei Drittel auf das Kreditbank- und ein Drittel auf das Hypothekenbankgeschäft.

Die Kreditnachfrage im Bankgeschäft war infolge der Konjunkturabkühlung und des nur zögernd nachgebenden Hochzinsniveaus gering. Die Kundenforderungen lagen Ende 1974 mit 8,9 Milliarden DM kaum höher als zum Jahresbeginn. Dabei gingen die kurz- und mittelfristigen Kredite um 230 Millionen DM (minus 4,0 Prozent) auf 5,5 Milliarden DM zurück, während die langfristigen Forderungen um 287 Millionen DM oder 9,4 Prozent auf 3,3 Milliarden DM zunahmen. Im Hypothekenbankgeschäft bestand eine größere Finanzierungsnachfrage. Die insgesamt neu bewilligten Hypotheken- und Kommunaldarlehen übertrafen mit 1,39 Milliarden DM das Vorjahresergebnis um ein Drittel. Der Hauptversammlung am 30. April wird eine Dividende in Höhe von 18 Prozent vorgeschlagen. r.

KOHLENFRACHTHILFE

Ausgleich für Kürzungen

Unrecht soll wieder gutgemacht werden. Die bayerische Staatsregierung hat das Bundeswirtschaftsministerium aufgefordert, die Kohlenfrachthilfe für das Zonenrandgebiet zu erhöhen, um damit die Wettbewerbsfähigkeit der Grenzlandwirtschaft zu stärken. Die angestrebte Erhöhung soll bewirken, daß die in den letzten Jahren vorgenommene Kürzung der Kohlenfrachthilfe wieder rückgängig gemacht wird. Die Staatsregierung strebt deshalb eine Anhebung der Fördersätze auf den Stand des Jahres 1970 an. Das erfordert Mehrkosten von insgesamt etwa 3 Millionen DM, wovon auf Bayern 1,5 Millionen DM entfallen. Die Landesmittel stehen bereit, „so daß diese notwendige Unterstützung für das bayerische Grenzland ausschließlich noch von der Zustimmung des Bundeswirtschaftsministeriums abhängt", heißt es in einem Brief nach Bonn.

Folgenschwerer Irrtum

Seit der Einführung dieser Frachthilfe im Jahr 1955 wurden die Fördersätze insgesamt um 56 Prozent gekürzt. Zuletzt erfolgte am 1. Januar 1971 eine Reduzierung um durchschnittlich 34 Prozent. Das hatte eine Minderung der Frachthilfezuschüsse um jährlich rund 4,7 Millionen DM zur Folge. Ausgegangen war man davon, daß sich das Strompreisgefälle zugunsten des bayerischen Zonenrandgebietes vermindert hatte. Das stellte sich freilich als Irrtum heraus. Vielmehr sind die Strompreise im bayerischen Zonenrandgebiet die höchsten nicht nur in Bayern, sondern auch im Bundesgebiet.

Ausdrücklich vermerkt das bayerische Wirtschaftsministerium, daß die zusätzlichen Kostenbelastungen für die Wirtschaft im Zonenrandgebiet unverändert fortbestehen, die sich als Folge der Teilung Deutschlands ergeben haben. Die Einschränkungen der Kohlenfrachthilfe beeinträchtigten also die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft im Zonenrandgebiet. Dazu schreibt das bayerische Wirtschaftsministerium: „Die beabsichtigte Anhebung der Fördersätze der erweiterten Kohlenfrachthilfe auf den Stand des Jahres 1970 bewirkt einen wenigstens teilweisen Ausgleich der bisher durchgeführten Kürzungen." Nicht zuletzt könne damit auch die dringend notwendige Investitionsfähigkeit und Investitionsbereitschaft der Betriebe im Zonenrandgebiet positiv beeinflußt werden. „Die Maßnahme trägt der Zielsetzung des Paragraphen 2 des Zonenrandförderungsgesetzes, nämlich der Sicherung und Schaffung von Dauerarbeitsplätzen in diesen Räumen, unmittelbar Rechnung." -hf

BEKLEIDUNGSINDUSTRIE

Vom Minus zum Plus

Die bayerische Bekleidungsindustrie, die 1974 nicht die erhoffte nachhaltige Belebung erreichte, verzeichnete jedoch im Verlauf der einzelnen Quartale eine allmähliche Verbesserung in Auftragseingang, Produktion und Kapazitätsauslastung. In einigen Produktionssparten wandelten sich im vierten Quartal Minuszahlen ins Plus. Diese Entwicklung hält nach Feststellungen der Industrie auch in den ersten Monaten 1975 an.

Das zum Saisonanfang zunächst günstige Frühjahrswetter, eine beim Verbraucher ankommende Mode und ein früher Ostertermin führten bei knappen Vorordern des Handels in kurzfristig lieferbarer Ware zu lebhafter Nachfrage. Deren Befriedigung gelten große Anstrengungen, den Handel zusätzlich zu versorgen und ihm damit ein zufriedenstellendes Frühjahrsgeschäft zu ermöglichen.

Für die weiteren Aussichten 1975 sollte aber weder der Einfluß angeblich oder real durch die Steuerreform frei werdender Kaufkraft noch der Einfluß der Mode auf den Absatz von Bekleidung überschätzt werden. Bei Differenzierungen von Sparte zu Sparte stehen bescheidene mengenmäßige Zuwachsraten in Aussicht. Die bisherigen Erfahrungen mit den Kollektionsvorlagen für Herbst/Winter deuten auf weiterhin zurückhaltende Vordispositionen im Handel. Daraus resultiert ein Anhalten der Hektik im Geschäft durch die erforderlichen Lagerergänzungen mit entsprechenden Auswirkungen u. a. auf den Beschäftigungsgrad und die Rationalisierung.

Auch im Ausland sind Dämpfungserscheinungen beim Einzelhandel und zurückhaltende Ordererteilung zu verzeichnen. In der Lohnfertigung im Ausland ist eine gewisse Stabilisierung möglich. Die Kosten- und Preisdifferenz zwischen Inlandfertigung und ausländischem Anfertigungspreis hat sich nicht weiter vergrößert. Die anspruchsvoller gewordene Mode und der kurzfristige Bedarf des Handels geben der Inlandsproduktion zusätzlich Gewicht. Der starke Druck durch Vollimporte wirkt sich weiter zunehmend aus.

Daß für eine Wiederbelebung der Investitionstätigkeit der Bekleidungsindustrie weniger die Konjunkturprogramme bzw. Investitionshilfe als vielmehr eine allgemeine Verbesserung der Stimmung am Markt und eine Wiedergewinnung der Rentabilität entscheidend sind, unterstreichen die Sprecher der Branche eindringlich. r.

IN KÜRZE

Wirtschafts-Nachrichten

Löwenbräu: Mehr Spezialbier

Bayerns größter Bierbrauer, „Löwenbräu" München, mußte im Sudjahr 1973/74 (30. September) einen Ausstoßrückgang von 3,7 Prozent hinnehmen, so daß nur noch 1,39 Millionen Hektoliter Bier verkauft werden konnten. Der Grund für die Minderung wird von der Verwaltung mit Marktsättigung angegeben. Vor allem der Absatz an die Gastronomie bekam das zu spüren. Die Hälfte des Inlandgeschäftes entfällt bei Löwenbräu auf die Wirte. Keine Einbußen gab es beim Export: 400 000 Hektoliter Bier flossen in nahe oder ferne Länder, die Hälfte davon in die USA. Dort ist zur Zeit eine gerichtliche Auseinandersetzung mit dem bisherigen Importeur im Gange. Löwenbräu ist zuversichtlich, die Auseinandersetzung für sich entscheiden zu können. Dann wird es nur noch eine Frage der Zeit sein, bis Löwenbräu-Bier mit dem Wohlwollen der Münchner in den USA gebraut werden kann. Nicht zuletzt infolge des Trends zu Spezialbieren wurde im Berichtsjahr der Umsatz um über 3 Prozent auf knapp 166 Millionen DM erhöht. -ht

Handelsbank mit Zuwachs

Der Vorstand der Bayerischen Handelsbank Bodenkreditanstalt in München legte dem Aufsichtsrat in der Bilanzsitzung einen befriedigenden Jahresabschluß vor. Das Jahr 1974 brachte für die Bank wieder eine beachtliche Geschäftsausweitung. Die Bilanzsumme stieg um DM 1062,3 Millionen (23,2 Prozent) auf DM 5642,1 Millionen. Die Zunahme beruht bei rückläufigem Hypothekengeschäft im wesentlichen auf dem Kommunalgeschäft. Aus dem Geschäftsergebnis verblieb ein Jahresüberschuß von DM 14,1 Millionen, von dem den offenen Rücklagen DM 6 Millionen zugeführt wurden. Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der Hauptversammlung am 25. April 1975 vor, aus dem zur Verfügung stehenden Bilanzgewinn von DM 8,1 Millionen wieder eine Dividende von DM 10 je Aktie im Nennwert von DM 50 bei einem Grundkapital von DM 30 Millionen zu verteilen.

Wir stellen her
Filme für Werbung, Information, Instruktion und Dokumentation, auch für alle AV-Systeme.

INSEL FILM
8013 Haar bei München, Kirchenplatz 1

Sie ziehen Gewinn
aus unseren reichen Erfahrungen, unserer technischen Perfektion und unseren jungen Ideen!

THEATER

Bayerische Staatstheater
Nationaltheater München
Tageskasse Maximilianstraße 11 Vorverkauf Mo. mit Fr. 10—13 Uhr u. 15—18 U., Sa. So. u. Feiert. 10—13 U. Fernmündliche Kartenbestellungen über 22 13 16.

Sa., 29. 3., 19.00: **Die Zauberflöte**
So., 30. 3., 17.00: **Parsifal**
Mo., 31. 3., 19.00: **Don Giovanni** (Originalsprache)
Di., 1. 4., 19.30: **Das Rheingold** 6. Di.-Platzm. weiß
Mi., 2. 4., 19.30: **Tosca** (Originalsprache) 7. Mi.-Platzm. weiß
Do., 3. 4., 19.00: **Don Giovanni** (Originalsprache) beschränkter Kartenverkauf
Fr., 4. 4., 19.30: **Der Mantel Gianni Schicchi** 7. Fr.-Platzm. weiß
Sa., 5. 4., 18.00: **Boris Godunow**

Bayerisches Staatsschauspiel Residenztheater
Vorverkauf im Theater Telefon 22 57 54

Sa., 29. 3., 19.30: **Der Brandner Kaspar** Freier Verkauf
So., 30. 3., 19.30: **Der Misanthrop** Freier Verkauf
Mo., 31. 3., 19.30: **Anatol** v. Arthur Schnitzler Insz.: Kurt Meisel Freier Verkauf
Di., 1. 4., 19.30: **Anatol** 5. Vorst. Serie blau
Mi., 2. 4., 19.30: **Der Brandner Kaspar** v. Kurt Wilhelm n. Franz v. Kobell 5. Vorst. Serie grün
Do., 3. 4., 19.30: **Der Misanthrop** 6. Vorst. Serie rot
Fr., 4. 4., 19.30: **Der Misanthrop** 6. Vorst. Serie rot
Sa., 5. 4., 19.30: **Anatol** 6. Vorst. Serie rot

Cuvilliés-Theater
Vorverkauf Maximilianstraße 11 Telefon 22 13 16

So., 30. 3., 20.00: **Liebe und Zufall** Freier Verkauf
Mo., 31. 3., 20.00: **Liebe und Zufall** Freier Verkauf
Mi., 2. 4., 20.00: **Liebe und Zufall** Freier Verkauf
Do., 3. 4., 20.00: **Liebe und Zufall** Freier Verkauf
Sa., 5. 4., 20.00: **Liebe und Zufall** Freier Verkauf

Theater am Gärtnerplatz
Tageskasse: Mo. mit Fr. 10—13 und 16—18 Uhr, Sa. und So. 10—13 Uhr. Abendkasse: 1 Stunde vor Beginn. Telefon 2 60 32 32

Sa., 29. 3., 19.30: **Cavalleria rusticana** **Der Bajazzo**
So., 30. 3., 19.00: **Hoffmanns Erzählungen**
Mo., 31. 3., 19.00: **Eine Nacht in Venedig**
Di., 1. 4., 19.30: **Der Barbier von Sevilla**
Mi., 2. 4., 19.30: **Cavalleria rusticana** **Der Bajazzo** Geschl. Vorstellung Kein Kartenverk.
Do., 3. 4., 19.30: **Pariser Leben** 5. Platzm. Vorst. blau u. freier Verk.
Fr., 4. 4., 19.30: **Das Medium** **Der Zar läßt sich photographieren** 4. Platzm. Vorst. grün u. freier Verk.
Sa., 5. 4., 19.30: **Cavalleria rusticana** **Der Bajazzo**

Münchner Kammerspiele
SCHAUSPIELHAUS
Tageskasse Montag mit Freitag 12 bis 18 Uhr, Samstag und Sonntag 10 bis 13 Uhr.

Sa., 29. 3., 20.00: **Sonny-Boys**
So., 30. 3., 19.30: **Das Kind bekommt sein Abführmittel**
Mo., 31. 3., 20.00: **Sonny-Boys**
Di., 1. 4., 20.00: **Dreyfus . . .**
Mi., 2. 4., 19.30: **Zu ebener Erde und erster Stock** Mi. gelb
Do., 3. 4., 19.30: **Zu ebener Erde und erster Stock** Do. weiß
Fr., 4. 4., 19.30: **Zu ebener Erde und erster Stock** Fr. rot
Sa., 5. 4., 20.00: **Dreyfus . . .**

WERKRAUMTHEATER
Die Gewehre der Frau Carrar
von Bertolt Brecht
am 29. und 31. 3., 2. 3., 4. 4. 1975 jeweils 20.00 Uhr

Theater im Marstall
Vorverkauf im Residenztheater Telefon 22 57 54
Himmel und Erde
von Gerlind Reinshagen
Insz.: Andras Fricsay
Di., 1. 4. 1975 20.00 Uhr
Sa., 5. 4., 20.00 Uhr
Warten auf Godot
von Samuel Beckett
Insz.: Ulrich Haupt

Kleine Komödie im Bayerischen Hof
Telefon 29 28 10 — täglich 20 Uhr Kartenvorverkauf von 11—19 Uhr — deutsche Erstaufführung — ab Freitag, 21. 3. 1975
Eine Rose zum Frühstück
eine neue Komödie von Barillet und Grédy
mit: Gerlinde Locker, Gerd Vespermann, Reinhard Clemnitz, Erna Sellmer, Ilse Pagé, Rick Parsé, Viktoria Brams
Regie: Dieter Wieland
Bild: Helmut Schmeiser

Kleine Komödie am Max-II-Denkmal
Telefon 22 18 59
Täglich 20 Uhr (außer montags) Kartenvorverkauf von 11—19 Uhr
„Das Fenster zum Flur"
Volksstück von Curth Flatow und Horst Pillau
mit: Beppo Brem, Erni Singerl, Katharina de Bruyn, Max Griesser, Bernhard Helfrich, Marrot, Mahler, Walter Stapper u. a.
Regie: Dieter Wieland
Bühnenbild: Helmut Schmeiser

Kleine Komödie am Karlstor
Eingang Herzog-Wilhelm-Straße Parkmöglichkeit Tiefgarage Stachus Telefon 59 33 61
Täglich 20 Uhr (außer montags) Kartenvorverkauf von 11—19 Uhr
deutsche Erstaufführung
„TAXIFAHRT"
Lustspiel von John Murray
mit: Chariklia Baxevanos, Harald Leipnitz
Regie: Harald Leipnitz
Bild: Karl Heinz Krehbiel

THEATER IN DER BRIENNERSTRASSE
beim Stiglmaierplatz
Theaterkasse tägl. 11—14 u. 15—18 Uhr Abendkasse ab 19 Uhr — Tel. 52 19 07
Die Sensation aus Paris
Frantz Salieri präsentiert:
La Grande Eugène
Unwiderruflich letzte Vorstellung
So., 30. März
Über 50 000 begeisterte Besucher!
Fr., 4. 4., Sa., 5. 4. 1975 jeweils 20 Uhr
Lola Müthel, Hannelore Elsner in
Die Möwe
Komödie in 4 Akten von Anton Tschechow
mit Karl Walter Diess, Peter Fricke, Friedrich Siemers, Sigfrit Steiner, Wolfgang Weiser, Vera Müller, Helga Endler und Conny Palme.
Regie: Oswald Döpke
Bühnenbild und Kostüme: Heinz Eickmeyer

Deutsches Theater
Schwanthalerstraße 13. Tel. 59 29 11 täglich 20.00 Uhr (außer Montag)
Der Komödienstadel
mit dem Lustspiel von Maximilian Vitus
St. Pauli in St. Peter
mit Maxl Graf, Karl Tischlinger u. v. a.

MÜNCHNER THEATER FÜR KINDER
Theater in der Leopoldstraße 17 U-Bahn: Gisela-/Franz-Joseph-Straße. Vorverkauf, auß. Montag, tägl. 11—14 und 17—19 Uhr Telefon 39 40 81
Vorstellungen am:
5., 9., 19., 23. und 27. 4. 1975
Beginn: 15.00 Uhr, für Kinder ab 8 J.
Das Gespenst von Canterville
nach einer Erzählung von Oscar Wilde
mit Fröhlich, Konczak, Hermansen, Marr, Müller, Wagner, Welz.
Insz.: Redmann

TRIBÜNE
Theater in der Leopoldstraße 17
U-Bahn Giselastr., im Hof großer Parkplatz — Vorverkauf **außer Montag** tägl. von 11—14 und 16—19 Uhr — Telefon 39 40 81
Vorstellungen am:
4., 5., 11., 12., 18., 19., 25. u. 26. 4. 75
Das Tagebuch der Anne Frank
von F. Goodrich u. A. Hackett
Inszenierung: H. W. Loges
Bühnenbild: A. Lebas
mit: Klier, Ludwig, Marr, Müller, Welz, Fröhlich, Gauer, Konczak, Lenart, Hansen.
Beginn: 20.00 Uhr Ende: 22.30 Uhr. Abendkasse 1 Stunde vor Vorstellungsbeginn.

MÜNCHNER MÄRCHEN-BÜHNE
Theater in der Leopoldstraße 17 U-Bahn: Gisela-/Franz-Joseph-Straße. Vorverkauf, auß. Montag, tägl. 11—14 und 17—19 Uhr Telefon 39 40 81
Vorstellungen am:
6., 11., 13., 20. und 26. 4. 1975
Aladin und die Wunderlampe
nach einer Erzählung aus 1001 Nacht
für Kinder ab 4 Jahren.
Beginn 15.00 Uhr
Insz.: Redmann, Musik: Möhrens mit Ederer, Fröhlich, Gauer, Hermansen, Konczak, Marr, Müller, Welz.
Bühnenbild: Lebas
Vorstellungen am:
2., 12. und 25. 4. 1975
Beginn 15.00 Uhr, für Kinder ab 4 J.
„Das tapfere Schneiderlein"
nach Gebr. Grimm, von Gert Richter

Plattl
Ein gastronomischer Betrieb der Brauerei Aying — und Hotel mit 200 Betten
Täglich 20 Uhr
Ostermontag auch 15.00 Uhr
Wann der Auerhahn balzt
München 2, Münzstraße 8—9

STREIFZÜGE

AUFERSTEHUNG

Der Geist der Herrlichkeit

Herzmitte des Evangeliums

Die Botschaft von der Auferstehung Christi bleibt das Ärgernis. Viele beschwören heute die Sache Jesu und den Geist Jesu; aber daß Jesus der hier und heute Lebendige, der leibhaftig zum Vater Erhöhte und der ebenfalls leibhaftig in der Eucharistie unter uns Gegenwärtige ist, das paßt nicht in die Vorstellungen und Erwartungen vieler Menschen. Und doch wäre das Evangelium zuletzt und zutiefst Schall und Rauch, es wäre eine interessante Spielart von Humanismus, die bald durch andere abgelöst würde, wenn die Herzmitte der Auferstehung Christi aus diesem Evangelium Jesu herausgeschnitten würde. Wenn wir schon an den historischen Kern der Botschaft Jesu heran wollen, so können wir einfach daran nicht vorbei, daß gerade die ältesten und elementarsten Zeugnisse der Schrift Zeugnisse sind vom auferstandenen Herrn.

Man beschwört den Geist Jesu; aber dieser Geist läßt sich nicht trennen vom Leib Jesu, nicht trennen davon, daß Jesus leibhaftig im Heiligen Geist auferweckt ist in sein neues ewiges Leben beim Vater und bei uns. Der Geist Jesu ist auch der Geist der Herrlichkeit, seiner Herrlichkeit und unserer Herrlichkeit. Das ist die frohe Botschaft von Ostern.

Zur Herrlichkeit Jesu gehört aber auch unsere Herrlichkeit. Es ist Jesu Bitte im hohepriesterlichen Gebet für die Seinen, daß der Vater dieselbe Herrlichkeit den Seinen gebe wie ihm selbst: „Vater, ich will, daß die, welche Du mir gegeben hast, dort seien, wo ich bin, damit sie meine Herrlichkeit schauen“ (Joh 17, 24). Wer Jesus nachfolgt, wird zwar auf die Radikalität desselben Weges verpflichtet, wie ihn Jesus gegangen ist. In Jesu Geist leben heißt immer, sowohl seinen Gehorsam gegen den Vater wie seine Liebe zu den Menschen zu übernehmen. Doch wer sich öffnet für diesen Geist Jesu, der soll auch die Herrlichkeit Jesu an sich erfahren. Und er soll sie genauso erfahren wie Jesus selbst: leibhaftig, als Verherrlichung des ganzen Menschen.

Hier erst wird der Mensch ganz ernst genommen, hier erst endet er nicht bloß im krampfhaften Versuch, sich selbst zu befreien und zu vollenden, hier erst ist seine tiefste Sehnsucht erfüllt, die Sehnsucht nach einem Leben ohne Ende und Grenze, die Sehnsucht nach einem Ja, das ihn ganz trägt, birgt und durchdringt, nach dem Ja Gottes, das keine Schicht seines Wesens ausläßt und keine Hoffnung seines Herzens enttäuscht läßt. Der Geist, der Jesus verherrlicht, ist Geist der Hoffnung für den Menschen. Auch Menschen, deren Dasein äußerlich keinen Sinn und keine Erfüllung erkennen läßt, sind nicht eine zwecklose Fehlkonstruktion, an der man leider nichts verbessern kann, sie sind geliebt, sie sind befähigt, mit der ganzen Herrlichkeit Gottes beschenkt zu werden. Das ist die Würde menschlichen Lebens. Nur wenn wir mit aller Entschiedenheit und Leidenschaft uns dafür einsetzen, daß dieses Leben in jeder seiner Phasen unantastbar bleibt, entsprechen wir dem Geist Jesu.

BISCHOF FRANZ HENGSBACH

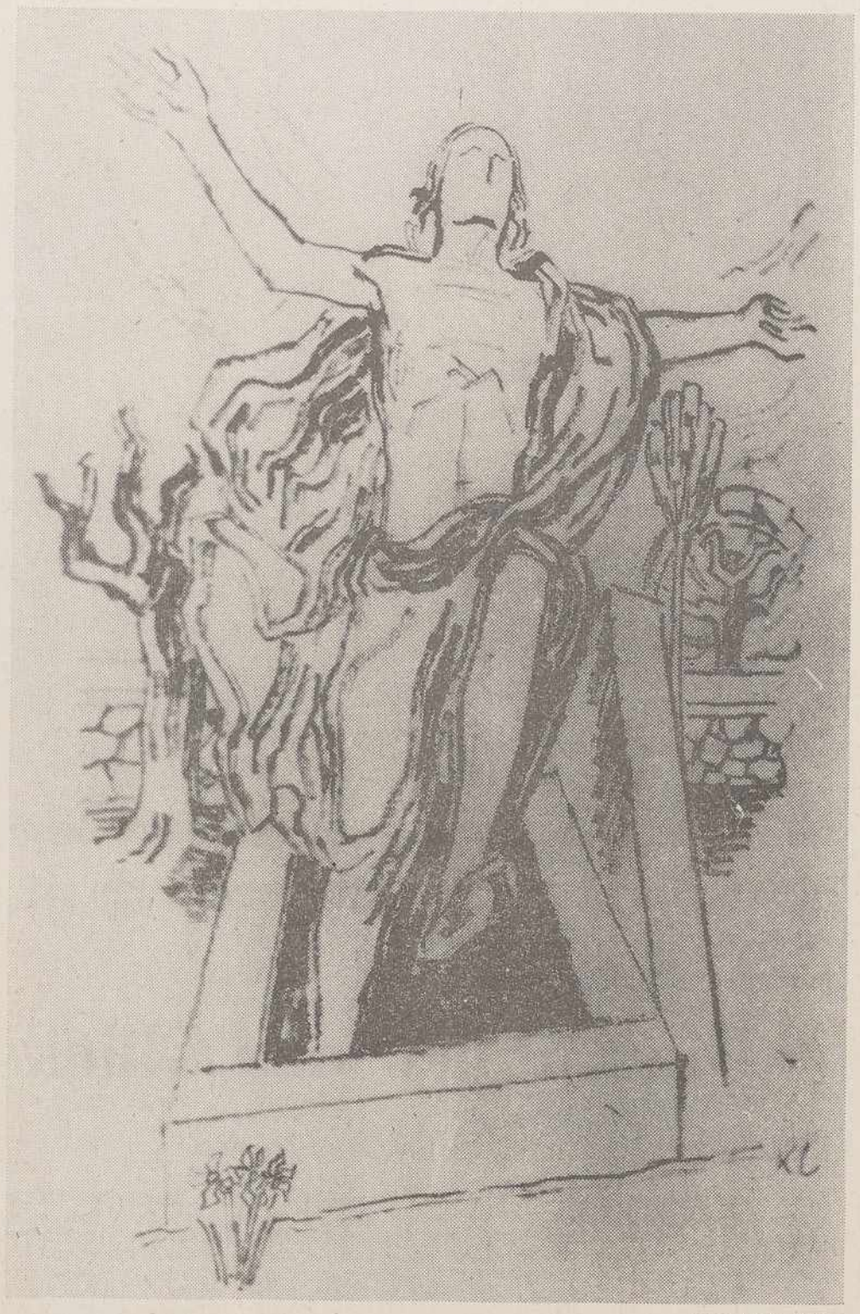


Bild: Hubs Flöter

Der Gekreuzigte lebt. Christus ist auferstanden, der Tod überwunden. Auf dieser zentralen Glaubenswahrheit ruht das Christentum. Mit der Darstellung des österlichen Geschehens, dem Inbegriff christlicher Hoffnung, beschäftigen sich Künstler seit Jahrhunderten. Diesen Auferstandenen malte Karl Caspar 1934.

OSTERSYMBOLE

Pater Arzonnis „Oster-Ey“

Wie verschiedene Symbole christlichen Brauchtums sind auch Henne, Hase und Osterei heidnischen Ursprungs. Der Hase als Fruchtbarkeitssymbol ist römischer Herkunft, die Henne als Seelentier und Sinnbild der Fruchtbarkeit aus der germanischen Mythologie bekannt. Es war die Archäologie, die uns auch auf die Frage, wie es sich eigentlich mit dem bekanntesten Ostersymbol, dem Osterei, verhalte, eine befriedigende Antwort geben konnte. Hellenische Zaubertexte sind uns überliefert, die von buntgefärbten Eiern berichten; und bei Grabungen auf dem römisch-germanischen Gräberfeld bei Worms am Rhein fand man bemalte Eierschalen, die aus der ersten Hälfte des 4. Jahrhunderts n. Chr. stammen dürften.

Der Brauch des Eierschenkens kam durch die Türken nach Mitteleuropa; aus dem deutschsprachigen Raum berichtet eine Chronik aus dem Jahre 1630, daß jeder Einwohner des Dorfes Puchberg in Niederösterreich am Karsamstag dem Pfarrer ein „Walg-Ei“ abliefern mußte. 1640 war der Brauch schon in ganz Österreich und Süddeutschland verbreitet. Nach anfänglichem einfachem Rotfärben der Eier gingen bald einige handwerklich Geschickte dazu über, die gefärbten Eier durch Kratzen und Ätzen zu verzieren, und in der Folgezeit entstand eine Fülle schönster Volkskunstmuster.

Im 17. Jahrhundert war man sich in den deutschen Landen noch nicht einig, ob der Brauch des Eierschenkens mit der Religion vereinbar sei oder nicht. Von den Vertretern der Kirche in Wien wurde das „Oster-Ey“ anerkannt, wie es Pater Arzonni, Prediger bei Sankt Michael, in seinen in Nürnberg 1675 — vor genau dreihundert Jahren also — herausgegebenen Osterpredigten des Wiener Barnabitenpaters Don Florentinus Schilling beweist. In der Folgezeit erscheinen Ostereier dann immer häufiger als Symbole auf Druckwerken und Kupferstichen; man verfertigte Eier aus Wachs, Holz und edlen Steinen. Man schätzte die Eier in allen Variationen und allen nur erdenklichen Materialien, nur gegen die hartgekochten, gefärbten Hühnereier hatte man etwas einzuwenden, da sie als ungesund galten.

Wer brachte nun eigentlich die buntverzierten Eier, der Osterhase oder die Henne? In Österreich, der Schweiz und Deutschland war es zu einem ordentlichen Durcheinander gekommen, man überließ es der Phantasie der Eltern, ihren Kindern etwas Passendes zu erzählen. An erster Stelle als Eierbringer stand die Henne: ihr folgte in knappem Abstand der Osterhase. Nur in Österreich wollte zu damaliger Zeit noch niemand etwas vom Osterhasen wissen. In der Ostschweiz und in Vorarlberg erzählten manche Bauern ihren Kindern, daß die bunten Ostereier der Nikolaus bringe! Schließlich konnte sich aber doch fast im gesamten deutschsprachigen Gebiet der Osterhase durchsetzen; nur in Kärnten bringt die gefärbten Eier vielfach heute noch die „Himmelshenne“.

WERNHER SCHEINGRABER

Passionsspiele in neuer Form

Die Passionsspielorte in Bayern und Österreich sind auf der Suche nach neuen, zeitgemäßen Texten. Bei einer Tagung in Freising diskutierten über 40 Passionsspieler Möglichkeiten der „Verkündigung im Spiel“. Der Oberammergauer Delegierte Carl Bauer kündigte noch für dieses Jahr Entscheidungen über eine Textveränderung für das Spieljahr 1980 an. Der schwäbische Passionsspielort Waal wird den erst 1969 eingeführten Text Alois Sailers bei den Aufführungen im nächsten Jahr nicht mehr verwenden. Pater Dr. Stephan Schaller aus dem Benediktinerkloster Ettal hat eine Neufassung geschrieben. Bei der Suche nach neuen Formen und Texten ihrer Spiele fühlen sich die meisten Passionsspielorte von ihren Kritikern im Stich gelassen. „Die Kritik an den Oberammergauer Passionsspielen kommt auch aus dem Raum der Kirche, aber niemand kann den Laienschauspielern raten, wie sie das Spiel zeitgerecht verändern könnten.“ Gegensätze gab es bei der Diskussion um die Verwendung von Dialekt in den Passionsspielen. Regisseur Alfred Schnayder befürwortete ihn, und in Waal beabsichtigt man auch, das Mundart-Experiment bei seinen nächsten Spielen zu machen. Die Tiroler Passionsspielorte Erl und Thiersee lehnen dagegen eine Verwendung der Mundart ab, da das Spiel dann plötzlich nicht mehr ernst genug genommen, sondern als „urige Originalität“ angesehen werden könnte. K. N.

80. GEBURTSTAG

Ernst Jünger zwischen Krieg und Mythos

Von der Faszination eines modernen Dichters

Noch als Achtzigjähriger ist er ein Streitfall der Nation. An Ernst Jünger scheiden sich die Geister. Für seine Gegner ist er Deutschlands vornehmster Landsknecht und subtilster Militarist. Als aber 1973 ein deutscher Autor als Anwärter für den Literaturnobelpreis zur Diskussion stand, forderte der französische Starkritiker Matthieu Galey im „L'Express“: „Gebt ihn Ernst Jünger, dem Giganten in der literarischen Flachlandschaft des Nachbarlands.“ Das zwölfbändige Werk des Poeten (erschienen im Ernst Klett Verlag, Stuttgart) gehört zu den tiefen und bleibenden Markierungszeichen der deutschen Literatur im zwanzigsten Jahrhundert.

Kriege, Revolutionen, Arbeitswelt im industriellen Umwälzungsprozeß, Partisanenexistenz und die Rätsel der Natur, das sind die hervorstechenden Themen des Jüngerschen Werks, vom Erstling „In Stahlgewittern“ bis zum durchsichtig kühlen Alterswerk „Zahlen und Götter“. Heroische Verklärung des Krieges war aus den Frühwerken über die Materialschlachten um Verdun herausgelesen worden. Jünger hatte nur jede Wehleidigkeit vermieden. Es ging ihm um die „totale Präzision des künstlichen Orkans aus Granaten“. Aber hinter den Rauchwänden der Artillerieschläge erweckte der Visionär die Ahnung künftiger Kriege mit ihrer entfesselten Technologie. Er erspürte den „verwalteten Krieg“ und die Armee als Industriepotential längst vor den Theorien der atomaren Abschreckung.

Es war nicht das Heer des kaiserlichen Deutschlands, das ihn prägte. 1913 flüchtete der 16jährige Apothekersohn aus dem Elternhaus in Hannover. Mit dem Schulgeld fuhr er nach Verdun und ließ sich für die französische Fremdenlegion anheuern. Er erlernte ihren Drill, aber auch ihre Fähigkeit, aus den verschiedenartigsten Nationalitäten einen Korpsgeist zu prägen. Nach einigen Monaten holte der Vater den noch nicht Volljährigen zurück.

Während der Mobilmachung 1914 büffelte Jünger für das Abitur. Gleichzeitig meldete er sich als Freiwilliger. 1915 stand er an der Westfront. Sieben Verwundungen, Auszeichnung mit dem Pour le mérite. Aber er suchte nach der Deutung der Feuerzonen jenseits des Grabenalltags. 1918, das Jahr der Kapitulation, bringt erste Melancholie und schöpferische Unruhe. Zwar bleibt Ernst Jünger in der neuen Reichswehr, er schreibt Gefechtsvorschriften für den infanteristischen Kampf. Die Fragen des Patriotismus oder des Pazifismus stellten sich Jünger nicht. Er zielte auf eine sehr viel tiefere Dimension ab, wo der Krieg zum Naturereignis wird, unabwendbar wie Tag und Nacht. Tapferkeit nur als eine Möglichkeit zur Selbsterkenntnis. Der blutjunge Reichswehr-Leutnant Jünger schrieb „Stahlgewitter“ und danach die essayistische Ausleuchtung der Kriegserlebnisse in „Der Kampf als inneres Erlebnis“. 1923 nimmt er seinen Abschied. Ihn locken neue Horizonte der Naturwissenschaft und Politik.

Distanz zum „Dritten Reich“

Bevor er sich 1925 ganz dem Metier der freien Schriftstellerei zuwandte, studierte er in Leipzig und Neapel Zoologie und Philosophie. Das Thema der „Subtilen Jagden“, wie vierzig Jahre später eines seiner schönsten Alterswerke heißen wird, nimmt ihn gefangen. Die Betrachtung von Schmetterlingen und seltenen Insekten führt Ernst Jünger weiter zu philosophischer Reflexion über Grausamkeit, Schönheit, Verwandlung und ungreifbares Spiel. Als sich die ersten Zersetzungserscheinungen der Weimarer Republik zeigten, stieß er zu nationalrevolutionären Zirkeln, die aber Distanz zur NSDAP Adolf Hitlers hielten. 1927 boten ihm die Nazis ein Reichstagsmandat an. Jünger lehnte höflich, aber bestimmt ab. Der Gedanke an eine „Erneuerung Deutschlands“ durch die braunen Horden war ihm zutiefst zuwider.

Großstadt, Technik und nationale Revolution sind in diesen Jahren seine Themen. 1929 erschien „Das abenteuerliche Herz“, 1931 „Die totale Mobilmachung“ und 1932 „Der Arbeiter — Herrschaft und Gestalt“. 1933 ging er in die innere Emigration. Mit aller Deutlichkeit machte Ernst Jünger den neuen Machthabern klar, daß er sich am nationalsozialistischen Kulturbetrieb nicht beteiligen wird. Zunächst veröffentlichte er unpolitische Bücher: 1934 „Blätter und Steine“ und 1936 die Erzählung „Afrikanische Spiele“, die Schilderung des Abstechers in die Fremdenlegion.

Kurz vor Kriegsbeginn beendete er die „Marmorklippen“. Karl Korn nannte sie die bitterste Abrechnung mit dem Phänomen Hitler, die gleichzeitig ein Prosawerk klassischen Zuschnitts ist, eine „Elegie, Totenmesse für die Gemordeten und Verklärung der Opfer“. — Diesmal erlebte er die Dramatik des Kriegs in der Abgerücktheit der hohen Stäbe. Aber in den „Strahlungen“, den Positionsmarkierungen eines deutschen Offiziers in Paris, bricht die Raserei des Krieges durch.

Seit 1950 wohnt Ernst Jünger in einem Forsthaus im Oberschwäbischen, zwischen Gesteinssammlungen, Bücherwänden, präparierten Schmetterlingen und alten Folianten. An einem Stehpult in der Bibliothek schreibt er mit der Hand die erste Fassung, das Manuskript für den Setzer tippt er mit der Maschine. Er haust wie ein Eremit. Manchmal unterbrechen Reisen die Abgeschiedenheit. Auch dann sind es die Grenzen, die Jünger anziehen: Der Polarkreis und die Eiswüsten Spitzbergens, oder Nahost, der Krisenherd. Der Welt des Kriegs und Nachkriegs, des Terrors und der Technik setzt er den Traum entgegen, den Traum vom Wagnis, die vorgezeichneten Grenzen zu überschreiten, in die Welt der Mythen, Symbole und Heilszeichen einzudringen.

PETER HORNUNG

PAUL VERHOEVEN

Tod bei Totenfeier

Paul Verhoeven ist gestorben. Auf der Bühne, aber nicht in einer Rolle, sondern als er selbst, mit eigenen Worten, die er zum Gedenken an die vor kurzem verstorbene Therese Giehse sprach. Am gleichen Abend hätte er nach längerer, krankheitsbedingter Pause erstmals wieder in den Münchner Kammerspielen auftreten sollen, als alternder Schauspieler in Neil Simons „Sonny-Boys“, das er mit Heinz Rühmann als Partner zum Erfolg geführt hatte. Zu viel wohl der Aufregung. Ein schöner Tod für einen Schauspieler? Doch das Leid hat Verhoeven nicht verschont, zwei Herzinfarkte, der Tod seiner Frau hatten den so kräftig und stabil aussehenden Mann, der so überaus sensibel und differenziert arbeitete, zuvor schwer getroffen. Er gehörte zu den Schauspielern, auf die man sich freute, gleichgültig, in welchen Stücken er auf der Bühne stand, weil er die Kunst der Verwandlung und die Kunst der Sprache vollendet beherrschte, sich keine unkontrollierte Bewegung, nie Privates gestattete, dabei grundgütig erschien und von einem Charme, der etwas mit der von ihm ausstrahlenden Pfiffigkeit zu tun haben mußte.

Verhoeven war Westfale, am 23. Juni 1901 in Unna geboren; in Dortmund ausgebildet. München wurde seine erste Theaterstation und hierher kam er nach Engagements in Dresden, Wien, Frankfurt, Berlin und beim Film 1946 wieder zurück. Er war ungemein vielseitig, nicht nur Schauspieler, Regisseur und Intendant, er schrieb auch Drehbücher und Theaterstücke und produzierte Filme. Seit 1964 gehörte er als Schauspieldirektor zum Ensemble der Kammerspiele. A. B.

DATEV Steuerrechts-Datenbank ist einsatzbereit!

Das EDV-Dienstleistungsangebot für den einheitlichen steuerberatenden Beruf ist damit erneut wesentlich erweitert worden.

Die in gemeinsamer Arbeit zwischen der öffentlichen Finanzverwaltung und der DATEV, als Organisation des steuerberatenden Berufes, entwickelte Steuerrechts-Datenbank konnte in diesen Tagen in Betrieb genommen werden.

Mitgliedern der DATEV sind jetzt im täglichen Dialogverkehr, mit neuen, intelligenten Terminals über normale Telefonleitungen, wichtige Quellen aus dem Steuerrecht zugänglich.

Die Datenbank enthält die gesamte, seit 1950 veröffentlichte höchstrichterliche Steuerrechtsprechung, neuere erstinstanzliche Steuerentscheidungen, Erlasse der Finanzverwaltung und Auswertungen der neuesten Zeitschriftenliteratur zum Steuerrecht. Höchstrichterliche Entscheidungen und Verwaltungserlasse sind mit vollem Text eingespeichert, die übrigen Dokumente enthalten überwiegend eine Kurzfassung mit bibliographischen Angaben.

Die DATEV, Rechenzentrum und Organisation des steuerberatenden Berufes, hat damit einen weiteren zukunftssicheren Schritt für EDV-Serviceleistungen über Datenfernverarbeitung getan. Dem steuerlichen Berater sind durch die damit geschaffene Transparenz des Steuerrechts weitere Möglichkeiten gegeben, sich noch eingehender und erfolgreicher für die Belange des Steuerbürgers einzusetzen.

DATEV

Datenverarbeitungsorganisation des steuerberatenden Berufes in der Bundesrepublik Deutschland eG
8500 Nürnberg, Paumgartnerstraße 6–14
Telefon (0911) 276-1 · Telex 06 23 199

RUSSISCHE DISSIDENTEN

Neue Zeitung der Opposition

Unter dem Titel „Zwanzigstes Jahrhundert" ist in der sowjetischen Hauptstadt vor kurzem eine neue oppositionelle Zeitung aufgetaucht. Herausgeber ist der Historiker Roy Medwedjew, der in der ersten, von Hand zu Hand zirkulierenden Ausgabe erklärt, seine Zielsetzung sehe er in einer Verbindung von Sozialismus und Demokratie. Die Zeitung will das Forum einer „loyalen Opposition" zum Sowjetregime sein. Demnach unterscheidet es sich von der „Chronik der laufenden Ereignisse", einer ausdrücklich antisowjetischen Publikation, die noch von Zeit zu Zeit erscheint. Manche Beobachter nehmen an, Medwedjews Zeitung dürfe mit stiller Duldung des Kreml existieren, nicht zuletzt um den Einfluß der Zeitschrift „Kontinent" abzuschwächen, die von Solschenizyn, Maximow und ihren Freunden im Westen gestartet wurde. Von „Kontinent" wird gesagt, daß die Zeitschrift großes Ansehen genieße, und es ist wohl symptomatisch, daß Medwedjew einer der ersten war, die den strikt antimarxistischen Kurs der Solschenizyn-Zeitschrift kritisierten. Medwedjew gilt als „Reformer", während Solschenizyn und seine Freunde das Sowjetsystem völlig ablehnen. Immerhin bestehen gemeinsame Interessen. Sie erstrecken sich vor allem auf die Tatsache, daß es sich in beiden Fällen um die Veröffentlichung von Informationsmaterial handelt, das sonst unveröffentlicht bliebe. Aber, so gemäßigt Medwedjew auftritt, auch er wurde bereits zum Verhör zitiert.

Einige Beiträge der ersten Nummer des „Zwanzigsten Jahrhunderts" behandeln die Zeit der Revolution, die Stalinschen Säuberungen, die dreißiger Jahre und den Zweiten Weltkrieg. Enthalten ist auch ein Kommentar zu Solschenizyns „Brief an die Sowjetführer", mit dem Medwedjew sich nicht einverstanden erklärt. Schließlich ein Artikel über religiöse Themen und Auszüge aus Medwedjews Untersuchung über den „Stillen Don", d. h. die Frage, ob Scholochow der alleinige Autor dieses großen Romanwerkes ist oder nicht. Medwedjew erklärt, er habe die Archive des Fjodor Dimitriewitsch Krukow, dem manche Experten den größten Teil des „Stillen Don" zuschreiben, ausfindig machen, aber noch nicht einsehen können. In diesem Archiv befände sich — laut Medwedjew — ein Teilmanuskript, dessen Titel demjenigen des „Stillen Don" ähnlich sei. In dieser Frage sind sich also Solschenizyn und Medwedjew durchaus einig. Für andere Problemkreise trifft dies nicht zu. Doch gegen Solschenizyn richten sich dann die Erinnerungen des Michail Jakubowitsch, eines der aktiven Teilnehmer an der Revolution von 1917. Zunächst war Jakubowitsch Vorsitzender des Smolensker Sowjets, später aber mußte er unter Stalin 26 Jahre lang ins Gefängnis. Er klagt Solschenizyn an, dieser habe sich als „Spitzel" den Lagerbehörden zur Verfügung gestellt. Übrigens, greift Medwedjew Solschenizyn weiterhin so massiv an, dann hat seine Zeitschrift in der Sowjetunion eine Chance, über die Nummer eins hinauszukommen.

ALEX PETER

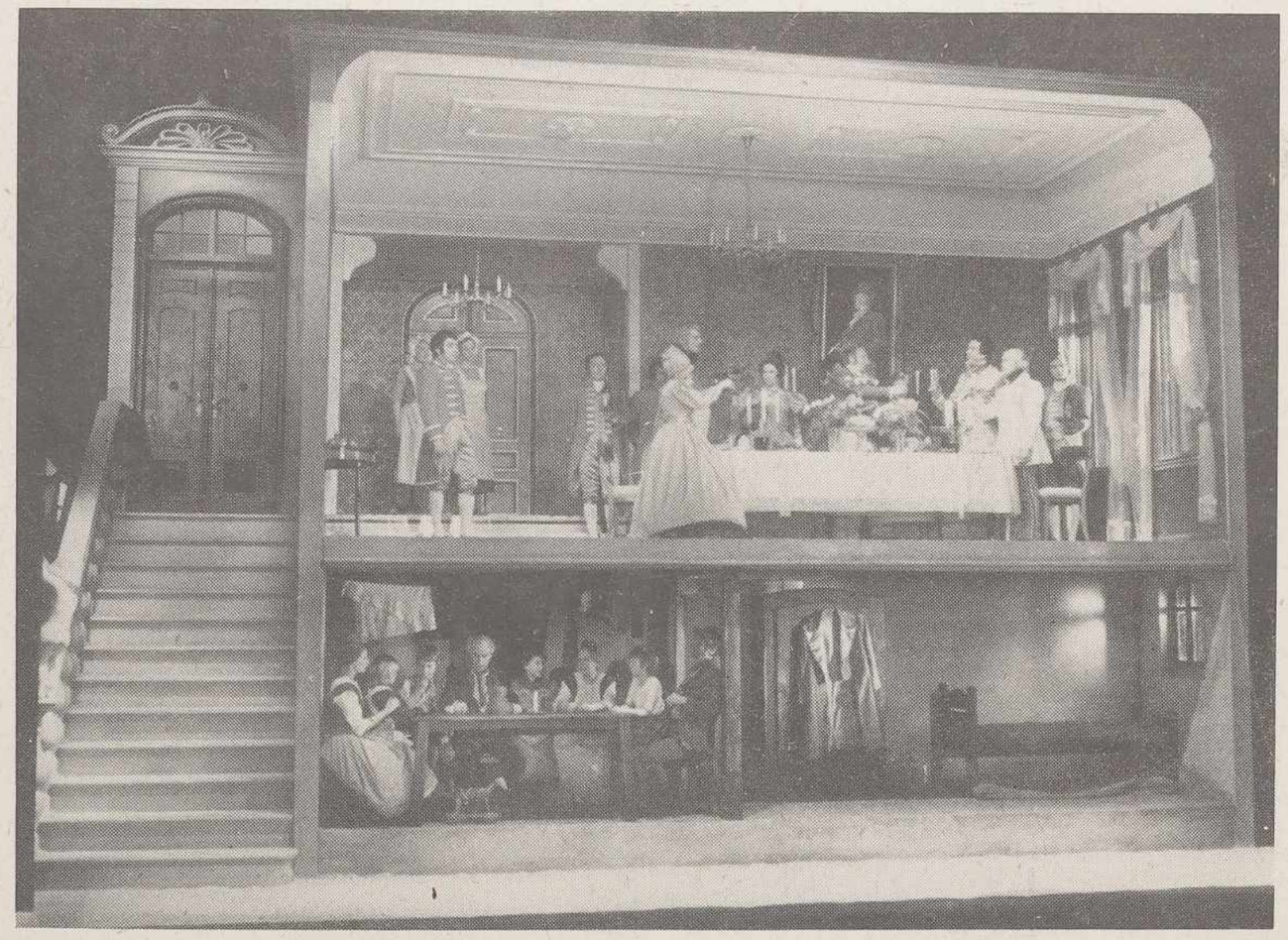


Bild: Winfried Rabanus

Auf zwei Spielebenen gleichzeitig — in der Wohnung armer und reicher Leute — rollt die Handlung von Nestroys Posse „Zu ebener Erde und erster Stock" ab, die die Münchner Kammerspiele herausbrachten (siehe auch untenstehenden Bericht).

NESTROY-POSSE MIT GESANG

Die Launen des Glücks

Erfüllung fürs Auge, Probleme fürs Ohr

Auch wenn Nestroy-Possen nicht gallig, nicht schwarz, nicht die böse Welt verklagend gegeben werden, bleibt ihnen viel: Witz, Spannung, Spielerisches in Fülle — und Heiterkeit für die Zuschauer. So auch in den Münchner Kammerspielen, wo „Zu ebener Erde und erster Stock oder die Launen des Glücks" zu sehen ist. Zwei Dinge vor allem machen den Reiz gerade dieses Nestroy-Stückes aus: Einmal die totale Unwirklichkeit aller Vorkommnisse in so realistischer Atmosphäre und das gleichzeitige, kontrapunktische Spiel auf zwei Schauplätzen, im reichen Salon und in der düsteren Stube.

Zugegeben, in dieser Inszenierung von Bernd Fischerauer hat man Nestroy arg beschnitten, in der Länge und in puncto Bosheit und hat dafür in Sachen Wienerisch und Musik (Bearbeitung Michael Rüggeberg) ein Erkleckliches zuviel getan. Doch das tat erstaunlicherweise Nestroy und der Wirkung des Stückes wenig Abbruch. Freud und Leid ließen sich mit distanzierter Anteilnahme verfolgen, noch erfreuten etliche Pointen des Zuhörers Gemüt. — Fortuna ist als launenhaft bekannt, aber was sie sich hier leistet, Gipfel der Unwahrscheinlichkeit. Ein Millionär geht in Etappen bankrott, den netten, armen Leuten vertreiben Schlag um Schlag Finderlohn, Lose und Erbschaft die Not. Daß dies umgekehrte Glück nicht von langem Bestand sein wird, deutet sich zum Schluß an. Die Tochter des Krösus hat mit sicherem Instinkt Liebe und Geld zu vereinen gewußt, man wird sich nur kurz „zu ebener Erde" aufhalten. Spätestens, wenn die kleinen Leute im Salon die Wäscheleine spannen, ahnt man, daß das nicht lange gut gehen kann, obwohl man den Guten das Gute und den Bösen das Böse gönnt.

Für Nostalgiker ein gefundenes Fressen sind Bühnenbild (Christian Schieckel) und Kostüme (Birgit Hutter). Beim reichen Spekulanten Goldfuchs (Karl Merkatz) herrscht das aufpolierteste Biedermeier, darunter die Dürftigkeit, wie von den Malern jener Zeit geschildert. Schön wär's gewesen, wenn von den Darstellern ebensowenig unter- und übertrieben worden wäre. Karl Maldek hat als Damian einen zu ausgeprägten Hang zum Alkohol, bei seinem „Delirium tremens" bleibt ganz unverständlich, daß sein Schatz, die Salerl (sehr erfreulich Johanna Mertinz), ihm noch Geld für den nächsten Schoppen zusteckt. Ein bißchen sehr nüchterner Liebhaber ist Edwin Noel. Wirklich gefallen kann Barbara Gallauner, die arme Frau Sepherl, die neben den obligaten lieben und verhärmten Zügen etwas Verschmitztes hat, das in diesem Marionettenspiel wohltuend menschlich wirkt. Wolfgang Reinbacher (Diener Johann) muß genannt werden, Eduard Linkers (Hausbesitzer Zins), Gabriela Dossi, die resolute Zofe mit dem anständigen Gemüt und Julius Mitterer als selbst in der Not noch „feiner" Tandler Schlucker.

A. BRINKMANN

250. GEBURTSTAG CASANOVAS

Ein „reizender Halunke"

Casanova hat lange Zeit nur als Libertin und Erotomane gegolten. Das hing mit der 140jährigen Zurückhaltung des Originalmanuskripts seiner Erinnerungen im Hause der Verlags Brockhaus zusammen. Die Atmosphäre des bürgerlichen 19. Jahrhunderts war so prüde und sittenstreng, daß man sich mit einer ungekürzten Ausgabe des Originals nicht belasten wollte. Nun ist sie seit 1960 vorhanden und die Bewertungen der Figur Casanovas sind vielseitiger und reichhaltiger geworden. Der Frauenheld, Spieler, Hochstapler, der sich einmal als Wunderarzt, ein andermal als Diplomat, endlich als Finanzmann produzierte, besaß ein unvergleichliches Erzählertalent. In den letzten 13 Jahren seines unruhigen Lebens schrieb er als Bibliothekar des Grafen Waldstein auf dem Schloß Dux in Böhmen seine Memoiren. Willy Haas hat ihn einen „reizenden Halunken" genannt, der alles Glück, das ihm zuströmte, den geliebten Frauen verdankt habe, die er meist sitzengelassen hat.

Giovanni Giacomo wurde am 2. April 1725 in Venedig als Sohn eines Schauspielers geboren. Er studierte in Padua und wurde Doktor der Rechte, nachdem er den Ansatz zum Priester genommen hatte, war „Sekretär des Kardinals Acquarina, Fähnrich auf Korfu und Violinspieler im Theater San Samuele, Gefangener des Inquisitionskerkers in Venedig, Lotteriedirektor in Paris, Finanzagent des Kardinals Bernis, Spieler, Gauner, portugiesischer Bevollmächtigter beim Augsburger Friedenskongreß, Bergbauinspektor in Kurland, Schmarotzer bei Kaiserinnen, Königen und Ministern". So hat einmal Paul Wiegler seine Karriere im Telegrammstil bezeichnet.

Casanova war Freimaurer. Das wurde ihm 1755 zum Verhängnis. In Venedig war diese Geheimgesellschaft verboten, und so gelangte er ohne Urteil in die Bleikammern. Seine Flucht, die er beschrieb, machte ihn berühmt und wurde zugleich sein erster literarischer Erfolg. Über was alles er geschrieben hat, ist uns im Augenblick nicht feststellbar. Es gälte also heute, den Schriftsteller Casanova neu zu entdecken, zweitens den Mann als charakteristischen Typus zu analysieren: politisch — er war ein Royalist und Konservativer; historisch-kulturell — er war ein Nutznießer des Ancien régime; soziologisch — er schwamm in der Luxuswelt der großen Gesellschaft mit; psychologisch — er liebte um der Liebe willen, um die Vollkraft des Daseins sich immer neu zu erweisen; literaturgeschichtlich — ohne seine Memoiren wäre uns das 18. Jahrhundert weitgehend unbekannt. Er schrieb quell-lebendig, er kannte die Welt, kannte oben und unten, er war ein großer Herr und ein Scharlatan, er war im Gegensatz zum Don Juan ein Wohltäter der Frauen. „Der Kultus der Sinnenlust war mir immer die Hauptsache." Alt und vergessen, ganz in sein vergangenes Leben eintauchend, von den Dienstboten verlacht und verspottet, starb er am 4. Juni 1798 auf Schloß Dux in Böhmen.

HERBERT M. SCHÖNFELD

Bad Krozingen
Herz Kreislauf Rheuma Bandscheibe
liebenswertes Thermalheilbad ... heiße kohlensäurehaltige Quellen ... Parklandschaft ... zwischen Rhein und Schwarzwald
Informationen: Kurverwaltung 7812 Bad Krozingen Tel. 07633-3196

SÜDTIROL
Gasthof Radlhof (39040) Lajen/Grödnertal
Inh. Familie Ploner — Tel. (00 39/4 71) 6 51 48
Gutbürgerliches Haus in aussichtsreicher Lage, gute Küche, Ganzjährig geöffnet. Zimmer mit Dusche u. WC, Halbpension 23 DM, Zimmer mit Dusche und WC, Vollpension 26 DM, Zimmer mit k. u. w. Fließwasser, Halbpension 22 DM, Zimmer mit k. u. w. Fließwasser, Vollpension 24 DM, Zufahrt ab Waidbruck, Linienbusverbindung ab Klausen Bahnhof, Schnellzugstation. Neue direkte Straßenverbindung von Lajen nach St. Ulrich im Grödnertal. Für Ostern noch Zimmer frei.

Weltweite preisgünstige Flugreisen
Jet Hin + Rückflug
New York 675,-/Miami 1020,-/Toronto 780,- Los Angeles 995,-/Ostafrika 1170,-/Dehli 1350,- Teheran 1050,-/Tokio 2190,-/Bangkok 1540,- Australien 2850,-/Südafrika 1475,-/Rio 1725,- Mexiko 1525,-/Athen 420,-/Istanbul 460,-/Cairo 895,-
Wo immer Sie hinfliegen — Angebot anfordern!
Flug + Touristik Service
6 Frankfurt/Main
Am Eisernen Schlag 31 · Tel. 0611-531011
fts

PRIVATE TECHN. LEHRANSTALT
ECKERT
REGENSBURG — REGENSTAUF
Semesterbeginn: Sept./März
Staatl. anerkannte
TECHNIKERSCHULE
Fachrichtungen: Maschinenbau, Elektrotechnik, Hoch- u. Ing.-Bau, Versorgungstechn. (Heizungs-, Klima-/Sanitärtechn.)
Dauer: 4 Semester
Abschluß: staatl. gepr. Techniker
Industriemeisterschule
Fachrichtungen: Metallverarbeitende Berufe, Elektrotechnik, Bautechnik
Dauer: 2 Semester
Abschluß: Industriemeisterprüfung d. Ind.- u. Hand.Kammer
Techn. u. Bauzeichenschule
Die Maßnahmen können vom Arbeitsamt gefördert werden. Eigene Wohnheime mit Mensa. Anfragen und Anmeldungen über das Hauptsekretariat Abt. B 4 84 Regensburg, Puricellistr. 34-40 Telefon-Sammel-Nr. 09 41 / 2 20 47

Die Internationale STILMÖBEL und Trinkstuben-Schau bei Möbel-Strobl in der Bayerstraße 83 - 85 müssen Sie sehen! - Parkplatz im Hause. Sofortige Lief. frei Haus.

Wo fehlt eine? Bei uns alle Schreibmaschinen. Riesenauswahl, stets Sonderposten. - Kein Risiko, da Umtauschrecht - Kleine Raten. Fordern Sie Gratiskatalog 154 Z
NÖTHEL Deutschlands gr. Büromaschinenhaus
A. G. — M. ZH.
34 GÖTTINGEN, Postfach 601

Regensburger Jagdseminar
Wir veranstalten laufend Lehrgänge zur Vorbereitung auf die Jägerprüfung.
Interessenten aus allen Bundesländern entnehmen Einzelheiten unserem Sonderprospekt.
Antragen u. Anmeldungen an das Regensburger Jagdseminar Abt. B4
84 Regensburg, Puricellistr. 34-40
Telefon-Sammel-Nr. 09 41 / 2 20 47

Wir machen ihm Beine

Unsere Anlagen schlagen unerbittlich Alarm, sobald ein unerbetener Gast eindringt. Wir sichern Banken, Geschäfte, Industriebetriebe, Privathäuser, Museen, Kirchen ... Mit jeder denkbaren Technik. Unsere Anlagen entsprechen den Anforderungen des Verbandes der Sachversicherer. Und Servicestellen haben wir im ganzen Bundesgebiet. Besprechen Sie Ihre Probleme doch einmal mit unseren Sicherungsexperten.

BON für eine unverbindliche Beratung
Name · Adresse
Bitte einsenden an ZETTLER GMBH 8 München 5 Holzstraße 28-30

ZETTLER Sicherheit für Ihr Eigentum

La Grande Motte/ Südfrankreich
Appartement, 4—5 Personen, 45 qm, K, B, Z, Z, Badestrand drei Häuser weiter, ideal auch für Kinder, Yachthafen 50 m, Süßwasserschwimmbad gehört zum Haus. Noch frei bis 17. Juni und ab 30. Juli. Anfragen an Ilse Lux, 6635 Schwalbach, am Lerchesberg 1

Pension CARILLON -
Via Venezia 11 - 47033 Cattolica, Tel. 05 41/96 21 73 - Neu, i. Meeresnähe, Hausmannskost, Parkplatz, v. Familie gef. Incl.-Pr. Mai Lire 3200, Juni, Sept. u. 24.—31. 8. Lire 3800, Juli L. 4700, 1.—23. 8. L. 5200.

RIVIERA DER ABRUZZEN
PALACE HOTEL
TORTORETO LIDO(TE) — Italien. — Via Colombo, Telef. (0 85) 86 26 19 — ausgestatt. m. all. Komf. Zi. m. Bad, Parkpl., Tennispl., Garten, Privatstrand. Mai, Juni, Sept., L. 4900 Vollp.

Spanien-Benidorm
Bungalows in allen Größen u. Ausf. z. B. 3 Zi., Kü., Bad, Terrasse, 84 qm zuzügl. Grundst. ab 28 500,— DM. Bauherr u. Verwaltg. deutsch. Besicht.-Flüge. Imm. Sperl, Tel. 09 11/ 44 44 87, 85 Nürnberg, Allersberger Straße 86

Besucht den Tierpark Hellabrunn

CONNY'S Möbelhochburg
Hanauer Straße 89
Münchens KLEINSTES möbelhaus
Tel. 1412011
Fil. Rosenheimer Str. 139

Schallplatten die es im Handel nicht mehr gibt. Gratisliste bei Schallplattenversand Gertrud Wagner, 8721 Zell, Postfach 12.

Librairie française 8 M 40, Schellingstr. 3
Franz. Sortiment- u. Versandbuchhandlung

Herrenhemden nach Maß
Wählen Sie Kragen, Stoff und Schnitt. Wir nähen nach Ihren individuellen Maßen exclusive Herrenhemden! Mustermappe mit ca. 80 Original-Stoffproben von
H. W. Schulze, 4904 Enger, Postf. 364 E

Wäsche kauft man bei WITT
Wäsche kauft man dort, wo seit fast 70 Jahren Millionen Familien ihre Wäsche kaufen, weil sie dort alle Vorteile haben: Fachgeschäftsqualität, eigene Fabrikation, günstige, stabile Preise für ½ Jahr, Rabatt, und viele weitere Vorteile. Katalog kostenlos, Postkarte genügt: WITT 8480 Weiden, Abteilung BK